
Concours d'entrée 2023

Annexe sujets

**Allemand
Toutes Séries**



www.taz.de, 27/05/2023

Selbstfindung nach der Dekonstruktion

Von René Hamann

Das Theater wie seine Kritik spüren im Zeitalter der neuen Medien einen Schwund seiner Daseinsberechtigung. Braucht es dagegen eine radikale Repolitisierung oder mehr Uneindeutigkeit auf der Bühne? Der Weg ins Offene steht dem Theater zumindest immer noch frei.

5

Kürzlich im Kino gewesen, es wurde viel geweint. In dem Dokumentarfilm „Lars Eidinger – Sein oder nicht sein“ (Regie: Reiner Holzemer, D 2022) ging es naturgemäß viel ums Theater, schließlich ist Eidinger ein neuer deutscher Großschauspieler, dessen Ruhm sich in der Hauptsache seiner Darstellung des Hamlet an der Berliner Schaubühne verdankt. Im Jahr

10

2022 durfte er den „Jedermann“ bei den Salzburger Festspielen geben – mit die höchste Ehre, die man als Bühnenschauspieler auf deutschsprachigen Bühnen überhaupt erreichen kann. Es wurde also viel geweint, weniger im Publikum, mehr auf der Leinwand. Bei den Proben zum „Jedermann“ hatte Eidinger einen besonders dramatischen Moment. Er reagierte unwirsch darauf, nicht die volle Aufmerksamkeit der Regie während der Proben zu erhalten.

15

Dann wurde geschrien, im Anschluss daran auch viel geheult.

Schreien, weinen, das scheint dazuzugehören, wenn es ums Theater geht. Aber auch bei der Darstellung des Manns, seiner Gefühlswelten, das sagt Eidinger explizit, das ist auch die Kernaussage des Films : Demnach ist Eidinger so etwas wie der Prototyp des neuen deutschen Manns ; ein Mann, der Schwäche zeigt und deswegen auch verlassen wird wie die Figur, die er in Maren Ades Film „Alle anderen“ spielt. Ein Mann, der seine Gefühle zeigt und auslebt. Weshalb wie im Film so auch im Theater viel Nacktheit und viel Körperflüssigkeit zu sehen ist. Blut, Schweiß, Tränen – das Schauspiel als Exzess, als Katharsis.

20

Dass Eidinger dafür auch in Rollen schlüpft, die sich das körperliche Schicksal anderer aneignen, die nicht so privilegiert sind, hat ihm eine Menge Kritik beigebracht. Hamlet mit Tourette, Richard III. als körperlich beeinträchtigt, nun ja (beide Stücke sind mit Lars Eidinger im Sommer in der Berliner Schaubühne zu sehen). Kann man auch billig finden, diese Aneignung, und moralisch lange nicht mehr korrekt. So gesehen steht Eidinger schon fast für die vorletzte Generation : Die erste, die ein neues Männerbild durchprobiert hat ; und die letzte, die damit durchgekommen ist. Demnächst, so Eidinger prophetisch in der Doku,

25

30

„kann man sich nur noch selbst spielen. Als das, was man ist.“

Könnte gut sein, dass er damit recht hat. Und das Theater vor einem neuen Problem steht: einem Wiederfindungsprozess nach der eigenen Dekonstruktion. Im Moment steht (noch) die Identität im Vordergrund, nicht mehr die Suche danach; und Mehrheitspositionen wie von Männern, so gebrochen sie auch daherkommen, sind nicht unbedingt von Interesse.

35 Über die Verhältnisse, die an deutschen, österreichischen, schweizerischen Bühnen herrschen, ist viel geschrieben worden. Es gab reichlich Skandale – alle mehr oder minder identitätspolitisch bedingt. Es gab Rassismuskorrekturen, Sexismusdebatten, Vorwürfe des psychischen Missbrauchs; es gab am Wiener Burgtheater einen Starschauspieler, der nach langer Deckung durch die Theaterleitung als Sammler pädophiler Pornografie auffällig wurde.

40 Es gab aber auch Gegenkräfte gegen den Zeitgeist – so in Zürich, wo das mutige, aber zu bubblezentrierte Wirken des Intendantenduos Benjamin von Blomberg und Nicolas Stemann am Schauspielhaus ein eher unrühmliches Ende fand. Oder, wie Simon Strauss in der FAZ nachtrat, „selbst die moralpolitisch ambitionierte Züricher Stadtregierung“ habe „das Vertrauen in die Anziehungskraft des radikal erneuerten Schauspiels verloren“. Dabei war es,

45 um ganz genau zu sein : das Publikum, das dem Duo dieses Ende bereitete. Das stimmte nämlich mit den Füßen gegen das progressive Theater. Indem es sukzessive fortblieb. Obwohl, lag es wirklich an der „moralpolitischen“ Ausrichtung? Oder ist das Theater auch hier nicht wieder grundsätzlich in der Krise?

Der Wiener Feuilletonist Matthias Dusini stellt im Falter erleichtert fest, dass die rückläufigen

50 Besucherzahlen mittlerweile im deutschsprachigen Theater ein Ende gefunden haben und es wieder aufwärts geht. Die Talsohle sei durchschritten. Dennoch bleibt das Theater als Freizeitoption eher auf den mittleren Plätzen. Der Unterschied zwischen E und U sei zwar aufgehoben, so Dusini, allerdings nur in eine Richtung : So hat der klassische Bildungsbürger mittlerweile kein Problem mehr, ein Fußballspiel, ein Musical oder ein Popkonzert zu

55 besuchen; umgekehrt finden die Bäckereifachverkäufer oder die Reinigungskräfte partout nicht den Weg ins Theater. Die von Bourdieu festgestellten „feinen Unterschiede“ wirken noch.

Also was tun, das Theater nach unten hin öffnen? Milo Rau, bald Intendant der Wiener

60 Festwochen, versucht es mit postkolonialem Vor-Ort-Theater (mit „Antigone im Amazonas“, wofür er mit der Landlosenbewegung kooperiert). Spannende Frage, was er mit diesem Ansatz aus der gemütlichen österreichischen Hauptstadt machen wird. Regisseur Herbert Fritsch versucht es dagegen mit Komik, bleibt aber da bei Weitem der Einzige, der auch mal einen alten Schwank inszeniert ; natürlich immer noch so, dass etwa das Ohnesorg-Theater-

65 Publikum in Hamburg damit nichts anzufangen wüsste.

Tatsächlich wird sich das Theater wieder einmal neu entscheiden, neu erfinden und aufstellen müssen. Die Zeiten, wo von der Volksbühne ausgehend eine Erfrischung ausging, die darin gipfelte, dass René Pollesch ein Stück „I Love You, But I've Chosen

- Entdramatisierung“ nennen konnte, sind schon eine Weile vorbei. Die Frage ist, wohin: Bleibt
- 70 das Theater im Erstarrungsmodus? Ist der Weg der radikalen Repolitisierung der Richtige, wenn eh immer nur dieselben sich das anschauen, ein reines Bestätigungs- und Selbstbestätigungstheater? Patrick Wildermann konstatiert dem Theater in derselben Ausgabe des Tagesspiegels eine fortschreitende Scheu vor dem „Uneindeutigen“. Haltung ist die neue Vieldeutigkeit. Auch das ist ein Problem.
- 75 Kann am Ende sein, dass all diese Probleme gar nicht so neu sind. Der Weg ins Offene steht dem Theater immer noch frei. Irgendwer muss nur den ersten Schritt machen.

Proteste in Ostdeutschland

Nein, das sind nicht nur Putins nützliche Idioten

Ein Kommentar von Peter Maxwill

»Querfront der Dummheit«? Die Kritik an den sogenannten Montagsdemos ist völlig entgleist. Es gibt gerade in Ostdeutschland gute Gründe, auf die Straße zu gehen.

Neulich ließ Horst Berghöfer seine Wut raus. In Zwickau besuchte der 70-Jährige eine jener »Montagsdemos«, die es derzeit überall in Sachsen gibt, schnappte sich das Mikro und schimpfte über die Bundesregierung: Bald, rief er, werde es »einen generellen Umbruch« geben. »Vielleicht wiederholt sich dann 1989.«

Zwei Dinge muss man über Berghöfer wissen. Erstens, dass er seit Längerem in der extrem rechten Szene verkehrt und an diesem sächsischen Spätsommerabend an der Seite von Rechtsextremisten und Verschwörungsideologen protestierte. Und zweitens, dass er eigenen Angaben zufolge als Rentner weniger als tausend Euro im Monat zur Verfügung hat und nicht weiß, wie er in diesem Winter seine Gasrechnung begleichen soll.

Derzeit protestieren Tausende Menschen montagabends in deutschen Innenstädten gegen die Krisenpolitik der Regierenden, gegen die von Wirtschaftsminister Robert Habeck geplante Gasumlage, gegen »die da oben«. Woche für Woche, ein Ende der Frustbewegung ist nicht in Sicht. Die Organisatoren hoffen auf einen »heißen Herbst«, Beobachter fürchten einen »Wutwinter«.

Man könnte also meinen, Horst Berghöfer sei Teil dieses Problems. In Wahrheit aber ist er in erster Linie ein Symptom: Bislang geht es in der Wutwinter-Debatte zu oft um Gefahren, die womöglich *von diesen Menschen* ausgehen – und zu wenig um die sozialen Gefahren *für diese Menschen*.

Dafür gibt es Gründe: Rechte Kräfte instrumentalisieren den Protest für ihre Zwecke, vielerorts sind bei Kundgebungen Fahnen der extremistischen »Freien Sachsen« oder das Logo der AfD zu sehen. Fachleute warnen vor einer bedrohlichen Radikalisierung in diesem Milieu, Politiker fürchten Massenproteste, Verfassungsschützer halten sogar Terrorakte und Umsturzversuche für möglich.

An all dem gibt es nichts zu relativieren, die von Verfassungsfeinden und Verschwörungsideologen ausgehende Gefahr ist alarmierend groß. Der Kampf dagegen aber darf der Debatte über Energie- und Sozialpolitik nicht im Weg stehen. Und erst recht nicht darf der Eindruck entstehen, der Verweis auf Rechtsextreme sei womöglich nur ein Manöver, um Protest zu delegitimieren. Protest, für den es gute Gründe gibt.

Wie demoliert die Debatte darüber schon ist, zeigte sich jüngst im sächsischen Schneeberg: Der dortige Bürgermeister Ingo Seifert hatte aus Angst vor einem Energiekollaps einen Brandbrief an Wirtschaftsminister Robert Habeck geschickt. Seifert stieß damit eine Debatte an. In der ging es allerdings nicht um die Folgen der Energiekrise für kleine Kommunen – sondern allein darum, dass alle im Stadtrat vertretenen Parteien den Brief unterstützt hatten: CDU, Linke, AfD. Der »Stern« und auch der SPIEGEL fragten daraufhin, ob in Sachsen die Brandmauer gegen rechts

gefährdet sei, in sozialen Medien ergoss sich eine Empörungswelle. Von einer »Querfront der Dummheit« war die Rede, jemand anderes schrieb: »Mit Verfassungs- und Demokratiefeinden darf es niemals eine Zusammenarbeit geben.« Die gab es in Schneeberg aber auch gar nicht.

Der Bürgermeister hatte Parteien und Verbände seinen Brief jeweils einzeln vorgelegt. Diejenigen, die ihre Unterstützung signalisierten, wurden daraufhin unter dem Schreiben aufgelistet – erfuhren aber nicht rechtzeitig, wer noch alles dabei war. Seifert selbst fasste das Ergebnis der Debatte sehr treffend zusammen: »Wenn sich aus der Mitte keiner mehr zutraut, Kritik zu äußern, nur aus Angst, weil er öffentlich dann ganz schnell einem gewissen Lager zugeordnet wird, dann hat das mit meinem Demokratieverständnis nicht mehr viel zu tun.«

Ähnlich abstrus verlief die öffentliche Auseinandersetzung über einen Aufruf des sächsischen Linkenabgeordneten Sören Pellmann. Der forderte kürzlich »neue Montagsdemos im Osten«, was zu euphorischen Reaktionen führte – allerdings nicht in Pellmanns eigenem Lager: AfD-Abgeordnete sicherten dem Linken ihre Unterstützung zu, die rechtsextremen Freien Sachsen feierten ihn wie einen Helden und schwadronierten von einer gemeinsamen »Bürgerallianz«.

In der Folge forderte Pellmanns Parteifreund Bodo Ramelow – zu Recht – eine »Abstandsregel zu rechtsradikalen Organisatoren«, und CDU-Mann Reiner Haseloff kanzelte den Vorstoß als »unanständig« und »skandalös« ab. Schließlich verstieg sich der Linkenvorsitzende Martin Schirdewan zur These, man dürfe den Rechten im Kampf um Demokratie und sozialen Zusammenhalt nicht »einen Wochentag überlassen« – ganz so, als würden Leute wie Horst Berghöfer einfach das Lager wechseln, wenn es künftig auch eine linke Montagsdemo in Zwickau gäbe.

Pellmanns Vorschlag und Seiferts Brief waren inhaltlich fragwürdig, sie hatten Kritik verdient. Aber die Debatten über Demotermine und Parteilogos unter Brandbriefen vernebeln den Blick auf das Wesentliche: Umfragen zufolge rechnen 83 Prozent der Menschen im Land mit weiter steigenden Gaspreisen, mehr als 40 Prozent der Mittelständler sehen ihre Existenz bedroht – und 93 Prozent der Befragten trauen Bundeskanzler Olaf Scholz keine durchdachte Strategie gegen die Energiekrise zu.

Dreiundneunzig Prozent. Das sind sicherlich nicht alles Rechtsextreme aus Ostdeutschland.

Man könnte solche Zahlen ernst nehmen und sich mit ganzer Kraft den drohenden sozialen Verwerfungen zuwenden. Oder aber man wählt die bequemere Variante und arbeitet sich mit bewährten Argumentationsschablonen daran ab, dass es vor allem in Ostdeutschland vielen egal zu sein scheint, mit Verfassungsfeinden auf die Straße zu gehen. In Zeitungskommentaren ist von »Putins nützlichen Idioten« die Rede, andere bezeichnen die Protestierenden als »bescheuert.«

Die rechtsextreme Gefahr ist aber kein regionales Ossi-Problem, und frustrierte Menschen zwischen Wismar und Weimar sind nicht allesamt degenerierte Trottel. 32 Jahre nach der Wiedervereinigung verdienen Westdeutsche durchschnittlich 619 Euro mehr als Ostdeutsche, Monat für Monat. Wer in den alten Bundesländern lebt, erbt im Durchschnitt doppelt so viel wie jemand aus den sogenannten neuen Ländern. Ähnlich ungleich sieht es bei der Vermögensverteilung aus.

Abgesehen davon, dass es auch im Westen Millionen Bedürftige gibt (und ein entsprechendes Wutpotenzial), kann man den Ostdeutschen also schlecht zum Vorwurf machen, dass ihre ökonomische und soziale Lage seit Jahrzehnten prekärer ist als die ihrer Landsleute – und dass sie auch deshalb anfälliger sind für das Spiel von Rechtsextremisten, wenn plötzlich ein Großteil ihres ohnehin vergleichsweise kleinen Einkommens fürs Heizen draufgeht.

Wo niemand von existenzieller Armut bedroht ist, kann auch niemand deswegen von Extremisten vereinnahmt werden.

Wie sehr plumpes Schwarz-Weiß-Denken am Kern des Problems vorbeigeht, zeigt ja gerade die aktuelle Debatte über die Krisenpolitik der Bundesregierung: Die geplante Gasumlage stößt nicht nur bei Leuten wie Horst Berghöfer aus Zwickau auf Kritik, sondern selbst bei Spitzenpolitikern wie dem Grünen Anton Hofreiter (»eindeutig ein Fehler«) und der SPD-Chefin Saskia Esken (»da müssen wir was ändern«), die übrigens beide aus dem Regierungslager kommen. Man kann Demos besuchen, zu denen auch Neonazis kommen, und trotzdem die Meinung von Anton Hofreiter teilen. [...]

Erster Besuch Selenskyjs in Berlin: Trotz schöner Worte, die Distanz bleibt sichtbar

Erstmals seit Kriegsbeginn kommt der ukrainische Präsident nach Deutschland. So routiniert und reibungsarm alles nach außen erscheint, gibt es doch ein paar bemerkenswerte Zwischentöne.

Von Daniel Friedrich Sturm

Am Ende streckt Olaf Scholz seine Hand aus. Ein, zwei Sekunden aber muss er warten, bis Wolodymyr Selenskyj einschlägt. Scholz setzt sogleich ein Lächeln auf, Selenskyj vermeidet das. Dann treten sie ab von den Pulten, an denen sie eben ihre Pressekonferenz beendet haben. Der verzögerte Händedruck – nur ein Zufall oder doch Symbolik?

Der kurze Moment bringt diesen denkwürdigen Sonntagvormittag im Berliner Regierungsviertel auf den Punkt. So routiniert und reibungsarm alles nach außen erscheint, gibt es doch ein paar bemerkenswerte Zwischentöne. Da treten ja auch zwei kräftig unterschiedliche Charaktere auf! Hier der charismatische Kriegs-Präsident, der einst Schauspieler und Komiker war, und gewiss einen Sinn für Gesten besitzt. Und dort der Kanzler, neu auf internationaler Bühne, einst Regionalpolitiker und Anwalt, bedächtig, spröde, wenig expressiv.

Berlin ist nur Nummer Neun

Doch der Reihe nach: Fast 15 Monate oder, wie Olaf Scholz sagt, 444 Tage, sind seit dem Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine vergangen, bevor Selenskyj in Europas Wirtschaftsmacht Nummer eins aufschlägt. Auch das hat mit Scholz zu tun, mit Frank-Walter Steinmeier, der gescheiterten Russlandpolitik Angela Merkels und erst recht der SPD. Wo ist Selenskyj zuvor schon überall gewesen! Natürlich, in Washington, aber auch in Brüssel, Paris, London, Warschau, Den Haag, Helsinki und am Samstag sogar in Rom. Berlin ist also nur Nummer neun.

Von Rom aus flog die deutsche Luftwaffe Selenskyj mit einem Regierungs-Airbus A319 zum Berliner Flughafen. Eurofighter eskortierten den Flug. In der Nacht zu Sonntag, gegen halb eins morgens, landete er am Flughafen BER. Wer in dieser Nacht Helikopter über Berlin-Mitte hörte oder gar sah, konnte es ahnen: Ein Hubschrauber brachte den Präsidenten der Ukraine zum Bundesverteidigungsministerium, dem Bendlerblock im Tiergarten.

Wo sich Camouflage-Kleidung und Yoga-Leggings begegnen

Ob und wo Selenskyj in Berlin übernachtet – das wussten nicht einmal jene, die sonst derlei Geheimnisse beredt teilen. Starke Indizien für Selenskyjs Unterkunft sammelte am Sonntagmorgen eine Berlinerin, die auf dem Dach eines Hotels unweit des Bendlerblocks zum Yoga verabredet war. Yoga? Von wegen. Stattdessen Absperrungen, Scharfschützen. Im Hotel-Aufzug Menschen in Camouflage-Kleidung, die auf der Etage mit Präsidenten-Suite aussteigen. Später eskortieren Männer in

voller Kampfausrüstung die Frauen in Yoga-Leggings vom Hotel auf die Straße. „Leider“, berichtet die Berlinerin, „war Selenskyj da schon weg.“

Das Programm des Gastes aus Kiew beginnt, so will's das Protokoll, beim Bundespräsidenten. Selenskyj und Steinmeier sind ja Amtskollegen, und das mit einer schwierigen Geschichte. Man denke nur an das Hin und Her ob Steinmeiers Besuch in Kiew. Selenskyj weiß, wie sehr Steinmeier in seiner klassisch-etatistischen und am Ende verfehlten Außenpolitik auf Moskau, auf Waldimir Putin, auf den „lieben Sergej“ Lawrow, auf Nordstream 2 gesetzt hat.

Präsident mit Werbung für Spenden-Plattform

Steinmeier empfängt Selenskyj vor dem Schloss Bellevue. „Hey“, ruft Steinmeier. „Guten Morgen, Herr Präsident“, sagt Selenskyj auf Englisch. Steinmeier tätschelt den Unterarm seines Gastes. Angespannte Gesichter beim Handschlag später. Selbst das offizielle Foto vom Frühstück der beiden zeigt die Distanz. Steinmeier bemüht sich um Nähe, rückt auf seinem Sessel nach vorn, lächelt. Selenskyj (schwarzes Sweatshirt mit ukrainischen Nationalfarben und Werbung für die Spenden-Plattform „United 24“ sowie olivgrüne Cargopants) hingegen lehnt sich an. Er faltet die Hände im Schoß.

Beim Eintrag ins Gästebuch wahrt Selenskyj die Form, dankt Deutschland und Steinmeier auf Englisch: „Vielen Dank, Herr Bundespräsident, für Ihre persönliche Unterstützung der Ukraine und Gastfreundschaft“. Er dankt dem deutschen Volk für dessen „fantastische Solidarität“. Auf Deutsch ergänzt er: „Danke Deutschland!“

Während Selenskyj noch im Bellevue weilt, ist der rote Teppich vor dem Kanzleramt schon ausgerollt. Das Stabsmusikkorps probt. Das Regierungsviertel ist abgeriegelt, Polizisten aus Sachsen und Schleswig-Holstein helfen aus. Statt Ausflugdampfern schippert die Polizei auf der Spree. Der S-Bahn-Verkehr ist unterbrochen. Hubschrauber kreisen.

Ein unerwarteter Besucher

Vor dem Kanzleramt stellen sich die Delegationen auf, Scholz' und Selenskyjs engste Kreise. Um 9.55 Uhr – Scholz wartet auf dem roten Teppich, der Berliner Dom läutet – steigt der Gast aus einer schwarzen Mercedes Limousine. Sehr, sehr langes Händeschütteln. Militärische Ehren. Nationalhymnen. Dann ziehen sich Scholz und Selenskyj ins Kanzleramt zurück. Gespräche im kleinen, dann erweiterten Kreis.

Während Journalisten und Regierungs-Mitarbeiter eine gute Stunde später im Kanzleramt auf die Pressekonferenz warten, richten sich plötzlich alle Blicke auf einen unerwarteten Besucher: Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD). Der trägt eine grüne Mappe mit sich. Was er zu dem tags zuvor bekannt gemachten Rüstungs-Paket für die Ukraine sage, ruft ein Reporter. „Das Werk Vieler!“ übt sich Pistorius im Understatement. Später schlagen Finanzminister Christian Lindner (FDP), Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), Innenministerin Nancy Faeser (SPD) auf, folgen Selenskyjs Worten bei der Pressekonferenz mit Übersetzungs-Kopfhörer am Ohr.

„Lieber Wolodymyr“, beginnt Scholz sein Statement, erinnert an Telefonate und Treffen. Man werde die Ukraine solange unterstützen wie es nötig sei, sagt der Kanzler. Er verweist auf das 2,7-Milliarden-Euro-Rüstungspaket. Selenskyj faltet die Hände auf dem Rednerpult, breitet sie dann aus, fast so, als wolle er sich verteidigen. Immer wieder nickt er leicht, Dutzende Male, meist mit unbewegtem Gesichtsausdruck. Sein Signal: Hier gibt es keine Umarmungen (wie mit Macron oder Johnson), weder real noch verbal. Emotionen? Nix da.

„Ruhm der Ukraine!“

„Vielen Dank, Olaf, sehr geehrter Herr Bundeskanzler“, beginnt Selenskyj: „Ich möchte Dir, Olaf, herzlich danken.“ Er dankt nicht nur dem Kanzler, sondern dem deutschen Volk, den Steuerzahlern, Städten und Bundesländern. „Danke für jede Mutter, die gerettet werden konnte“, sagt er: „Ruhm der Ukraine!“

In der Fragerunde macht Selenskyj ein paar Punkte, die dem Kanzler kaum gefallen. Die Ukraine arbeite während seiner Reise in Europas Hauptstädten an einer „Kampfjet-Koalition“. Er werde sich da auch an Deutschland wenden. Russland habe derzeit ein Übergewicht im Luftraum, „das wollen wir überwinden“. Scholz reagiert reserviert, Berlin will keine Flugzeuge liefern.

Hier der Meinungsunterschied in der Sache, dort zwei Spitzen Selenskyjs für Scholz. Der Kanzler betont, wie so oft, Deutschland sei zweitgrößter Unterstützer der Ukraine, nach den USA (angesichts der Wirtschaftsstärke keine so große Leistung). „Wir werden daran arbeiten“, sagt Selenskyj, „dass wir Deutschland auf den ersten Platz bringen.“ Gefragt, ob die deutsche Unterstützung mit Waffen für die Ukraine ausreiche, pariert Selenskyj, leicht ironisch: „Noch einige Besuche, dann ist es ausreichend.“ Da huscht selbst Olaf Scholz ein Lächeln übers Gesicht. Wenig später treten die beiden Männer ab. Sitzung des Bundessicherheitskabinetts, nur ein paar Meter weiter. Baerbock, Faeser und Pistorius warten ja schon.

[...]

Abschaltung der letzten Meiler: Kernkraftgegner feiern den Atomausstieg

Am Abend sollen die letzten Atomkraftwerke vom Netz gehen. Politiker von Union und FDP wünschen sich auch darüber hinaus eine Zukunft für die Kernenergie. Deren Gegner treffen sich zu „Abschaltfesten“.

Nach rund sechs Jahrzehnten geht in Deutschland das Zeitalter der Atomkraftwerke zu Ende. An diesem Samstagabend sollten die letzten Meiler Isar 2 in Bayern, Emsland in Niedersachsen und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg vom Netz gehen. Kernkraftgegner feierten den historischen Schritt schon tagsüber mit Festen in Berlin und anderswo.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace feierte den Ausstieg aus der Atomenergie in Berlin. Am Brandenburger Tor zeigte sie ein rotes Männchen, das mit einem „Atomkraft? Nein Danke“-Schild und einem Schwert auf einem nachgebauten Dinosaurier stand. Auf dem Bauch des Dinos stand „Deutsche Atomkraft“ und „Besiegt am 15. April 2023!“.

Demonstranten fordern Aus für Brennelementefabrik

In Berlin protestierten am Samstag aber auch einige Menschen gegen die Abschaltung der Kernkraftwerke. Der Verein Nuklearia hatte in einem Aufruf angekündigt, ein positives Zeichen für Atomkraft setzen zu wollen: „Wir sehen die Kernkraft als besten Weg, unseren Wohlstand zu erhalten und gleichzeitig die Natur und das Klima zu schützen.“

In München veranstalteten der Bund Naturschutz und Greenpeace ein Atomausstiegsfest. Zur Kundgebung kamen nach Schätzungen der Polizei rund 1000 Teilnehmer. In Baden-Württemberg feierten Hunderte Kernkraftgegner vor dem Meiler Neckarwestheim ein „Abschaltfest“.

Wenige Stunden vor der Abschaltung des Kernkraftwerks Emsland forderten Atomkraftgegner in Lingen einen konsequenten Ausstieg aus der Atomindustrie in Deutschland. Am Samstag zogen Hunderte Atomkraftgegner von der Brennelementefabrik ANF, die zum französischen Framatome-Konzern gehört, zum nahe gelegenen Atomkraftwerk. Die Demonstranten freuten sich einerseits über das Ende der Nutzung der Kernenergie – andererseits forderten sie aber auch ein Aus für die Brennelementefabrik in Lingen.

„Das geht uns allen sehr nahe“

Für die Mitarbeiter des Meilers Isar 2 ist das Abschalten ein emotionaler Moment, sagt der Vorsitzende des Konzerns Preussenelektra, Guido Knott: „Heute endet nach 50 Jahren die Stromproduktion aus Kernenergie bei Preussenelektra. Das geht uns allen sehr nahe, und das macht auch mich persönlich sehr betroffen.“ Der Konzern hatte mitgeteilt, dass sämtliche Mitarbeiter feste Arbeitsverträge bis 2029 erhielten. Danach soll die Mitarbeiterzahl reduziert werden. Am Standort Essenbach arbeiten rund 450 Menschen.

Die Abschaltung des letzten Atomkraftwerks wurde kurz vor Mitternacht erwartet – welcher der drei Meiler der letzte sein würde, war unklar. Das Atomkraftwerk Isar 2 sollte dem Betreiber Preussenelektra zufolge voraussichtlich gegen 23.45 Uhr vom Netz gehen und somit keinen Strom mehr einspeisen. Etwa eine Viertelstunde später werde der Reaktor abgeschaltet, sagte Werksleiter Carsten Müller. „Wir erfüllen das Atomgesetz mit dem Trennen des Generators vom Netz vor Mitternacht.“

Nach dem Abschalten wird der Reaktor „kaltfahren“. Müller zufolge wird dabei die Temperatur in der Anlage innerhalb von etwa zwölf Stunden auf Umgebungstemperatur gesenkt. Etwa neun Stunden nach der Abschaltung werde über dem Kühlturm kein Dampf mehr zu sehen sein.

Politisch jedoch bleibt der Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland umstritten. Die mitregierende FDP forderte, die letzten drei Meiler nicht abzubauen, sondern als Reserve zu behalten.

„Wir brauchen jedes Fitzelchen Energie“

Eigentlich hätten die drei Akw schon Ende 2022 abgeschaltet werden sollen. Die frühere Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hatte den Ausstieg bereits 2011 als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima beschlossen. Wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der dadurch ausgelösten Energiekrise entschied die Ampel-Koalition jedoch 2022, die drei Atomkraftwerke über den Winter weiterlaufen zu lassen und erst Mitte April auszuschalten.

Als erstes kommerzielles Kernkraftwerk war der Meiler in Kahl in Bayern im November 1960 in Betrieb gegangen – seit Juni 1961 speiste er Strom ins Netz ein. Auch wenn die Entscheidung zum Ausstieg in Deutschland seit langem politisch besiegelt ist, schwelt die Debatte über das Für und Wider der Atomkraft weiter. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) sagte der Deutschen Presse-Agentur, der Atomausstieg mache Deutschland sicherer. „Die Risiken der Atomkraft sind im Falle eines Unfalles letztlich unbeherrschbar.“

Grünen-Chefin Ricarda Lang twitterte, der Atomausstieg bedeute den „endgültigen Einstieg ins Zeitalter der erneuerbaren Energien.“ Die SPD-Bundestagsfraktion schrieb auf Twitter: „Atomkraft? Und Tschüss“.

Hingegen forderte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, diese Technologie nicht völlig aufzugeben. „Die Kernenergie muss auch nach dem Ausstieg eine Zukunft in Deutschland haben“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Dazu gehört, dass wir die Forschung auf dem Gebiet der Kernfusion ausweiten und die Chancen neuer und sicherer Technologien der Kernspaltung nutzen.“

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte am Freitagabend im Interview der ARD-„Tagesthemen“, er glaube an eine Neuaufgabe der Kernenergie. „Wir spüren diese große Energiekrise, wir brauchen jedes Fitzelchen Energie.“

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) forderte mehr Forschung an neuen Technologien. „Der Ukraine-Krieg und die Energiekrise zeigen uns, dass wir uns breit aufstellen müssen. Wir müssen besonders angesichts des Atomausstiegs

technologieoffen Forschung fördern. Nicht nur aussteigen, sondern auch mal einsteigen“, sagte er der F.A.Z. [...]

Please, stärke die AfD

Die FDP tut sich innerhalb der Koalition durch Sabotage und Ablenkungsmanöver hervor. »Bild« und Union unterstützen mit populistischen Phrasen. Das nützt – absolut vorhersehbar – vor allem einer anderen Partei.

Eine Kolumne von Christian Stöcker

Bitte beantworten Sie im Kopf mal eben folgende Frage, schnell und ohne nachzudenken: Die Anhänger welcher Partei haben am meisten gegen die Grünen?

Merken Sie sich bitte die Antwort, wir kommen später darauf zurück.

Vergleicht man das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl mit der jüngsten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, sieht man ein ziemlich klares Ergebnis. Innerhalb der Ampelkoalition hat nur eine Partei leicht dazugewonnen: Die Grünen liegen in der Umfrage bei 16 Prozent, bei der Wahl kamen sie auf 14,8 Prozent. Die SPD dagegen hat fast sechs Prozentpunkte eingebüßt, von 25,7 auf 20. Und die FDP hat ihr Ergebnis fast halbiert, von 11,5 auf 6 Prozent.

Sicher, Umfragen haben Fehlermargen, sind Momentaufnahmen und unterschiedliche Institute kommen zu leicht unterschiedlichen Ergebnissen. Aber im Großen und Ganzen zeigen alle Sonntagsfragen der vergangenen Wochen, egal ob von Kantar, Forsa, Allensbach, GMS und so weiter ähnliche Ergebnisse: Die Grünen liegen zwischen 14 und 17 Prozent, die FDP zwischen 6 und 8, die SPD zwischen 18 und 20,5.

Verunsicherung hilft den Extremisten

Prozentual größte Gewinnerin im Vergleich zum Wahlergebnis aber ist verlässlich die AfD. Bei der Wahl am 26. September 2021 bekam sie 10,3 Prozent, jetzt liegt sie zwischen 15 und 17. Die AfD ist eine rechtsradikale bis rechtsextreme Partei, mit der bislang zum Glück niemand koalieren will. Wie kommt es also, dass mehr Menschen bereit scheinen, sie zu wählen?

Sicher: Es herrscht Verunsicherung im Land, die Klimakrise ist tatsächlich da, und langsam hat auch der letzte begriffen, dass es wirklich eine Transformation geben wird, um sie abzubremsen und international konkurrenzfähig zu bleiben. KI, Klima, Krieg, alles verändert sich, alles scheint immer schneller zu gehen. Von so etwas profitieren, wenn es dumm läuft, die Extremisten mit den vermeintlich einfachen Lösungen.

An dieser Stelle kommt aber auch ein aus der Politikwissenschaft stammender Fachbegriff ins Spiel: »Issue ownership«. Der Begriff des US-Politologen John Petrocik bezeichnet die Tatsache, dass bestimmte Themen bestimmten Parteien »gehören« können. Klimaschutz gehört bei uns am ehesten den Grünen, soziale Gerechtigkeit reklamieren SPD und Linke gleichermaßen für sich, und so weiter. »Issue Ownership«

hat Auswirkungen: Wenn die Themen einer Oppositionspartei medial besonders präsent sind, profitiert diese Partei davon in der Regel auch in Umfragen und Wahlen. Das ist empirisch mehrfach gezeigt worden.

Die Pole sind nicht »links« und »rechts«

Was haben Sie bei der Eingangsfrage spontan gedacht? Meine Vermutung ist: Sie haben gedacht, dass das Thema »Ablehnung der Grünen« ein AfD-Thema ist. Damit hätten Sie recht: Einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge, die auf Umfragen in den Jahren 2019 und 2020 basiert, lehnten damals 77 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der AfD die Grünen ab. Das ist ein Spitzenwert, der nur von einer anderen Konstellation übertroffen wird: Die Anhängerschaft der Grünen lehnt die AfD zu 92 Prozent ab.

All das ist nicht übermäßig überraschend, schließlich tritt die rechtsradikale AfD seit vielen Jahren lautstark gegen das von ihr selbst geschaffene Feindbild »linksgrün versifft« an. Dieses Feindbild macht sich die Union, insbesondere die wahlkämpfende CSU, derzeit mehr und mehr zu eigen. Die CSU, aber auch Teile der CDU machen Mafia-Witze über Wirtschaftsminister Robert Habeck, übernimmt die antigrünen Slogans der »Bild«-Zeitung (»Heiz-Hammer«, »Heiz-Pranger«, »Heizungsspionage«, »Heiz-Stasi«), spricht im Gleichklang mit der AfD bei jedem Anflug von strategischem Denken von »Planwirtschaft«. Dabei stellt bei den Grünen wirklich niemand die Marktwirtschaft infrage.

Die »Heiz-Stasi« gibt es schon – in Bayern

Die wiederum von »Bild« angefachte Aufregung über die Erhebung kommunaler Heizungsdaten ist übrigens ziemlich lustig: So eine »Energie-Stasi«, so einen »Schnüffel-Staat« (so der Thüringer CDU-Vorsitzende Mario Voigt) gibt es bereits! Nämlich in von der Union mitregierten Bundesländern Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein – und im CSU-Land Bayern. In allen drei Ländern sehen Klimaschutzgesetze eine entsprechende Datenerhebung schon vor.

Sehr oft geht es eben nicht um echte inhaltliche Differenzen, um unterschiedliche Auffassungen zu Sachfragen, sondern um die Diffamierung der Partei an sich. Um Strohmännchen-Attacken. Friedrich Merz ließ den Grünen kürzlich auf Twitter unterstellen, sie hegten »Hass auf die marktwirtschaftliche Ordnung, die Art, wie wir leben und arbeiten«. Das ist im Tonfall nicht mehr von Äußerungen aus der AfD zu unterscheiden.

Für die Union funktioniert das womöglich sogar halbwegs, immerhin kommt sie derzeit auf vier bis sechs Prozentpunkte mehr als vor der Wahl. Das könnte allerdings auch einfach an der schwächelnden SPD liegen. Im Verhältnis gewinnt die Union jedenfalls immer noch weniger als die AfD. Und die Union wird mit hoher Wahrscheinlichkeit eines Tages auch im Bund mit den Grünen koalieren müssen. Die trumpeske Diffamierung des politischen Gegners ist in einem Land mit Verhältniswahlrecht selten ratsam oder gar nachhaltig. Vor allem aber beschädigt sie die Qualität des politischen Diskurses und damit am Ende die Demokratie selbst.

Vergleich mit Putin, Partylaune

Auch innerhalb der Koalition ist das Thema »Abwertung des grünen Koalitionspartners« bekanntlich, FDP sei Dank, salonfähig. Die Liberalen schicken immer wieder Leute vor, die den lächerlichen Kampfbegriff »Heizungsverbot« benutzen, um ein Gesetz zu kritisieren, dem sie selbst längst zugestimmt hatten. Ein Rechtsaußenvertreter der 6- bis 8-Prozent-Partei behauptete kürzlich, »Millionen Deutsche wären schlagartig in Partylaune, wenn die Grünen aus der Bundesregierung aussteigen«. Wolfgang Kubicki wollte im März Parallelen zwischen Robert Habeck und Wladimir Putin entdeckt haben. Als das erwartbar für Entrüstung sorgte, entschuldigte Kubicki sich.

Fraktionschef Dürr macht mit »Bild« gemeinsame Sache gegen das von seinem Parteivorsitzenden kurz zuvor noch gelobte Gebäudeenergiegesetz: »Ich werde Habecks Heiz-Hammer entschärfen.« Immer geht es gegen die Grünen. Aber nicht gegen die echten, mit denen man koalitiert, sondern gegen eine fiktive Partei, die die Marktwirtschaft ablehnt, Planwirtschaft einführen und Heizungen verbieten will. Eine Partei, die angeblich im Alleingang will, was man in Wahrheit selbst schon im Koalitionsvertrag festgelegt hat. Gegen eine Strohmann-Partei.

Und wem hilft das am Ende?

Wenig überraschend für Leute, die das mit der »Issue Ownership« verstanden haben, bringt all das wirklich etwas: der Partei nämlich, zu deren Markenkern die wütende Ablehnung der Grünen gehört. Eine offenkundig zerstrittene Regierung, ständige Desinformation (um anschließend zu beklagen, der Wähler sei nun »verunsichert«), Polemik und Kampfbegriffe statt Argumenten und Lösungsvorschlägen – so bereitet man Protestparteien den Boden.

Wenn man den Stil der Extremisten – Drama, Diffamierung, Desinformation – übernimmt, treibt man die Leute diesen Extremisten in die Arme. Eine Studie aus dem Jahr 2022 kommt zu dem Schluss: »Wir finden keine Evidenz dafür, dass Anpassungsstrategien Unterstützung für Rechtsradikale reduzieren. Wenn überhaupt, legen unsere Ergebnisse nahe, dass sie dazu führen, dass mehr Wähler zur radikalen Rechten übergehen.«

[...]

Deutschland und Frankreich: Zwischen Feier und Frust

Es hakt zwischen Deutschland und Frankreich, doch jetzt wollen die Nachbarländer mit viel Pomp 60 Jahre Élysée-Vertrag feiern. Dabei sind längst nicht alle Streitpunkte ausgeräumt.

Natürlich wird an diesem Wochenende wieder von Freundschaft die Rede sein, vom Tandem, vom Motor, vom Paar. Wenn der Jahrestag des Élysée-Vertrages ansteht, werden traditionell viele Bilder für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bemüht. Am 22. Januar 1963, also vor 60 Jahren, legten Bundeskanzler Konrad Adenauer und Präsident Charles de Gaulle die Grundlage für dieses Vokabular – mit der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages, der das Verhältnis der beiden einst so verfeindeten Länder auf eine neue Ebene heben sollte. Mit keinem anderen Land arbeitet die Bundesrepublik seitdem so eng zusammen wie mit Frankreich.

Das Programm für die große Jubiläumsfeier am Sonntag in Paris klingt nach viel Pomp: Es treffen nicht nur Mitglieder der beiden Parlamente zusammen, sondern auch die deutschen und französischen Regierungen sowie Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz. Es soll einen großen Festakt an der Universität Sorbonne geben, eine Kranzniederlegung vor dem Panthéon, eine gemeinsame Sitzung der Abgeordneten in der Assemblée Nationale, der Nationalversammlung, und eine Pressekonferenz im Élysée-Palast, also dort, wo vor 60 Jahren alles anfang.

Dabei hatte sich die Stimmung zwischen Deutschland und Frankreich zuletzt eher weniger festlich angefühlt. Der Krieg in der Ukraine legte Konflikte offen, die schon lange zwischen den Nachbarländern schwelen. In der Verteidigungspolitik und in der Energiepolitik, bei der Vorstellung von Europa. Der eigentlich schon im vergangenen Herbst geplante deutsch-französische Ministerrat wurde kurzfristig abgesagt und auf Januar verschoben. Offiziell waren Terminprobleme schuld, inoffiziell hieß es, die Differenzen seien einfach zu groß gewesen.

Auf die offene Eskalation folgten eine gegenseitige Besuchsoffensive und jede Menge Beteuerungen der deutsch-französischen Freundschaft. Statt zusammen mit seinen Ministerinnen und Ministern reiste Kanzler Scholz im Oktober allein von Berlin nach Paris, im Umfeld beider Politiker gab man sich Mühe zu betonen, dass das Gespräch sehr gut gelaufen sei. Kurz darauf kamen innerhalb einer Woche Außenministerin Annalena Baerbock, Vizekanzler Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner nach Paris. Wenn an diesem Wochenende der deutsch-französische Ministerrat nachgeholt wird, wird sich zeigen, ob man inhaltlich tatsächlich weitergekommen ist.

Rüstung, Atomkraft, Gaspreisdeckel - das Streitpotenzial ist groß

Zuletzt überraschte Macron mit der Ankündigung, der Ukraine "leichte Kampfpanzer" des Typs *AMX-10 RC* liefern zu wollen. Frankreich sei das erste Land, das der Ukraine Kampfpanzer westlicher Bauart zur Verfügung stelle, hieß es aus dem Élysée-Palast. Macron machte seine Ankündigung nach einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskij. Dabei hatte es zuvor offenbar bereits Abstimmungsversuche zwischen Frankreich, Deutschland und den USA gegeben. Einen Tag nach Macrons Vorpreschen erklärten Deutschland und die USA gemeinsam, der Ukraine *Marder-* und *Bradley-*Schützenpanzer liefern zu wollen.

Beim Thema Rüstung hatte es zuletzt immer wieder gehakt zwischen Deutschland und Frankreich. Im vergangenen Jahr irritierte Berlin Paris damit, dass es in den USA Tarnkappenflugzeuge vom Typ *F-35* kaufte und mit osteuropäischen Nachbarn einen Luftverteidigungsschirm ohne französische Beteiligung verabredete.

Beim Luftkampfsystem FCAS, das Deutschland und Frankreich zusammen mit Spanien entwickeln, gab es zuletzt Fortschritte. Nach langem Hin und Her um die Führungsrolle soll der französische Flugzeugbauer Dassault das Konsortium anführen, das Projekt soll in die Entwicklungsphase gehen. Dafür sind allerdings noch immer nicht alle Verträge zwischen den beteiligten Unternehmen unterschrieben.

Auch in den Bereichen Energie und Wirtschaft gab es in den vergangenen Monaten Unstimmigkeiten zwischen den Nachbarländern. Dass in Deutschland drei Atomkraftwerke länger laufen müssen als bisher geplant, führte Wirtschaftsminister Habeck auch darauf zurück, dass die französischen Atomkraftwerke wegen Korrosionsschäden und Wartungsarbeiten weniger Strom produzierten. Kritik am französischen Atompark sei "unangebracht", sagte Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire in einem Interview mit der FAZ.

Deutschland dürfe sich nicht isolieren, warnte Macron

Als Bundeskanzler Scholz im September sein 200-Milliarden-Euro-Hilfspaket für die deutsche Wirtschaft verkündete, war man im Nachbarland verärgert. Gerne wäre Paris, wie es eigentlich deutsch-französische Tradition ist, vorher über die Pläne informiert worden. In Berlin verteidigte man sich, auch Frankreich habe seine Unterstützungspakete für die französische Wirtschaft nicht vorher abgesprochen.

In der EU gehörte Deutschland zu den Ländern, die einen europäischen Gaspreisdeckel zunächst ablehnten, Frankreich war hingegen dafür. Die Unstimmigkeiten gingen so weit, dass Macron im Herbst am Rande eines EU-Gipfels davor warnte, Deutschland dürfe sich "nicht isolieren". Der Kompromiss mit vielen Sicherheitsvorkehrungen, auf den sich die EU inzwischen geeinigt hat, ist weniger als das, was Frankreich sich erhofft hatte.

Die Liste mit Streitpunkten ließe sich noch weiterführen, mit dem China-Besuch des deutschen Kanzlers im vergangenen Herbst, bei dem der französische Präsident gerne dabei gewesen wäre, mit der Midcat-Pipeline für Flüssigerdgas durch die Pyrenäen, die Scholz gerne gehabt hätte und die Macron hinter seinem Rücken zusammen mit den Spaniern beerdigt hat.

Erst vor zwei Tagen unterschrieb Macron mit Spaniens Premierminister Pedro Sánchez ein französisch-spanisches Freundschaftsabkommen, vor zwei Jahren hatte er ein ähnliches Abkommen mit Italien geschlossen. Sucht Frankreich sich jetzt neue Partner, unabhängig von Deutschland? Dass man seine Beziehungen zu Spanien verstärke, habe keine Auswirkung auf die Art und Weise, wie man die Beziehung zu Deutschland wahrnehme, hieß es im Vorfeld aus dem Élysée-Palast.

Auf die Frage, ob sich die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen Monaten verbessert hätten, sagen Macrons Berater: Man wisse nicht,

ob man von Verbesserung sprechen müsse, die Beziehungen seien schließlich nie abgebrochen.

Willkommenskultur geht anders

Deutschland ist in den kommenden Jahren dringend auf Zuwanderung angewiesen. Das sollten auch Union und FDP verstehen und ihre Abschreckungspolitik aufgeben.

Ein Kommentar von Katharina Schuler

Wenn es um Migration und Zuwanderung geht, verheddert sich die Union regelmäßig in ihren inneren Widersprüchen – und erstaunlicherweise gilt das auch für die FDP, die als liberale Partei eigentlich weniger Probleme mit diesem Thema haben sollte. Alle drei Parteien verstehen sich ja als wirtschaftsfreundlich und so ist ihnen durchaus bewusst, dass Deutschland dringend Zuwanderung braucht: Ohne zusätzliche Ressourcen von außen sind der demografisch bedingte Fachkräftemangel und die daraus resultierenden Probleme für die deutschen Sozialsysteme eben nicht in den Griff zu bekommen. Entsprechend bemühen sich Union und FDP seit Jahren, für vereinfachte Zugänge zu sorgen.

Zugleich ist da allerdings die Angst vor ihrer eigenen Wählerklientel, in der Zuwanderung oft auch ein Gefühl von Bedrohung auslöst – wie auch vor den Rechtspopulisten, die daraus regelmäßig politischen Gewinn schlagen. Das führt dazu, dass Vertreter der Union und eben auch der FDP immer wieder versuchen, sich zugleich als migrationspolitische Hardliner zu positionieren, die Zuwanderung eher bremsen als fördern und Anpassung von Migrantinnen und Migranten an die hieszulande geltenden Gepflogenheiten verlangen.

Entsprechend fielen nun auch die Reaktionen auf den Gesetzentwurf von Innenministerin Nancy Faeser aus, mit dem das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert und Einbürgerungen erleichtert werden sollen. Die deutsche Staatsbürgerschaft werde "verramscht", heißt es nun bei der CDU. Unionschef Friedrich Merz warnt vor einer Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme und auch FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai findet, bevor man nicht effektiver abschiebe, sei nicht der richtige Zeitpunkt für einen erleichterten Zugang zur Staatsbürgerschaft.

Absurder Vorwurf

Leider werden hier mal wieder Dinge vermischt, die absolut nichts miteinander zu tun haben. Denn diejenigen, die man derzeit aus unterschiedlichsten Gründen nicht abschieben kann, sind jedenfalls nicht diejenigen, die sich um eine Staatsbürgerschaft bewerben könnten – und zwar auch nicht mit dem reformierten Recht. Wer Deutscher oder Deutsche werden will, für den werden auch in Zukunft bestimmte Voraussetzungen gelten, ganz egal, ob die Einbürgerung wie bisher erst nach acht oder künftig nach fünf – oder bei besonders guten Integrationsleistungen schon nach drei – Jahren möglich sein wird.

Dazu gehören neben Sprachkenntnissen zum Beispiel ein unbefristetes Aufenthaltsrecht (das haben Menschen, die man abschieben könnte, per se nicht) und die Tatsache, dass man seinen Lebensunterhalt selbst finanzieren kann. Der Vorwurf, mit dieser Reform werde der Zuzug in die Sozialsysteme erleichtert, ist also absurd.

Im Gegenteil setzt die Aussicht, die Staatsbürgerschaft schneller erringen zu können, einen Anreiz, möglichst schnell unabhängig von staatlichen Leistungen zu werden.

Auch von den rund elf Millionen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die jetzt schon in Deutschland leben, werden sich nach der geplanten Reform mit Ausnahme von einigen Härtefällen nur diejenigen um die Staatsbürgerschaft bewerben können, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten – auch wenn es etwa bei den Sprachkenntnissen Erleichterungen für ältere Migranten und Migrantinnen geben soll. Alle, die von der Neuerung profitieren könnten, sind also längst integriert. Es ist deswegen keineswegs so – wie die Union suggeriert –, dass die Staatsbürgerschaft an den Beginn des Integrationsprozesses gestellt würde, dieser wird lediglich ein wenig verkürzt.

Keine Trophäe für Höchstleistungen

Die Abwehrreflexe aus Union und FDP führen allerdings bestens vor Augen, warum Deutschland für die dringend gebrauchten, qualifizierten Zuwanderer und Zuwanderinnen keineswegs ein so beliebtes Zielland ist, wie diese Parteien meinen. Das liegt nur zum Teil an der Sprache, die anders als Englisch, Französisch oder Spanisch eben nicht auch in anderen Teilen der Welt gesprochen wird. Es liegt vielmehr auch daran, wie wir Zuwanderern entgegentreten.

Statt weiterhin so zu tun, als sei die deutsche Staatsbürgerschaft eine Trophäe, die sich Migranten durch Höchstleistungen zu verdienen haben, muss Deutschland endlich alles daran setzen, attraktiv für qualifizierte Zuwanderer zu werden und um diese zu werben. Dazu gehört auch, dass man ihnen eine einfachere und schnellere Perspektive bietet, dauerhaft und mit allen staatsbürgerlichen Rechten hier zu leben.

Dass die geplante Reform vorsieht, dass der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft nicht mehr mit dem Verlust der bisherigen einhergehen soll, trägt ebenfalls dazu bei, Menschen die Entscheidung für Deutschland zu erleichtern. Seit Jahren führt die Union dagegen angebliche Loyalitätskonflikte ins Feld. Doch wie scheinheilig das ist, zeigt schon die Tatsache, dass die doppelte Staatsbürgerschaft etwa für die Hälfte der Neudeutschen längst gang und gäbe ist – nämlich für all jene, die etwa aus der EU oder der Schweiz kommen. Wenn es kein Problem ist, gleichzeitig Deutscher und Italiener zu sein, warum soll dann eine zweite Staatsbürgerschaft aus einem anderen Land wie etwa der Türkei die Loyalität des Einwanderers zu seiner neuen Heimat einschränken?

Wenn die Union und vor allem die FDP es ernst meinen damit, dass sie den Zuzug von Arbeitskräften erleichtern wollen, müssen sie sich aus ihren Widersprüchen befreien. Für Fachkräftezuwanderung werben und gleichzeitig die üblichen Ressentiments zu bedienen, wird auf Dauer nicht funktionieren.

Wenn ein Reichsbürger an der Tafel steht

Seit Langem kämpfen Eltern gegen Aktivitäten von Verschwörungsideologen an einer Waldorfschule. Nun musste ein Lehrer gehen – doch die Probleme bleiben.

Von Sebastian Lipp

Steffen C., dafür spricht vieles, ist überzeugter Reichsbürger. So überzeugt, dass der Lehrer an der Waldorfschule von Ravensburg in Baden-Württemberg sogar Fantasiedokumente mit der Aufschrift "Deutsches Reich" mit in den Unterricht brachte – einen Personalausweis und eine Fahrerlaubnis. Angebliche Ausweise dieser Art bestellen sich Anhänger der Ideologie als Ersatz für Personalausweis und Führerschein. Den Vorfall belegt Bildmaterial, das ZEIT ONLINE vorliegt.

Nicht nur auf dem Papier wollen sich Reichsbürger von der Bundesrepublik Deutschland abgrenzen. Auch im Geiste haben sie tief verinnerlicht, dass der Staat in Wahrheit eine Firma sei, dass Deutschland von Besatzern regiert werde und dass Gesetze für sie nicht gälten. So weit, so krude. Werden die wirren Thesen jedoch in Schulen verbreitet, besteht eine besondere Gefahr. Und die besteht, wie Recherchen zeigen, besonders in den Schulen der Waldorfbewegung.

Lehrer Steffen C. bestreitet die Vorwürfe. Ein Reichsbürger will der 50-Jährige nicht sein. Die Dokumente habe er als selbstständiger Gartenbauer zur Steuerflucht einsetzen wollen, er lehne "das System mit den Steuern" ab und habe geglaubt, sich so entziehen zu können. Darüber hinaus habe er sich mit der Ideologie nicht beschäftigt und "keine politische Meinung".

Mehrere problematische Lehrkräfte

Stimmen aus der Ravensburger Waldorf-Elternschaft beklagen allerdings, dass es weitere problematische Lehrkräfte gebe und auch der schulische Umgang mit der Pandemie Fragen aufwerfe.

Tatsächlich schrieb etwa Lehrer Simon R. bereits 2015 einen Leserbrief an die Waldorfzeitschrift *Erziehungskunst*, in dem er bezweifelte, dass die Annexion der ukrainischen Krim durch Russland völkerrechtswidrig war. Als Quellen zur "Wahrheitsfindung" empfahl er den selbsternannten Schweizer "Friedensforscher" Daniele Ganser und ein Format des ehemaligen Radiomoderators Ken Jebsen. Ganser relativierte den Holocaust und den Nationalsozialismus, indem er sie als "lokaler Wahnsinn" der Corona-Pandemie als "weltweiter Wahnsinn" gegenüberstellte. Verschwörungsideologe Jebsen musste den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach antisemitischen Aussagen verlassen und avancierte im Zuge der Pandemie zu einem der bekanntesten Verbreiter von Falschinformationen, der besonders in der Querdenken-Bewegung Gehör fand.

Heute nutze er solche Quellen nicht mehr, sagt der Lehrer Simon R. auf Nachfrage. Heute sitzt er im Vorstand der Ravensburger Schule. Von Aktivitäten von Querdenkern oder Reichsbürgern habe er dort nichts bemerkt.

Elternprotest ohne Wirkung

Zumindest außerhalb der Schule gibt es offenbar deutliche Verbindungen: Der Musiklehrer Tobias G. fiel Eltern als Mitwirkender der Ravensburger Querdenken-Versammlungen auf. Er soll Schüler unter Druck gesetzt haben, die Masken zum Schutz vor einer Covid-Infektion tragen wollten. Auf Nachfrage erklärt G., er "brauche" sich nicht äußern, da er "total im Frieden mit mir selbst" sei. An der Schule ist G. für Personalfragen zuständig und leitet die Oberstufenkonferenz.

Schon im vergangenen Jahr schlug ein Teil der Elternschaft Alarm und versuchte, gegen die extremistischen Tendenzen vorzugehen. Ohne Erfolg. Nachdem schulintern nichts passiert war, informierten Eltern den Bund der Freien Waldorfschulen. Aber auch der Waldorf-Dachverband griff nicht ein, wie dessen Pressesprecherin Nele Auschra auf Nachfrage einräumt. Man habe lediglich die Beschwerdestelle des Waldorf-Bundes in Baden-Württemberg informiert.

Verantwortlich seien die Eltern, die keine "belastbaren Beweise" vorgelegt hätten: "Gerüchte und Anschuldigungen" könnten keinen "konkreten Verdacht" begründen. Erst eine Anfrage von ZEIT ONLINE brachte Bewegung in die Sache. Man sehe "das Gefahrenpotenzial" und stelle sich "allen Unterwanderungsversuchen radikalierter Milieus" entgegen. Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg und dem Verein Bildungseinrichtungen gegen Rechtsextremismus e. V. wolle man sich nun dem Aufklärungsprozess "umfassend stellen".

Esoteriker schotten sich ab

Tatsächlich ist Steffen C. inzwischen suspendiert und seine Anstellung als Lehrer wird aufgelöst. Konsequenzen für G. und R. hat es bisher offenbar nicht gegeben. G. ist weiterhin im Beschwerdemanagement tätig.

Obwohl sich erst etwas bewegte, als die Probleme an der Waldorfschule Ravensburg öffentlich zu werden drohten, schöpft ein Teil der Schulgemeinschaft nun Hoffnung. Andere bleiben skeptisch. Zu Recht, findet der Waldorf-kritische Blogger Oliver Rautenberg: "Es ist ein trauriges Symbol für die Abschottung der esoterischen Glaubensgemeinschaft nach außen hin", die es Rechtsradikalen oder Holocaustleugnern in der Vergangenheit ermöglicht habe, teils Jahre als Waldorflehrer zu wirken. "Auch hier sind es wieder ehemalige und aktive Waldorf-Funktionäre, die für Aufarbeitung sorgen sollen.

Tatsächlich setzt sich Vorstand von Bildungseinrichtungen gegen Rechtsextremismus e. V. aus Waldorf-Funktionären zusammen. Das geht aus Behördenunterlagen hervor. Vom Verein selbst ist lediglich ein Interview in einer Ausgabe der Erziehungskunst zu finden. Welche Expertise ihn für die Aufarbeitung an der Waldorfschule in Ravensburg qualifiziert, erläutert auch diese auf Nachfrage nicht.

So bleibt der Verdacht, dass die Waldorfschule ein fruchtbarer Boden für Verschwörungsideologen ist. Bereits 2020 thematisierte der offene Brief einer Abschlussklasse entsprechende Äußerungen eines Lehrers. Rückblickend könnte das den Anfang vom Ende der über 30-jährigen Schulgeschichte markieren. Seither stiegen die außerordentlichen Abgänge sprunghaft an. Bis zum Ende dieses Schuljahres ist Interna zufolge mit einem Exodus von deutlich über zehn Prozent der Schüler zu rechnen.

Wie sich die Mitglieder des Vorstands das vorstellen, erklärten sie Anfang April bei einem sogenannten offenen Schulrat, zu dem Eltern und Genossenschaftsmitglieder geladen waren. Wie diese später berichteten, wurde in der Sitzung versucht, herauszufinden, wer Informationen nach außen gegeben hatte. Denjenigen drohe nun der Rauswurf wegen "genossenschaftsschädigenden Verhaltens".

**Studie über Werte und Sorgen junger Menschen:
Optimistisch, hohe Erwartungen – und schwer gestresst**

von Swantje Unterberg

14- bis 29-Jährige in Deutschland leiden stark unter Stress, zeigt eine Jugendstudie. Die Untersuchung vergleicht die Werte erstmals mit denen älterer Generationen. Diese sind zwar deutlich pessimistischer – stecken Krisen aber besser weg.

Die junge Generation fühlt sich durch die Folgen von Coronapandemie, Klimakrise, Krieg in der Ukraine und hoher Inflation stärker belastet als die mittlere und ältere Generation. Das geht aus der aktuellen Trendstudie „Jugend in Deutschland 2023“ hervor, die am Dienstag veröffentlicht wurde und für die Forscher rund tausend Menschen pro Generationskohorte online befragten.

Demnach gibt fast die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen an, unter Stress zu leiden. Bei den 50- bis 69-Jährigen ist es nur ein Fünftel. Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich bei anderen psychischen Belastungen wie Erschöpfung, Selbstzweifeln und Gereiztheit. Die Werte der jungen Generation seien sehr hoch und im Vergleich zu früheren Erhebungen noch mal gestiegen, sagt Jugendforscher und Co-Autor der Studie, Klaus Hurrelmann.

„Junge Menschen fühlen sich wie in einem Dauerkrisenmodus, der weiter anhält und psychische Narben hinterlässt“, sagt Simon Schnetzer, der die Studie halbjährlich zusammen mit Hurrelmann veröffentlicht. Die aktuelle Untersuchung berücksichtigte erstmals ältere Vergleichsgruppen. „Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind viel geringer, als im Allgemeinen vermutet wird“, schreiben die Autoren. „Von einem Generationenkonflikt kann keine Rede sein.“

Die verschiedenen Generationen stimmten bei der Antwort auf die Frage „Welche Werte sind dir besonders wichtig?“ in entscheidenden Punkten weitgehend überein, heißt es in der Trendstudie. Die ältere Generation räumt allerdings der Gesundheit größere Priorität ein. Das erklären die Autoren mit zunehmenden körperlichen Einschränkungen und Erkrankungen im höheren Alter. Auch finden die älteren Befragten die Demokratie deutlich wichtiger als jüngere. Die Autoren deuten das als ein Anzeichen von Politikverdrossenheit der jüngeren Generationen aufgrund der Erfahrungen in der Pandemie.

Die 18-jährige Nour Idelbi, die sich selbst politisch engagiert, trug bei der Vorstellung der Studie ihre persönlichen Einschätzungen dazu vor. Das vermeintliche Desinteresse an Demokratie habe damit zu tun, dass Jüngere die Staatsform als so fest erlebten, dass sie nicht dafür einstehen müssten, sagte die Schülerin.

Besonders deutlich sind die Unterschiede zwischen den Generationen laut der Studie, wenn es um den Blick auf die Zukunft geht: Jugendliche und junge Erwachsene sind demnach viel optimistischer als die Über-30-Jährigen und haben positive Erwartungen an ihre eigene Zukunft. Sie gehen „offenbar von der Einschätzung aus, dass sie es mit ihrem Schwung und ihrer Flexibilität“ schon schaffen, die Herausforderungen zu meistern, heißt es in der Untersuchung.

Demgegenüber sei die älteste Bevölkerungsgruppe abgeklärter, blicke pessimistischer und sorgenvoller in die Zukunft, mache sich dadurch aber gewissermaßen krisenfest und stelle sich innerlich auf eine Verschlechterung ein, analysieren die Autoren. Damit erklären sich die Studienmacher auch, weshalb die junge Generation viel stärker mit Belastungs- und Erschöpfungsgefühlen auf die Krisen der Zeit reagiert.

Arbeitsmotivation und Leistungsbereitschaft waren in allen drei befragten Generationen stark ausgeprägt. Nur was sie zum Arbeiten motiviere, unterscheide sich, heißt es in der Studie. Im Vergleich der Generationen ließen sich die 30- bis 49-Jährigen mit Geld und Spaß am meisten für Leistung motivieren, schreiben die Autoren. Bei den Jungen sei der Faktor Bezahlung am wichtigsten, wie schon bei der Erhebung vor einem Jahr. Den Jüngeren sind außerdem eine gute Arbeitsatmosphäre, gute Vorgesetzte und die Sicherheit des Arbeitsplatzes wichtig. Auffällig sei, dass 40 Prozent der jungen Erwerbstätigen angeben, sich für einen Jobwechsel zu interessieren. Sie hätten hohe Erwartungen an sich selbst, interpretieren die Wissenschaftler.

„Junge Leute setzen sich damit unter Druck“, sagt Jugendforscher Hurrelmann. „Sie setzen sich hohe Ziele, und daran kann man scheitern“. Beim Stress der Jugend müsse man bedenken, dass die Lebensplanung mittlerweile äußerst komplex sei. Jugendliche stünden am Ende ihrer Schulzeit oft ratlos vor unendlich vielen Optionen, „das verunsichert“, sagt Hurrelmann. Dazu kämen noch die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage und nicht zuletzt die Belastung durch die drei Coronajahre, „das dürfen wir nicht unterschätzen“.

Studienleiter Schnetzer fordert deshalb, psychische Unterstützungsangebote in Schulen, Hochschulen und Unternehmen schnell auszubauen, „damit es bei den besonders belasteten jungen Menschen nicht zu einer Verfestigung von Depressionen, Suchtverhalten und Isolation kommt“.

Abgeknackt: Das Matterhorn muss von der Toblerone-Verpackung verschwinden**Weil die Produktion von der Schweiz in die Slowakei verlegt wird, geht der dreieckigen Schokolade die „Swissness“ verloren**

Wer hat's erfunden? Die Schweizer. Das gilt nicht nur für Ricola-Zuckerln, sondern auch für die Schokoladenmarke Toblerone. Zwar wird Toblerone bereits seit 1990 vom US-Lebensmittelriesen Mondelēz produziert, die Schweizer Identität war jedoch stets elementarer Teil der Werbestrategie. Damit ist nun Schluss, zumindest teilweise. Die bekannte Dreiecksform bleibt bestehen, das Matterhorn muss aber verschwinden. Seit 1970 zierte das eidgenössische Wahrzeichen die Verpackung, und wer genau schaut, erkennt auch einen Bären im Bild des 4.478 Meter hohen Bergs.

Grund für die Änderung ist das sogenannte Swissness-Gesetz, das festlegt, unter welchen Umständen Unternehmen ihre Produkte als „swiss made“ bezeichnen oder mit Nationalsymbolen werben dürfen. Mindestens 80 Prozent der Rohstoffe eines Lebensmittels müssen demnach aus der Schweiz kommen, bei Milch und Milchprodukten sind es 100 Prozent. Ausnahmen gelten nur für Rohstoffe, die in der Schweiz nicht vorkommen, etwa Kakao. Außerdem müssen die wesentlichen Fertigungsschritte in der Schweiz passieren.

Produktion in Bratislava

Das geht sich nicht mehr aus, denn im Lauf des Jahres verlegt Mondelēz die Produktion von Bern in die slowakische Hauptstadt Bratislava. „Die neugestaltete Verpackung führt ein modernisiertes und gestrafftes Berglogo ein, das mit der geometrischen und dreieckigen Ästhetik übereinstimmt“, sagte ein Mondelēz-Sprecher der „Aargauer Zeitung“. Auf den Toblerone-Verpackungen werde zudem „established in Switzerland“ und nicht mehr „of Switzerland“ stehen. Medienberichten zufolge darf der Bär – das Berner Wappentier – bleiben, in welcher Form, ist aber noch unklar.

Das 2017 in Kraft getretene Gesetz und das dementsprechende Siegel sollen Markenhersteller vor Nachahmern schützen, heißt es beim Verband Chocosuisse. Es solle vermieden werden, dass sich ausländische Produzenten eine angebliche Schweizer Herkunft zu eigen machen.

Verpackung wichtiger als Logo

Wie wird sich ein derartiges Rebranding des Logos auf Toblerone auswirken? „Schweizer Schokolade ist mit Qualität und Tradition verbunden. Wenn jetzt außerhalb der Schweiz produziert wird und das Matterhorn als Wahrzeichen der Schweiz nicht mehr genutzt wird, wird dieser Markenkern verwässert. Das ist nicht unbedingt negativ, wenn es die Marke schafft, sich über andere Produktattribute zu differenzieren“, meint Marketingexpertin Ulrike Kaiser von der WU Wien. Toblerone habe ein einzigartiges Verpackungsdesign, und auch die gezackte Form der Schokolade sei einzigartig.

Als gänzlich risikolos schätzt sie den Schritt dennoch nicht ein. „Unternehmen kommen um Transparenz nicht mehr herum. Wenn sich Konsument:innen getäuscht fühlen, weil mit Schweizer Tradition geworben wird, aber das Produkt diesem Anspruch nicht mehr gerecht wird, wird das langfristig nicht erfolgreich sein.“

Aus: Der Standard, 08.03.2023

Leopold-Museum hängt als "positive" Klimaaktion Bilder schief

Intervention ohne Klebstoff: Die Aktion "A Few Degrees More" weist mittels gekippter Naturgemälde auf mögliche Klimaschäden hin

Welcher See wird austrocknen? Wie viele der Gletscher schmelzen? Wo sich die neue Baumgrenze befinden? Landschaftsgemälde aus der Ausstellung *Wien 1900. Aufbruch in die Moderne* im Wiener Leopold-Museum hängen neuerdings dieser Fragen wegen schief. Naturgemälde von Egon Schiele, Gustav Klimt und Koloman Moser wurden um jene Grade gekippt, um die der Klimawandel die dargestellte Natur beeinflussen wird. Der Temperaturanstieg um mehr als 1,5 Grad kann in verschiedenen Regionen der Welt unterschiedliche Auswirkungen haben.

Am Tag der Warnung des Weltklimarats IPCC, wonach die Menschheit drauf und dran sei, die Klimaziele von plus 1,5 Grad bzw. zwei Grad zu verfehlen, hat sich das Wiener Leopold-Museum mit der Aktion "A Few Degrees More" an die Öffentlichkeit gewandt. Um zu veranschaulichen, wie viel Effekt wenige Grade verursachen, wurden 15 Landschaftsgemälde bewusst in Schräglage versetzt.

Verfehlt Klimaziele

In Kooperation mit dem Klimaforschungsnetzwerk Climate Change Centre Austria (CCCA) wurden die Bilder um genau jenen Gradwert geneigt, um den die Temperatur in den gezeigten Gebieten steigen könnte, wenn nicht rechtzeitig tiefgreifende Maßnahmen gesetzt werden. "A Few Degrees More (Will Turn the World into an Uncomfortable Place)" will damit anhand der von Klimt, Moser, Schiele, Gustave Courbet oder Tina Blau gemalten Landschaften wie der Atterseeregion, den Voralpen oder der Atlantikküste zeigen, dass bald alles aus dem Lot geraten könnte. Naturlandschaften, die vor mehr als hundert Jahren verewigt wurden, könnten in ihrer vertrauten Form bald verschwunden sein. Zusatztexte sollen die Aktion erklären und dazu auffordern, Maßnahmen gegen diese Entwicklungen zu setzen.

Im November hatten Klimaaktivisten der Gruppe Letzte Generation das Schutzglas vor Klimts Gemälde "Tod und Leben" mit schwarzer Farbe überschüttet. Museumsdirektor Hans-Peter Wipplinger hatte damals die Anliegen der Klimaaktivisten für berechtigt erklärt, jedoch gemeint: "Der Angriff auf Kunstwerke ist definitiv der falsche Weg." Nun hat das Museum selbst einen anderen Weg eingeschlagen: "Mit 'A Few Degrees More' wollen wir proaktiv einen konstruktiven Beitrag liefern in der Hoffnung, dass sich andere Museen und Galerien dieser Bewegung anschließen, indem sie mit einem behutsamen Eingriff auch ihre Kunst- und Kulturschätze zu Klimabotschafter*innen machen", ließ Wipplinger in einer Aussendung wissen.

Nachhaltige Rolle

"Museen nehmen per se eine nachhaltige Rolle in der Gesellschaft ein, indem sie das kulturelle Erbe für die nächsten Generationen bewahren und vermitteln. Sie verstehen sich als

Räume der Inspiration und Reflexion über unser Dasein und haben das Potenzial, unser zukünftiges Handeln durch das Bewusstmachen gesellschaftlicher Phänomene positiv zu beeinflussen. In diesem Sinne erklären wir uns solidarisch mit den Bestrebungen der Klimabewegung", so der Museumschef. Die Auseinandersetzung mit den drängendsten Problemen der Gesellschaft sei dem Leopold-Museum "als Bildungs- und Vermittlungsinstitution ein zentrales Anliegen".

Für CCCA-Vorstandsmitglied und Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb ist die Aktion ein gelungener Versuch, abstrakte Daten intuitiv begreifbar zu machen: "Seit Jahrzehnten warnen Wissenschaftler*innen vor einem vom Menschen verursachten globalen Temperaturanstieg um mehr als 1,5 Grad mit enormen Folgen für die Menschheit. Aber diese Daten sind schwer zu fassen. Wir wollen zeigen, was für einen Unterschied ein paar Grad mehr machen."

Kostenlose Sonderführungen

Die Intervention ist von Mittwoch bis 26. Juni im Rahmen der Ausstellung "Wien 1900. Aufbruch in die Moderne" im Leopold-Museum zu sehen. Dazu werden an jedem Sonntag um 14 Uhr kostenlose Sonderführungen und außerdem gegen Voranmeldung kostenlose Schülerinnenführungen angeboten. Die Sendung "Kulturmontag" auf ORF 2 wird noch Dienstagabend einen Beitrag über die Aktion bringen.

Quelle: *Der Standard*, 21. März 2023.

Cannabis: Legalisierung in Deutschland - in zwei Schritten

Deutsche Welle, 12.04.2023

Die Bundesregierung will Cannabis legalisieren. Der Besitz von 25 Gramm Genuss-Cannabis soll erlaubt werden. In speziellen Vereinen soll der Anbau von Haschisch möglich sein.

Weißer Rauch über dem Gesundheitsministerium. Eine Lösung ist gefunden, die überarbeiteten Eckpunkte für eine Legalisierung von Cannabis in Deutschland stehen fest und sollen schon bald Gesetz werden. Stolz hatte Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) schon Stunden vor der Pressekonferenz per Tweet verkündet: "Die Legalisierung von Cannabis: sie kommt doch."

Bei der Pressekonferenz wirkt der Gesundheitsminister optimistisch: "Wir versuchen ein Problem zu lösen", verkündet Lauterbach selbstbewusst. „Die bisherige Cannabis-Politik ist gescheitert“, resümiert er. Seit 2011 sei die Anzahl der Drogendelikte in Deutschland kontinuierlich angestiegen. Diesen Trend wolle man stoppen, Haschisch legalisieren, saubere Produkte anbieten, den Schwarzmarkt trockenlegen und die Jugend schützen. Dazu habe sein Ministerium zusammen mit vier weiteren Ressorts ein Zwei-Stufen-Modell entwickelt.

Zwei-Stufen-Modell für Cannabis in Deutschland

Im ersten Schritt soll der Besitz von maximal 25 Gramm "Genusscannabis" zum Eigenkonsum ab 21 Jahren straffrei sein. Monatlich sind insgesamt 50 Gramm des Rauschmittels legal. Pro Person soll es außerdem erlaubt sein, drei Hanfpflanzen im Eigenanbau auf dem Balkon oder im Garten zu ziehen. Ein entsprechender Gesetzentwurf, ergänzt Agrarminister Cem Özdemir (Grüne), "kommt noch im April". Für den Vertrieb von Marihuana sollen sogenannte Cannabis-Social-Clubs gegründet werden. Das sollen Vereine sein, die ihre Mitglieder mit Cannabis-Produkten aus eigenem Anbau versorgen. Die Vereine sollen, so Lauterbach, maximal 500 Mitglieder haben.

Neu geregelt wird der Verkauf von Cannabis. Das ist die Säule zwei des Regierungsplans. Der ursprüngliche Entwurf sah vor, dass der Vertrieb weitestgehend staatlich kontrolliert wird, um einer Kriminalisierung beim Verkauf vorzubeugen. Dazu sollten sogar Apotheken zum Verkauf an Kunden über 18 Jahren lizenziert werden. Der Plan einer staatlich kontrollierten Lieferkette vom Anbau bis zum Verkauf musste – offenbar auch auf Druck der EU-Kommission - aufgegeben werden. Den Verkauf in lizenzierten Geschäften soll es nun lediglich in Modellregionen geben.

Özdemir: "Schwarzmarkt wird sich schwarzzürnern"

Dieses Mal soll es klappen. Bereits im Oktober des vergangenen Jahres hatte Lauterbach als zuständiger Minister – der ursprünglich selbst gegen eine Cannabis-Legalisierung war – sogenannte Eckpunkte für ein Gesetz vorgelegt. Die waren aber offenbar zu liberal und widersprachen in einigen Punkten den Vorschriften der EU. Dieses Mal legt Lauterbach einen Vorschlag vor, den er für rechtlich umsetzbar und EU-kompatibel hält.

Viel Lob für den Entwurf gab es natürlich von der Seite der Regierung aus SPD, Grünen und FDP. Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) sagte: "Die kriminellen Dealer werden sich nicht freuen. Der Schwarzmarkt wird sich schwarzzürnern." Die drogenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, Kristine Lütke, schrieb: "Endlich!". Aus der Opposition kommen jedoch kritische Stimmen. Auf Anfrage der DW antwortete der Gesundheitsexperte der CDU-Bundestagsfraktion, Erwin Rüdell: "Die Legalisierungspolitik der Ampel ist gescheitert." Bei

Jugendlichen bis 25 Jahren müsse man bedenken, dass "Psychosen durch Cannabiskonsum auftreten können".

"Legalize it" ist Regierungsplan

Der erneute Vorstoß der Regierung zeigt: Es geht nicht mehr um das Ob einer Cannabis-Legalisierung, sondern lediglich um das Wie und Wann. Lauterbach setzt das um, was sich SPD, Grüne und FDP in ihr gemeinsames Regierungsprogramm geschrieben hatten: Legalize it! Als politisches Vorhaben ist im Koalitionsvertrag festgehalten: "Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein."

Legalisierung von Cannabis verspricht hohe Gewinne

Noch ist der Besitz von Cannabis, Haschisch oder Marihuana in Deutschland strafbar. Er gilt als Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz und kann verfolgt werden, genauso wie der Besitz härterer Drogen wie Heroin oder Ecstasy. Die von der Regierung angestrebte Reform könnte Polizei und Staatsanwaltschaften erheblich entlasten. Auch das war ein Ziel. Selbst in Justizkreisen hält man die Entkriminalisierung des Besitzes von Cannabis für eine gute Idee. So warb der Präsident des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, kürzlich für eine Herabstufung von Cannabis-Delikten von einer Straftat zu einer Ordnungswidrigkeit.

Cannabis-Legalisierung könnte deutsche Staatskasse füllen

Die Legalisierung von Cannabis könnte sogar zu einem großen Geschäft für den Staat werden. So sieht es der Düsseldorfer Wirtschaftswissenschaftler Justus Haucap, der sich schon seit Jahren für eine Legalisierung von Cannabis einsetzt - aus wirtschaftlichen Gründen. Gegenüber der DW hatte Haucap kürzlich erklärt, er gehe von rund vier Millionen Cannabiskonsumenten in Deutschland aus. "Wir haben versucht, einmal einzuschätzen, was das von der Menge her bedeutet. Wir gehen von einem Marktvolumen von rund 400 Tonnen aus, das sich zwischen vier und fünf Milliarden Euro bewegt." Mögliche Einnahmen aus der vorgesehenen Cannabissteuer sowie Einsparungen bei Polizei und Justiz addiert der Wirtschaftsprofessor auf knapp fünf Milliarden Euro pro Jahr.

In vielen Ländern Europas gilt schon heute eine sehr liberale Drogenpolitik. Beispielsweise in den Niederlanden oder Portugal, wo Haschisch und Co. weitestgehend entkriminalisiert wurde. In Spanien gilt der Cannabiskonsum lediglich als Ordnungswidrigkeit. In Kanada ist der Konsum ebenfalls erlaubt; das Land hat sogar einen Cannabisminister. Auch in Uruguay und in 19 Bundesstaaten der USA sind Anbau, Handel und Vertrieb von Cannabis legalisiert.

Ob eine Legalisierung in Deutschland wirklich schon bald umgesetzt werden kann, ist allerdings noch offen. Bundestag und Bundesrat müssen zustimmen. Der überarbeitete Entwurf (Stufe zwei) muss erneut an die EU-Kommission zur Prüfung verschickt werden. Gesundheitspolitiker Erwin Rüdell (CDU) ist skeptisch. Der DW sagte er, er hätte sich gewünscht, "dass mit der EU ein gemeinsamer Weg gefunden wird". Doch Gesundheitsminister Karl Lauterbach hält seine Pläne, wie er sagte, sogar für ein echtes "Vorbild" in der EU-Drogenpolitik.

Endlager in Sicht

Frankreich ist Deutschland bei der Suche nach einem Atommüllendlager zwei Schritte voraus: Der Standort steht fest, in 500 Meter Tiefe lässt sich besichtigen, wie die Tunnelsysteme aussehen werden. Der Widerstand vor Ort gibt Vorgeschmack auf das, was Deutschland bevorsteht.

Ein geologisches Tiefenlager für die Endlagerung abgebrannter Brennelemente ist noch nirgendwo auf der Welt in Betrieb. Die erste Anlage im Südwesten Finnlands soll nächstes Jahr das erste sein. Die Franzosen, die weltweit den größten Anteil an Atomstrom haben, sind nicht ganz so schnell – aber immerhin deutlich schneller als Deutschland, wo der Prozess der Endlagersuche immer wieder ins Stocken geraten ist.

Frankreich hat den passenden Ort nahe dem Dorf Bure, 220 Kilometer östlich von Paris, gefunden. Dieses Endlager soll alle Abfälle aufnehmen, die bisher in französischen Reaktoren angefallen sind.

Mit dem Bau des Versuchslabors wurde vor zwanzig Jahren begonnen. Es werden Tunnel und Schächte im Maßstab 1:1 gebaut. Dennoch müssen die Mitarbeiter der französischen Nationalen Agentur für die Entsorgung radioaktiver Abfälle (ANDRA) immer wieder beteuern, dass es auf dem Gelände keine radioaktiven Abfälle gibt und sie „nur Wissenschaftler sind, die Experimente machen.“ Lokale Anti-Atomkraft-Aktivisten glauben ihnen nicht. Sie sagen, die Regierung versuche es mit der „Salami-Methode“ – erst ein Labor, und wenn es dann gebaut ist, wäre es schade, es nicht als Lager zu nutzen.

Erdbeben nicht das größte Problem

Rund 10 000 verschiedene Sensoren und Messinstrumente sind im Labor untergebracht. Sie überwachen die Temperatur, die Feuchtigkeit und die mikroskopischen Bewegungen des Gesteins. Anhand der über mehrere Jahre gesammelten Daten versuchen sie, die Entwicklung für Tausende von Jahren zu modellieren.

„Die Tunnel sind so gebaut, dass sie die Energie des Erdbebens nicht freisetzen, sondern aufnehmen“, erklärt Jacques Delay, Leiter des Forschungsteams. Das größere Problem, das ein Erdbeben verursachen würde, seien die Gebäude an der Erdoberfläche. Sie seien so konzipiert, dass sie auch einem starken Erdbeben standhalten.

Für den Fall eines Brandes gibt es in den Tunneln hermetisch verschlossene Räume und spezielle Container, in die sich alle Menschen, die gerade unter der Erde arbeiten, flüchten können. In ihnen befinden sich Wasser und Lebensmittel für mehrere Tage sowie eine separate Toilette. Außerdem hat jeder eine spezielle Tasche mit einem Atemschutzgerät am Gürtel hängen. Der darin enthaltene Sauerstoff reicht für eine halbe Stunde. Erdbeben und Feuer sind wahrscheinlich die schlimmsten Szenarien, auf die die Wissenschaftler das unterirdische Endlager vorbereiten. Was ist mit einem Terroranschlag? „Das ist nicht unsere Aufgabe, wir sind Wissenschaftler, nicht das Militär“, antwortet der Leiter des Wissenschaftsteams.

Aktivisten befürchten Lecks

Wenn das Endlager spätestens 2050 voll funktionsfähig ist, wird es für weitere hundert Jahre, bis 2150, offen gehalten. Wenn die Menschheit bis dahin noch nicht herausgefunden hat, wie sie mit den radioaktiven Abfällen umgehen soll, wird das Endlager schließlich zubetoniert werden. In Frankreich wurden nur drei Standorte gefunden, die sich als geologische Endlager eignen. Das Dorf Bure, nach dem das unterirdische Labor benannt ist, hat etwa 100 Einwohner. Das ist dreimal weniger als die Zahl der unter Tage arbeitenden Menschen.

In der Mitte des Dorfes steht ein altes Haus, das die neuen Bewohner „Haus des Widerstands“ (La Maison de résistance) genannt haben. Das Haus wurde zum Hauptstützpunkt der Anti-Atomkraft-Bewegung in Frankreich. Es ist energieautark, und für die Zubereitung der Speisen werden nur lokal angebaute Zutaten verwendet, kein Fleisch, nur Gemüse und Obst, Getreide und Hülsenfrüchte. Es wird von Aktivisten aus ganz Frankreich, aber auch aus anderen Ländern bewohnt. Viele von ihnen weigern sich, Journalisten ihre vollständigen Namen zu nennen. „Wir schaffen hier eine neue Welt“, sagen sie auf die Frage, was ihre Hauptaufgabe sei. „Es kann gut sein, dass ich in ein oder zwei Jahren zur Polizei gebracht werde und sie mich zu dem befragen, was ich Ihnen gerade erzählt habe“ sagt Joël Domenjoud, der Koordinator der Bewegung.

Er und andere Bewohner behaupten, dass die französische Regierung die Entscheidung für den Bau des unterirdischen Endlagers getroffen habe, ohne die Bevölkerung ausreichend zu informieren. Aktivisten sagen, dass in dem Labor und dem Unterirdischen Lager Lecks entstehen könnten, durch die radioaktive und giftige Stoffe austreten könnten. Sie befürchten eine Verunreinigung des Grundwassers und dass das gesamte Gebiet unbewohnbar wird. Das „Haus des Widerstands“ organisiert in Bure Demonstrationen gegen die Fortsetzung der unterirdischen Versuche. Die Aktivisten fordern, dass der gesamte Prozess der Standortwahl von vorne beginnt und gleichzeitig der Betrieb von Kernkraftwerken im Land eingestellt wird, damit kein weiterer Abfall entsteht. Ihrer Meinung nach sollte die Lösung vor allem in der Senkung des Verbrauchs gesucht werden.

Diese Szenerie in Frankreich gibt einen Vorgeschmack auf das, was Deutschland erst noch bevorsteht. Die Bevölkerung hierzulande ist gegenüber der Kernkraft traditionell kritischer eingestellt als die im Nachbarland. Allein die Frage, ob in einer Energiekrise die Laufzeit der drei verbliebenen Kernkraftwerke um drei Monate verlängert werden soll, hat die erbitterten Debatten der Vergangenheit aufleben lassen und ein Machtwort des Bundeskanzlers notwendig gemacht. Während der Endlagersuche könnte sich das wiederholen. Schnell gehen wird es ohnehin nicht: Erst im Jahr 2031 soll in Deutschland ein Standort feststehen, in Betrieb gehen soll das Endlager im Jahr 2050 – wenn alles glattgeht.

Quelle: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. Oktober 2023 (gekürzt)

Integration im Handwerk: Warum die Ausbildung von Flüchtlingen den Fachkräftemangel nicht löst

von Patricia Andreae, Rödermark

Geschätzt, aber nur geduldet: Für viele Handwerksbetriebe ist die Ausbildung von Flüchtlingen die einzige Chance auf Nachwuchs – doch mit ungewisser Zukunft.

Eshete Masresha antwortet zögernd. Der Vierundzwanzigjährige möchte eigentlich lieber nicht, dass über ihn berichtet wird. Er befürchtet, dass das bei der Ausländerbehörde für Ärger sorgen könnte. Und den will der junge Mann, der als abgelehnter Asylbewerber um eine längere Duldung bangt, nicht riskieren. Denn er möchte in Rödermark bleiben und arbeiten.

Kerstin Riegler möchte das mindestens genauso sehr wie ihr Angestellter. Die Mitinhaberin des Metallbauunternehmens Ruhland Riegler sagt klipp und klar: „Wir brauchen Eshete, wir finden doch sonst keine Leute.“ Schon vor gut einem Jahr hat der junge Mann seine Gesellenprüfung abgelegt. Er ist wertvoll für das Unternehmen, in dessen Fluren die Bilder vieler bekannter Gebäude aus der Region mit Zink-, Kupfer- oder anderen Metallkonstruktionen hängen.

Vom Flughafen, wo die Firma derzeit an einem Verbindungstrakt arbeitet, gibt es noch kein Foto. Masresha darf dort nicht mitarbeiten, dazu bräuchte er einen deutschen Personalausweis. Den hätte der gebürtige Äthiopier gern, der mit seinem jüngeren Halbbruder und einem Cousin 2015 als Sechzehnjähriger nach Deutschland gekommen ist. Die Sprache hat er sich zunächst über eine Handy-App beigebracht und dann mithilfe von Ehrenamtlichen weitergelernt. Anschließend hat er den Hauptschulabschluss gemacht, denn in Äthiopien hatte der Sohn von Bauern nur drei Jahre lang die Schule besucht.

„Deutsche wollen nicht am Bau arbeiten“

Während einer Fördermaßnahme habe er sein Berufsziel gefunden: „Ich habe mit Metall gearbeitet, und das hat mir Spaß gemacht.“ So suchte Eshete Masresha eine Lehrstelle und kam 2018 zu Rieglers, wo er in dem handwerklichen Betrieb mit 32 Mitarbeitern seine dreieinhalbjährige Ausbildung absolvierte. „Er hat einen besseren Abschluss gemacht als mancher mit Deutsch als Muttersprache“, sagt Kerstin Riegler. Die Firma habe ihn mit Sprachkursen unterstützt und auch sonst, wenn er Hilfe brauchte – bei der Wohnungssuche etwa und immer wieder bei Behördengängen.

Dass Masresha immer noch keine langfristige Bleibeperspektive hat, ärgert Riegler sehr. Wenn sie von den Ankündigungen der Bundesregierung zur Erleichterung von

Fachkräfteeinwanderung hört, wird sie regelrecht sauer. Wer wie Masresha eine gute Ausbildung absolviert habe und im Unternehmen gebraucht werde, sollte auch bleiben dürfen, findet sie. „Schließlich haben wir in ihn viel investiert“, hebt die energische Chefin hervor. Inzwischen sei Masresha mit einem Bruttogehalt von rund 3400 Euro auch ein guter Steuerzahler. Vor allem aber, so ihre Erfahrung: „Deutsche wollen nicht am Bau arbeiten.“

Auch in anderen Handwerksbetrieben kennt man das und setzt auf die Ausbildung von Flüchtlingen. Denn die Schwierigkeiten, Lehrstellen zu besetzen, werden immer größer. Im Februar meldete die Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern, dass jeder zweite Betrieb keine oder nicht genügend Lehrlinge finde. Nach Angaben der Kammern waren im Mai fast 2000 offene Lehrstellen registriert. Flüchtlinge rücken damit zunehmend in den Fokus der Handwerker. Von den aktuell 24.059 Lehrlingen in hessischen Handwerksbetrieben stammen nach Angaben der Kammern 2965 aus den acht vorrangigen Fluchtländern: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Für Flüchtlinge besteht nach der dreijährigen Ausbildung die Aussicht auf eine weitere Beschäftigung im Betrieb und damit eine sichere Duldung für zwei Jahre. Doch was dann? Das ist auch die Frage, die für Kerstin Riegler und Eshete Masresha immer drängender wird. „Da reden wir von der Bekämpfung von Fachkräftemangel und schicken gut ausgebildete Leute dann weg“, sagt Riegler mit sichtlichem Unverständnis für die Politik, wobei ihr sowohl der Bürgermeister von Rödermark, Jörg Rotter (CDU), als auch der einstige Staatssekretär aus dem hessischen Wirtschaftsministerium Philipp Nimmermann (Die Grünen) ihre Unterstützung zugesagt hätten. Riegler hebt hervor, erst in der Gesellenzeit profitierten die Betriebe von der Investition in die Lehrlinge. Ohne eine längerfristige Perspektive lohne sich die Ausbildung von Flüchtlingen für sie überhaupt nicht, weil sie durch die Bürokratie einiges an Mehrarbeit für das Unternehmen bedeute.

„Das darf doch nicht alles umsonst sein“, sagt Riegler. Noch hofft sie auf einen positiven Bescheid der Ausländerbehörde, damit Masresha seinen Plan verfolgen und den Meister machen kann. Unter dem Ärmel seines T-Shirts ist ein Tattoo zu erkennen. „Ein Kreuz, das habe ich mir vor langer Zeit mal selbst gestochen“, sagt er mit schüchternem Lächeln. Darauf vertraue er und hoffe, dass doch noch alles gut werde.

Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.06.2023 (gekürzt)

60 Jahre deutsch-französische Freundschaft: Paartherapie

von: Eva Quadbeck

**Das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich hat zuletzt arg gelitten:
Zum Jahrestag des Élysée-Vertrags soll nun alles besser werden.**

Wenn Familien an Feiertagen zusammenkommen, ist das Anlass, Streitigkeiten hinter sich zu lassen und das zu feiern, was einen verbindet. Deutschland und Frankreich halten das an diesem Sonntag, an dem sie 60 Jahre Élysée-Vertrag begehen, nicht anders. Zumal man zusammenhalten muss gegen den gemeinsamen Feind Russland.

„Die deutsch-französische Freundschaft ist das Gegengift zu Nationalismus und Expansionismus, die Europa zweimal beinahe zerstört hätten“, sagt die französische Parlamentspräsidentin Yaël Braun-Pivet, die am Vormittag die deutsch-französischen Feierlichkeiten in der Pariser Traditionsuniversität Sorbonne eröffnet.

An diesem Tag, an dem 18 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwei über Generationen verfeindete Länder Freundschaft schlossen, dominieren zwei Themen: Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die komplizierten deutsch-französischen Beziehungen, die in den vergangenen Monaten von Missverständnissen und Disharmonie geprägt waren. Kanzler Scholz spricht das relativ offen an. Aus seiner Sicht kann der deutsch-französische Motor nicht zu allen Zeiten nur leise vor sich „hinschnurren“. „Der deutsch-französische Motor ist eine Kompromissmaschine – gut geölt, aber zuweilen eben auch laut und gezeichnet von harter Arbeit“, sagt Scholz. Harte Arbeit ist in diesem Fall die Beschönigung für reichlich Streit der vergangenen Monate.

Es gab kaum ein Thema, bei dem sich Deutschland und Frankreich nicht verhakten: In der Energiewirtschaft war es der Gaspreisdeckel, den Deutschland so vehement ablehnte. In der Verteidigungspolitik die Frage eines Raketenabwehrschirms, bei dem Deutschland einen Vorstoß mit Israel unternahm, während Frankreich mit Italien an einem System arbeitet. Dann reiste Scholz zum Verdruss des französischen Präsidenten alleine nach China – obwohl spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine allen in Europa klar ist, dass die Demokratien eng zusammenhalten müssen gegen die diktatorischen und autoritären Staaten. Dies gilt besonders im Verhältnis zu China, von dem die europäischen Wirtschaften schon abhängiger sind, als das gut ist.

Und so äußert Scholz recht offenherzig, seinen Antrieb beziehe der deutsch-französische Motor „nicht aus süßem Schmus und leerer Symbolik“. Vielmehr sei es der feste Wille,

„Kontroversen und Interessenunterschiede immer wieder in gleichgerichtetes Handeln umzuwandeln“. Wie um die letzten Zweifel daran zu zerstreuen, dass Deutschland und Frankreich zur Gemeinsamkeit gezwungen sind, zitiert die deutsche Parlamentspräsidentin Bärbel Bas den früheren EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker. „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, sollte Soldatenfriedhöfe besuchen.“

Das wissen der französische Präsident und der deutsche Kanzler auch. Die beiden fremdeln aber miteinander. Hier der nüchterne deutsche Rechtsanwalt, der mit abgewetzter Aktentasche und einem minimalistischen Kommunikationsstil um die Welt reist. Dort der emotionale Franzose, der die große Geste und große Worte liebt. Wenn man sich in Berlin und in Paris hinter vorgehaltener Hand gegenseitig Arroganz vorwirft und damit vor allem die Männer an der Spitze gemeint sind, haben wahrscheinlich beide Seiten recht.

An diesem Sonntag aber soll es besser laufen. Scholz und Bas versäumen es nicht, Macron für seine Rede „Initiative für Europa“ von 2017 zu loben und zu danken. Die Rede hatte der französische Präsident ebenfalls in der Sorbonne gehalten. Damals forderte er eine neue europäische Souveränität. Zuletzt hatte sich die französische Seite verschnupft darüber gezeigt, dass Scholz Frankreich zu wenig einbeziehe, wenn er über Europa spreche. Es ist kompliziert zwischen den beiden großen europäischen Nationen. Macron kleidet die gelebte Disharmonie in das Bild der zwei Seelen, die in einer Brust schlagen – in Goethes Drama ist Faust damit bekanntermaßen nicht glücklich geworden.

Es ist ein Tag der Selbstvergewisserung. Die vielen deutsch-französischen Parlamentarier:innen, die an diesem Tag zusammensitzen, beschwören in einem gemeinsamen Kommuniqué abermals die großen Themen der Zeit. Sie bekunden, dass sie „echte europäische Souveränität“ wollten. Die Rede Macrons steckt voller Pathos für Europa. „Diese Freundschaft darf nie aufhören, das zu sein, was sie ist“, sagt Macron. Sie sei ein „tägliches Plebiszit“. Er erwähnt auch den Vertrag von Aachen, der 2019 geschlossen wurde und den Élysée-Vertrag vertiefte. Ein zentraler Punkt dieser Vereinbarung ist, die Sicherheitsinteressen beider Staaten anzugleichen und die gemeinsame Verteidigungspolitik zu intensivieren. Die populistischen Fantasien, die der Vertrag von Aachen damals auch erweckte, wonach ein Frankodeutschland geschaffen werden solle, das den Kontinent beherrschen könnte, sind angesichts der schwierigen deutsch-französischen Beziehungen noch absurder, als sie es damals schon waren.

Aus: Frankfurter Rundschau, 23.01.2023 (gekürzt)

Herrje: Toblerone verliert das Matterhorn

«Swiss made» ist nur, was wirklich in der Schweiz hergestellt wird. Weil Toblerone bald Teile seiner Produktion auslagert, muss die Schokolade anders benannt und bebildert werden.

www.nzz.ch (*Neue Zürcher Zeitung*)

Max Sprick 03.03.2023

Toblerone ist künftig nicht mehr «aus der Schweiz», sondern nur noch «gegründet in der Schweiz»: Nachdem das Berner Traditionsunternehmen im Sommer angekündigt hatte, ab Ende 2023 Teile seiner Schokolade in der Slowakei zu produzieren, wird aus dem «of Switzerland» auf den Packungen ein «established in Switzerland». So will es das Gesetz. Neben der Bezeichnung muss Toblerone auch sein Packungsdesign ändern. Das Matterhorn, diese Schweizer Ikone, muss weg.

«Die Neugestaltung der Verpackung führt ein modernisiertes und gestrafftes Berg-Logo ein», teilte der Mutterkonzern Mondelez am Freitag mit. Statt dem Matterhorn auf der Toblerone-Verpackung werde künftig ein Berg zu sehen sein, der «mit der geometrischen und dreieckigen Ästhetik übereinstimmt». Doch warum das alles?

Swissness schützt Schweizer Marken

Hintergrund für die Änderungen sind die strengen Regularien der Swissness. Laut dem Gesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben muss, wer sein Produkt als schweizerisch bezeichnen will, mindestens 80 Prozent der Rohstoffe aus der Schweiz beziehen. Bei Milch und Milchprodukten sind es 100 Prozent. Zudem muss der Arbeitsschritt, der dem Produkt seine wesentlichen Eigenschaften verleiht, in der Schweiz erfolgen. Für Rohstoffe wie Kakao, die in der Schweiz nicht angebaut werden, gelten Ausnahmen.

Mit dem Gesetz soll das Verkaufsargument «Swiss made» geschützt werden. Das Staatssekretariat für Wirtschaft beziffert schliesslich den durch die Schweizer Herkunft gewonnenen Bonus bei einigen Produkten mit bis zu 20 Prozent des Verkaufspreises – bei Luxusartikeln sogar bis zu 50 Prozent – gegenüber vergleichbaren Gütern anderer Herkunft.

Seit 1908 hat Toblerone diese Anforderungen erfüllt, schliesslich wurden bisher sämtliche Produkte in Bern hergestellt. Dort hatten die Schweizer Chocolatiers Theodor Tobler und Emil Baumann eine Schokolade erfunden, die heute weltberühmt ist.

«The first patented Swiss milk chocolate» stand seinerzeit auf der Verpackung. Diese wird seit 1970 vom Matterhorn geziert. Längst ist der Berg so prägnant mit der Schokolade verbunden, dass ihn das Wallis als «The Swiss Toblerone Chocolate Mountain» bewirbt.

Per Stand heute ist Toblerone der letzte Schweizer Schokoriegel bei Mondelez, der in der Schweiz produziert wird. Die kleineren Teile mit 35 oder 50 Gramm sollen ab Ende 2023 bei Bratislava produziert werden. «Wir setzen diesen Schritt, um uns zu öffnen und Wachstum möglich zu machen», hatte das Unternehmen im Sommer mitgeteilt.

Nun müssen Öffnung und Wachstum ohne Matterhorn gelingen. Was im Umkehrschluss die Frage aufwirft: Wenn schon der ikonische Schweizer Berg geopfert wird, wie geht es mit der ikonischen Schweizer Schokolade weiter? Entfernt sie sich weiter von ihrer Herkunft, auch weil Rohstoffpreise und Löhne im Ausland günstiger sind als in der Schweiz?

Der Bär, der bis jetzt in das Matterhorn eingezeichnet war, werde auch im angepassten Logo zu sehen sein, heisst es von Toblerone. «Auch die anderen Änderungen an der Verpackung spiegeln das Erbe von Toblerone wider.» Das Ganze sei ein laufender Prozess.

Toblerone-Beschäftigte fordern mehr Gehalt

Ein Prozess, der laut den Angaben nicht bedeuten soll, dass Toblerone seine Herkunft vergessen würde. Man stärke den Produktionsstandort in Bern, heisst es von Toblerone. Er sei schliesslich «zentraler Bestandteil der Geschichte von Toblerone und wird es auch in Zukunft sein». In den vergangenen fünf Jahren sei erheblich in das Berner Werk investiert worden, weitere Investitionen seien geplant, «um unsere Kapazitäten mittel- bis langfristig zu erhöhen».

Laut der Gewerkschaft Unia sind diese im vergangenen Jahr in unerreichte Höhen gelangt. «Die Belegschaft der Fabrik in Bern Brünnen hat letztes Jahr für einen Produktionsrekord gesorgt», teilte die Gewerkschaft mit. Die Produktion sei auf einen Vier-Schicht-Betrieb umgestellt worden und laufe sieben Tage in der Woche. Die Beschäftigten forderten eine Lohnerhöhung von 6 Prozent. Noch am Freitag sollten die Lohnverhandlungen starten.

Für die Menschen, die Toblerone in der Schweiz herstellen, geht es also vorerst um Wertschätzung für ihre «Swiss made»-Arbeit anstatt um Verpackungsästhetik und Marketing.

Alten- und Krankenpflege: 46 Prozent mehr Zeitarbeitskräfte in der Pflege

von Rainer Stadler

Eine Auswertung aktueller Arbeitsmarktdaten durch die Linksfraktion im Bundestag zeigt, wie stark die Zahl externer Kräfte in der Pflege zuletzt zugenommen hat. Ein Problem, für das es bisher keine Lösung gibt.

Der jüngste Warnruf zur Leiharbeit in der Pflege kam von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG). Diese Beschäftigungsform entwickle sich „von der Ausnahme zum Regelfall“, beklagte kürzlich der Vorsitzende Gerald Gaß. „Wir registrieren, dass die Belegschaften durch Leiharbeit mehr und mehr gespalten werden.“ Die externen Kräfte, so der Vorwurf, können sich ihre Arbeitszeiten weitgehend frei einteilen, ungeliebte Wochenend-, Feiertags- und Nachtschichten bleiben an den Stammbeschaftungen in den Kliniken hängen. Deshalb wandern immer mehr Pflegekräfte in die Leiharbeit ab, wo sie obendrein oft mehr Geld verdienen. Auch in dieser Hinsicht nimmt die Pflege eine Sonderstellung ein, in allen anderen Branchen sind Zeitarbeitskräfte eher Mitarbeiter zweiter Klasse. DKG-Chef Gaß fordert, Leiharbeit in der Pflege zu beschränken – Ähnliches war zuletzt auch von SPD und Grünen zu hören. Notfalls will sie der Kliniklobbyist sogar ganz verbieten.

Die Leiharbeitsbranche fühlt sich zu Unrecht angegriffen. Die Einrichtungen, argumentieren deren Vertreter, seien selbst dafür verantwortlich, wenn langjährige Beschäftigte wegen der oft unzumutbaren Arbeitsbedingungen ihren festen Job aufgeben. Zudem werde niemand gezwungen, Leiharbeitskräfte einzustellen. Sie böten den Einrichtungen vielmehr die Möglichkeit, Arbeitsspitzen oder den Ausfall von Mitarbeitern etwa durch Krankheit schnell auszugleichen. Zur Panik bestehe kein Anlass, der Anteil der Leiharbeitskräfte an der Gesamtzahl der Pflegekräfte sei verhältnismäßig gering. Doch wie hoch ist er genau?

Die Linksfraktion im Bundestag hat nun Zahlen der Bundesagentur für Arbeit aus den Jahren 2017 bis 2022 ausgewertet. Ergebnis: Während die Gesamtzahl aller Leiharbeitskräfte in diesem Zeitraum um 209 000 zurückging, was einem Minus von 20 Prozent entspricht, stieg sie in der Pflege um knapp 14 000, das heißt um 46 Prozent. In einigen Bundesländern war der Anstieg noch größer, etwa in Nordrhein-Westfalen. 2017 waren dort noch 6500 Leiharbeitskräfte beschäftigt, 2022 schon mehr als 12 000 – eine Zunahme von 80 Prozent. In Baden-Württemberg stieg die Zahl sogar um mehr als 100 Prozent auf 6200. Bundesweit gab es insbesondere im Jahr 2022 einen sprunghaften Anstieg: in der Krankenpflege um fast zehn Prozent, in der Altenpflege sogar um 23 Prozent.

Gemessen an der Gesamtzahl der Pflegekräfte ist der Anteil der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter trotz des jüngsten Zuwachses noch gering: 2,2 Prozent in Krankenpflege, 2,6 Prozent in der Altenpflege. In Berlin und Bremen liegt der Anteil in der Pflege allerdings schon bei fünf Prozent. Die Auswertung ergab übrigens auch, dass anteilmäßig mehr Männer in der Zeitarbeit vertreten sind, nämlich 4,4 Prozent. Bei den Frauen sind es nur 2,2 Prozent.

Susanne Ferschl, stellvertretende Vorsitzende und Arbeitsmarktexpertin der Linken, sieht die Entwicklung mit Sorge. Zwar sei der Anteil der Leiharbeitskräfte nicht überdurchschnittlich, „aber wenn man die Steigerungsraten anschaut, ist klar: Da kommt ein Problem auf uns zu“. Ferschl bewertet Leiharbeit generell kritisch, sie führe immer zur Spaltung in der Belegschaft. In der Pflege seien die Arbeitsbedingungen eben vielfach so prekär, dass auch ein geringer Anteil externer Kräfte reicht, um Unruhe zu erzeugen.

Warum die Zahlen zuletzt so stark anstiegen? Darüber könne sie nur mutmaßen, sagt Ferschl. Womöglich hätten einige Beschäftigte während der Corona-Zeit, in der ja die Nöte der Pflege oft thematisiert wurden, noch gehofft, dass sich in ihrem Arbeitsalltag etwas verbessert. Und seien nun ernüchtert, weil sich die Hoffnung nicht erfüllt hat. Für diese Beschäftigten sei Zeitarbeit der letzte Anker, um überhaupt in der Pflege zu bleiben. Ein schnelles Verbot der Zeitarbeit würde den Personalmangel in den Krankenhäusern und Altenheimen deshalb eher verschärfen, fürchtet Ferschl. Perspektivisch hält sie den Schritt dennoch für unumgänglich – „allerdings nicht nur in der Pflege, wo Zeitarbeitskräfte tatsächlich bessergestellt sind als die Stammbeslegschaft, sondern in allen Branchen“.

Aus: Süddeutsche Zeitung, 23.02.2023

Trainieren für den Ernstfall

Ein Panzerbataillon übt für seinen Litauen-Einsatz. Wegen des russischen Angriffskriegs könnte der jederzeit zum Kriegseinsatz im NATO-Verteidigungsfall werden. Mit diesem Wissen bereiten sich die Soldaten vor.

Es ist kurz nach sieben Uhr am Morgen, als der erste Schuss fällt, irgendwo in der Ferne. Es verspricht ein unangenehmer Tag zu werden - zwei Grad Celsius, Schneeregen, der Boden ist aufgeweicht und weiß vom Schnee aus der Nacht. An dem 60 Tonnen schweren "Leopard 2"-Kampfpanzer läuft man vorbei, ohne ihn zu bemerken. Getarnt mit Tannenzweigen steht er einige Meter abseits vom Weg in einem kleinen Waldstück.

Im Gefechtsübungszentrum des Heeres in Gardelegen in Sachsen-Anhalt übt das Panzerbataillon 363 aus Hardheim in Baden-Württemberg zwei Wochen lang den Ernstfall. Der Ernstfall, das wäre ein russischer Angriff auf den NATO-Partner Litauen. Nach Litauen wird das Bataillon im Sommer für sechs Monate verlegt, um dort die Ostflanke des Landes und damit der NATO zu schützen.

Es ist nicht der erste Einsatz der Bundeswehr in Litauen, im Gegenteil: Kurz nach der Annexion der Krim 2014 entschied die NATO, ihre Truppen entlang der Ostgrenze des Verteidigungsbündnisses zu verstärken. Im Baltikum und in Polen wurden NATO-Kräfte stationiert beziehungsweise verstärkt.

Enhanced Forward Presence (EFP) heißt der Einsatz und meint, dass es um Abschreckung geht. Das Kommando über die litauischen EFP-Kräfte hat seit sieben Jahren die deutsche Bundeswehr. Hinzugekommen ist dabei die gestiegene Bedrohungslage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine, die auch an den Soldaten nicht spurlos vorbeigeht.

Multinationaler Einsatz zum Schutz der NATO-Staaten

Oberstleutnant Andreas Kirchner ist nicht nur der Kommandant auf diesem Kampfpanzer, sondern auch der Kommandeur des ganzen Hardheimer Bataillons und wird später auch das Kommando über die multinationalen Truppen in Litauen haben. Er weiß um seine Verantwortung für 1500 Soldaten unter seinem Kommando und für unsere Sicherheit in Deutschland.

Kirchner steht zu einhundert Prozent hinter der Mission: "Ich bin mit Leib und Seele Panzeroffizier und dass ich jetzt nach über 20 Jahren Dienstzeit die große Ehre haben darf, Kommandeur eines Panzerbataillons zu sein und dann auch noch der EFP-Battlegroup, und damit die Verantwortung für die Soldaten zu haben, das ist definitiv eine große Ehre und Verantwortung, aber vor allem die Erfüllung eines Kindheitstraums."

Im Gefechtsübungszentrum wird zum ersten Mal die ganze Truppe zusammengeführt, erklärt Kirchner. Die teilnehmenden Soldaten kommen aus Norwegen, den Niederlanden, Belgien,

Kroatien, Luxemburg, Frankreich, Tschechien und Deutschland. Hier üben sie Gefechtssituationen mit allen für den Einsatz vorgesehenen Fahrzeugen: vom Kampfpanzer Leopard, über den Aufklärungspanzer Wiesel bis zu den Radpanzern Fuchs und Boxer.

Litauen-Einsatz braucht schwere Panzerverbände

Bisherige Auslandseinsätze der Bundeswehr waren stets anders angelegt als dieser, erklärt Oberstleutnant Kirchner. Nach Afghanistan, Mali oder in den Kosovo seien hauptsächlich Infanterie, also bewaffnete Fußtruppen verlegt worden. Zum ersten Mal werde im Ausland solche massive Feuerkraft von Kampfpanzern stationiert.

Dann gliedert sich die Panzerbesatzung in die Übung ein. Die Feindseite in rot markierten Panzern und die Verteidiger in blau versuchen, Gebiete zu erobern. Die Roten seien ein Zug aus Gardelegen. "Die kennen hier jeden Stein", erklärt der Oberleutnant. Das sei die besondere Herausforderung für die Verteidiger aus Hardheim. Und so blinken auch schnell mehrere Leoparden der Verteidiger weiß. Das heißt, sie sind getroffen.

Geschossen wird hier nicht scharf, sondern mit einem Lasersystem. Die unversehrten Panzer ziehen sich zur nächsten Verteidigungslinie zurück, so werde das trainiert. Man könne einen russischen Angriff auf Litauen nicht allein stoppen. Aufgabe der Enhanced Forward Presence im Verteidigungsfall sei, einen Angriff so lange zu verzögern, bis die NATO Unterstützung schicke.

Im Ernstfall wären die Besatzungen der beiden getroffenen Panzer jetzt in großer Gefahr. Hier heißt es: zurück auf Start und beim nächsten Mal besser machen. Ein nächstes Mal würde es im Kriegsfall nicht geben. Deshalb legt der Kommandeur großen Wert darauf, die taktischen Manöver immer wieder zu üben.

Die besondere Herausforderung ist zu spüren

Die Bundeswehr sorgt dafür, dass im Ausland Stationierte regelmäßig Kontakt zu ihren Familien haben können. Für die Daheimgebliebenen gibt es die "Bundeswehr-Familienbetreuung", erklärt der Kommandeur. "Das beginnt mit den Aktualisierungen, wie die Lage in Litauen ist, wo man gemeinsam zusammenkommt."

Dennoch seien die Gespräche vor einem solchen Einsatz intensiver als vor anderen Einsätzen. Der Panzerfahrer Stabsgefreiter Marc S. sagt, er spreche regelmäßig sehr offen mit seinen Eltern. Sie unterstützten ihn sehr in dem Beruf, den er gewählt habe, erzählt er: "Die sagen, das ist richtig und wichtig, was ich tue. Definitiv. Ich habe mich dafür entschieden, Soldat zu werden. Und dann ist das auch mein Auftrag."

Quelle: www.tagesschau.de, 15.03.2023 (gekürzt)

Letzte Generation: Sind diese Blockaden gefährlich?

Frederic Michaelsen ist Notarzt – und klebt sich für die "Letzte Generation" auf Berliner Straßen. Manuel Barth ist Feuerwehrmann – und findet, dass bei den Protesten Menschenleben riskiert werden, weil Rettungswagen im Stau stehen. Hier streiten die beiden.

Interview: Martin Machowecz und Stefan Schirmer

DIE ZEIT: Seit die „Letzte Generation“ Straßen blockiert, wird darüber gestritten, wie gefährlich das ist. Vor allem, weil möglicherweise Rettungswagen nicht durchkommen. Herr Barth, Sie sind seit bald 30 Jahren Feuerwehrmann in Berlin, waren lange in der Rettungsleitstelle tätig. Finden Sie die Blockaden gefährlich?

Manuel Barth, 51, seit 1995 im Rettungsdienst, ist Vizechef der Deutschen Feuerwehr-Gewerkschaft Berlin-Brandenburg.

Manuel Barth: Die Blockaden haben das Potenzial, existenziellen Schaden anzurichten. Da wird Tag für Tag halb Berlin lahmgelegt! Und jeder Stau kann dazu führen, dass meine Kollegen nicht zu Notfällen fahren können. Wenn wir in der Rettungsleitstelle zum Beispiel eine junge Mutter am Telefon haben, deren Kind blau anläuft, weil es sich am Essen verschluckt hat, geht es um jede Minute. Leben oder Tod! Und im schlimmsten Fall hat die „Letzte Generation“ dann ein Kind auf dem Gewissen. Das kann sie dann nicht als Schicksalsfrage abtun. Müssen wir es erst bis zum Schlimmsten kommen lassen, um daraus schlau zu werden?

ZEIT: Herr Michaelsen, Sie selbst sind Notarzt, waren auch im Rettungswagen unterwegs – und haben sich mehrmals in Berlin mit der „Letzten Generation“ auf Fahrbahnen festgeklebt. Gefährden Sie damit Menschenleben?

Frederic Michaelsen, 39, Notarzt und Intensivmediziner in Göttingen, ist seit Jahren auch Klimaaktivist.

Frederic Michaelsen: Nein. Wir produzieren einen Stau, wie Herr Barth richtig gesagt hat. Ein Stau an sich gefährdet keine Menschenleben. Laut ADAC gab es 2022 allein auf Berliner Autobahnen 25.600 Staus und stockende Verkehre. Im Schnitt sind das pro Tag 70. In der jüngsten Protestphase gab es im Schnitt sieben Proteste der „Letzten Generation“. Ich finde es falsch, mit dramatischen, aber hypothetischen Szenarien Stimmung gegen uns zu machen.

Barth: Mag sein, dass es nur zusätzliche Einzelfälle wären, über die wir reden. Aber in einer Stadt wie Berlin mit vier Millionen Einwohnern gibt es sehr, sehr viele Einzelfälle. Hier haben wir täglich 1400 bis 1900 Einsätze von Notärzten und Feuerwehren. Seit vergangenem Sommer wurden durch die „Letzte Generation“ in rund 90 Fällen Rettungswagen so stark behindert, dass sie deutlich verzögert eintrafen. Es gibt auch eine Dunkelziffer, weil nicht jede Verzögerung gemeldet wird. Und weil nicht immer der Zusammenhang zwischen schleppendem Verkehr und einer Blockade ersichtlich ist. Jeder dieser Staus, die Sie auslösen, ist einer zu viel.

ZEIT: Die damalige Berliner Innensenatorin sprach von 17 Rettungswagen, die allein an einem Tag, dem 24. April 2023, auf dem Weg zu Notfällen blockiert worden seien.

Michaelsen: Jeden Tag werden bei allen möglichen Staus Rettungswagen aufgehalten! Und ich kann immer wieder nur sagen: Wir sorgen uns um dieses Thema, wir versuchen, die Arbeit der Rettungskräfte zu ermöglichen. Wir legen Wert auf Rettungsgassen.

Barth: Aber es ist doch etwas ganz anderes, wenn ein Stau provoziert, bewusst herbeigeführt wird mit der Absicht, dass er so maximal dauern, maximal stören soll. Schauen Sie, die Rettungsdienste und Sicherheitskräfte wissen sehr gut, wo sie im Alltag mit zähem Verkehr rechnen müssen, das ist Teil der strategischen Planung: Wo stelle ich Rettungswagen hin? Welche Zeitprognosen für das Eintreffen gibt das Einsatzleitsystem an?

ZEIT: Denken Sie an mögliche Folgen, wenn Sie sich auf die Straße kleben, Herr Michaelsen?

Michaelsen: Ja, absolut. Seit dem vergangenen Herbst haben wir noch mal ausgiebig darüber nachgedacht, wie wir unsere Demonstrationen so konzipieren, dass wir Rettungseinsätze möglichst wenig stören.

ZEIT: Damals kam eine Radfahrerin in Berlins Straßenverkehr zu Tode. Dass sie nicht gerettet werden konnte, wurde zunächst der „Letzten Generation“ angelastet, die zeitgleich in der Nähe Straßen blockiert hatte. Später stellte sich heraus, dass die Frau wohl nicht wegen zu spät eingetroffener Rettungskräfte gestorben ist.

Michaelsen: Danach habe ich mich und mein Handeln natürlich infrage gestellt. Denn würde ich lieber etwas anderes tun, als Autos zu blockieren? Ja, natürlich! Als Notarzt und Aktivist verstehe ich beide Seiten. An Menschen wie mir sehen Sie: Die „Letzte Generation“ ist kein aus der Gesellschaft herausgelöster Teil – auch wenn Kritiker uns gern so hinstellen. Mir geht es um die Gesundheit der Menschen, deshalb kämpfe ich gegen die Klimakrise!

Barth: Ich bin Gewerkschafter. Ich habe ein Herz fürs Protestieren. Und auch für den Klimaschutz. Nicht in Ordnung finde ich die Form, die Sie wählen! Als Sie eben von Demonstrationen sprachen, habe ich gezuckt, Herr Michaelsen, weil die „Letzte Generation“ üblicherweise keine *angemeldeten* Demos macht. Ihre Behinderungen fallen quasi vom Himmel. Die sind für Rettungsdienste, Feuerwehren und Polizei überhaupt nicht planbar. Aber dann heißt es, durch Großveranstaltungen wie den Berlin-Marathon werde doch auch die Innenstadt lahmgelegt. Stimmt. Aber vorher wird sorgfältig geplant, wo wir den Rettungsdienst platzieren.

ZEIT: Wie denkt man in Ihrem Kollegenkreis über die "Letzte Generation"?

Barth: Einhellige Ablehnung. Das ist, was man empfindet.

Michaelsen: In meinem Kollegenkreis ist es ganz unterschiedlich. Es gibt starke Ablehnung und starke Zustimmung. Und dann gibt es Kollegen, die mit meinem Protest am liebsten gar nichts zu tun haben wollen. Ich merke, dass ich sie durch meinen Protest zwingen, sich zu verhalten, insbesondere, weil wir sonst eng und gut zusammenarbeiten: Sie müssen sich fragen, ob wir das Richtige tun. Auf diese Menschen hoffe ich.

Robert Habeck legt Entwurf für neues Klimaschutzgesetz vor

Die Emissionen bis 2030 um 65 Prozent zu senken, ist laut Habeck mit dem neuen Gesetz "in Reichweite". Klimaziele sollen künftig sektorübergreifend kontrolliert werden.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bringt ein neues Klimaschutzgesetz sowie ein neues Programm zum Einsparen von Treibhausgasen auf den Weg. "Das Ziel, bis 2030 die Klimagasemissionen um 65 Prozent zu senken, ist damit erstmals in Reichweite gerückt", sagte der Grünenpolitiker. Demnach bleiben bis 2030 nun noch etwa 200 Millionen Tonnen klimaschädlicher Treibhausgase, die eingespart werden müssen. Als er Minister geworden sei, seien es 1.100 Millionen Tonnen gewesen, sagte Habeck.

Die Ziele im neuen Klimaschutzgesetz bleiben unverändert: Deutschland muss demnach den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase bis 2030 gegenüber 1990 um 65 Prozent senken. Die erlaubte Zielmenge beträgt dann höchstens 440 Millionen Tonnen CO₂. Bis 2045 muss dann verbindlich Klimaneutralität erreicht werden. Zurzeit beträgt die Minderung laut Umweltbundesamt rund 41 Prozent. 2022 wurden noch 746 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt.

Neu ist aber, dass die Einhaltung der Klimaziele nicht mehr rückwirkend nach verschiedenen Sektoren wie Verkehr, Industrie oder Landwirtschaft kontrolliert wird, sondern in die Zukunft gerichtet, mehrjährig und sektorübergreifend. Die Bundesregierung entscheidet künftig, in welchem Sektor und mit welchen Maßnahmen die zulässige Gesamtmenge bis 2030 erreicht werden soll.

Ministerien sollen Klimaziele vorschlagen

Dabei sollen besonders diejenigen Bundesministerien Maßnahmen vorschlagen, in deren Zuständigkeit Klimaziele gerissen wurden. Weiterhin soll es "volle Transparenz" geben, ob die Sektoren auf dem richtigen Pfad sind oder nicht. Von den verbleibenden 200 Millionen Tonnen betreffen demnach allein 186 Millionen Tonnen den Verkehrs- und 35 Millionen Tonnen den Gebäudesektor. Eine leichte Übererfüllung wird für die Bereiche Energie und Landwirtschaft vorhergesagt. Die aktuellen Änderungen an den Plänen für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) sind dabei offensichtlich noch nicht berücksichtigt. Die Rolle des Klimaschutzexpertenrats soll gestärkt werden.

Mit den Vorlagen setzt Habeck Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom März um. Die Vorlagen sollen voraussichtlich am Mittwoch nächster Woche im Kabinett beschlossen werden. Danach beginnt das parlamentarische Verfahren. Mit Entscheidungen ist dort erst nach der Sommerpause zu rechnen. Die Neuregelungen sollen Anfang 2024 in Kraft treten.

"Keine Sau hat sich daran gehalten"

Bei einer Veranstaltung des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) warf eine Vertreterin der Jugendorganisation des Verbands Habeck vor, das neue Gesetz habe "enorme Rückschritte gebracht". Habeck wies das zurück: Die Lücke, die noch klaffe zu den deutschen Klimazielen, sei mit dem geplanten Klimaschutzprogramm im Vergleich zur

Vorgängerregierung um 80 Prozent geringer. "Die letzten 15 Monate waren klimapolitisch kein Rückschritt", sagte Habeck.

Auch der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt bewertete die Überarbeitung des Gesetzes als Rückschritt, die Bundesregierung sei damit schwerer juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Habeck verwies darauf, dass die Reform zwischen den Ampel-Partnern vereinbart gewesen sei, im Gegenzug versuche man nun etwa, früher aus der Kohle auszusteigen. Das bisherige Gesetz sehe auf dem Papier gut aus, habe in der Realität aber zu wenig bewirkt. "Keine Sau hat sich daran gehalten", sagte Habeck. So gebe es trotz des Gesetzes zum Beispiel kein Tempolimit.

Quelle: ZEIT ONLINE 14.06.23, dpa, AFP, [lie](#), [jsp](#)

60 Jahre Elysée-Vertrag: Die Schlafwandler

Gerald Braunberger

Frankfurter Allgemeine Zeitung

20. 01. 2023

Berlin und Paris brauchen einen Neuanfang, der von alten Träumen Abschied nimmt. Das Jubiläum des Elysée-Vertrags bietet dafür einen guten Anlass. Denn viel steht auf dem Spiel.

Der Elysée-Vertrag hat vor 60 Jahren die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich kodifiziert. Wer die trüben Erfahrungen der Geschichte kennt, wird für die Leistungen der Menschen, die an guten Beziehungen der einstmals verfeindeten Nationen gearbeitet haben und arbeiten, Respekt und Dankbarkeit empfinden. Dennoch bleibt festzuhalten: Berlin und Paris haben sich seit einiger Zeit nicht mehr viel zu sagen. Dafür gibt es Gründe. Aber es ist nicht gut.

Seit der deutschen Wiedervereinigung haben sich die Wege der beiden Länder gerade in wirtschaftlicher Betrachtung getrennt. Die Bedeutung der Industrie ist in allen entwickelten Ländern rückläufig. Dieser Prozess ist in Frankreich jedoch viel weiter fortgeschritten als in Deutschland – und übrigens auch als in Italien. In Berlin werden die wirtschaftlichen Perspektiven Frankreichs seit langem eher skeptisch gesehen; die bedenklich¹ hohe Staatsverschuldung trägt hierzu erheblich bei.

Deutschland hatte sich nach 1990 mental ein Stück weit aus der engen Westbindung der alten Bundesrepublik entfernt. Prächtige Erfolge der Industrie, die vom Boom der rasch wachsenden Schwellenländer profitierte, begünstigten eine Mentalität des Wir-sind-wieder-wer. Enge wirtschaftliche Bindungen an Autokratien galten als unbedenklich. Berlin hielt zwar in der Eurokrise die gemeinsame Währung zusammen, weil Europa als Absatzmarkt nicht gefährdet werden sollte.

Das Ende von Alleingängen

Die neue Mittellage ging jedoch, nicht zum ersten Mal in der deutschen Geschichte, mit einer Ödnis² geostrategischen Denkens einher. Dafür gab es eine Vernachlässigung der äußeren Sicherheit, eine populistische Energie und eine an den Präferenzen einer alternden Gesellschaft ausgerichtete Sozialpolitik. Nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine wurden die lange Zeit unterschätzten, gleichwohl erheblichen Kosten des neuen deutschen Modells offenkundig. Sie verlangen nach nicht weniger als einer Zeitenwende.

Immerhin: Die deutsche Wirtschaft lief lange Zeit recht gut, wie auch der sehr hohe Beschäftigungsstand zeigt. Besonders die Industrie wusste sich an notwendigen Wandel anzupassen. Frankreich hat es hingegen weniger gut vermocht, die Chancen unumgänglichen wirtschaftlichen Wandels zu nutzen, auch wenn das Land eine ganze Reihe beeindruckender, global erfolgreicher Konzerne und Unternehmer beheimatet. Der Schöpfer des Luxuskonzerns LVMH, Bernard Arnault, wurde darüber zu einem der reichsten Menschen auf diesem Planeten.

¹ bedenklich = besorgniserregend

² mit einer Ödnis = ohne

35 Doch noch heute leidet das Land unter der Abwanderung ehemals wichtiger
Wirtschaftszweige wie der Textilindustrie. Strukturkonservatives Denken erschwert die
Modernisierung. Obgleich (oder vielleicht gerade weil) die Politik seit Jahrzehnten versucht,
Missmut³ mit Staatsgeld und Reformattentismus in Schach zu halten, bleibt eine politische
Radikalisierung eines Teils der Bevölkerung unverkennbar. Die aktuellen Proteste gegen
Präsident Emmanuel Macrons Rentenreform verdeutlichen tief sitzende Probleme.

40 Unterschiedliche Erfahrungen mit dem Strukturwandel erklären die deutsche Präferenz für
Freihandel ebenso wie den französischen Flirt mit einem Protektionismus, den Paris als
europäische Souveränitätspolitik vermarkten möchte. Und während Berlin bereit ist,
gemeinsame Finanzierungen europäischer Projekte in Ausnahmefällen mitzutragen, sucht
Paris einen stetigeren Zugang zu Gemeinschaftsmitteln – freilich ohne die daraus sich
45 ableitende Konsequenz einer politischen Union Europas und den Verlust nationaler
Souveränitätsrechte zu akzeptieren.

Das Jubiläum des Elysée-Vertrags könnte einen Anlass bieten, aus den jeweiligen Träumen
aufzuwachen. Deutschlands Zeitenwende bedeutet das Ende von Alleingängen, die mit
einem falschen Verständnis seiner geographischen Mittellage einhergegangen sind. Die
auffällige Wiederannäherung an die Vereinigten Staaten ist ein richtiger erster Schritt, aber
50 er kann ein deutsches Engagement zur Modernisierung Europas nicht ersetzen.

Frankreich mag überlegen, ob sein Jahrzehnte währendes Streben nach einer mächtigen und
souveränen Europäischen Union angesichts der offenkundigen, leider auch strukturellen
wirtschaftlichen Schwäche nicht weniger hoch verschuldeter Mitgliedsstaaten überhaupt
noch zeitgemäß ist – und ob sich diese Schwäche wirklich mit noch mehr Schulden und
55 Protektionismus überwinden ließe. Tabula rasa: Berlin und Paris nützten Europa am ehesten,
wenn sie einen Neuanfang mit bescheideneren, aber auch realistischeren Ambitionen
wagten.

³ der Missmut = der Misserfolg

„Im Westen nichts Neues“: Großes Kino sieht anders aus

Andreas Kilb

Frankfurter Allgemeine Zeitung

25. 01. 2023

Edward Bergers Kriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ nach dem Roman von Erich Maria Remarque ist für neun Oscars nominiert. Zu viel der Ehre für den deutschen Regisseur?

Über das Kino als Kunstform haben zwei deutsche Emigranten in Hollywood ein vernichtendes Urteil gefällt: „Kulturindustrie als Massenbetrug“. Der scharfe Ton, in dem Theodor W. Adorno und Max Horkheimer im vierten Kapitel ihrer „Dialektik der Aufklärung“ die Produkte der Traumfabrik abkanzeln, kommt uns heute antiquiert und übertrieben vor, aber ihre These hat immer noch Gewicht. Sie lautet, kurz gesagt, dass die Filmindustrie alle Stoffe, die sie in Bilder übersetzt – selbst die grausamsten und empörendsten –, in Unterhaltung verwandelt. Dass sie jede Geschichte, die sie erzählt, so entschärft, dass wir dadurch nicht aufgerüttelt, sondern höchstens betäubt werden.

Gerade ist Edward Bergers Romanverfilmung „Im Westen nichts Neues“ für neun Oscars nominiert worden, darunter in den Kategorien Bester Film und Bester internationaler Film. Bergers Soldatendrama aus dem Ersten Weltkrieg, das vom Streamingdienst Netflix finanziert wurde, hat bei seinem Kino- und Internetstart im vergangenen Jahr fast überall lobende Kritiken bekommen. Das einzige Land, in dem es auch ein paar Verrisse gab, war Deutschland, vielleicht, weil es hier noch zahlreiche Leser der Vorlage von Erich Maria Remarque gibt. Remarques 1929 erschienener Roman ist eins der auflagenstärksten deutschen Bücher, die je gedruckt wurden, und war hierzulande für viele Generation Schulstoff.

Das Gehirn der Geschichte fehlt dem Film

Der Roman hat ein äußeres und ein inneres Geschehen. Das äußere ist der Krieg, das innere die Erziehung des Gymnasiasten und späteren Soldaten Paul Bäumer durch seine Eltern, seine Lehrer, die Kasernenoffiziere und den Grabenkampf. Diese innere Handlung, das Gehirn der Geschichte, haben Edward Berger und seine Drehbuchautoren ausgebaut und durch ein Hollywood-Programm ersetzt. In ihm sind die Lehrer sprechende Hurra-Automaten, die Frontgeneräle schnurrbärtige preußische Monster, und die Familie wie der Kasernenhof sind gestrichen. Bergers Held, gespielt von dem Österreicher Felix Kammerer, ist kein nachdenklicher Erzähler wie bei Remarque, sondern ein Naivling, ein reiner Tor, der bis zum Ende nie ganz begreift, wie ihm auf den Schlachtfeldern Flanderns geschieht. Der tumbe Charlie in Oliver Stones „Platoon“, einer ähnlich gestrickten Schlüsselgeschichte über den Vietnamkrieg, wirkt gegen Bergers Paul Bäumer wie ein Meister der Selbsterkenntnis.

Um diese Charakterpuppe herum baut der Film das Diorama des Massensterbens: Artillerieüberfall, Trommelfeuer, Sturmangriff, Panzeroffensive, Flammenwerfer, Giftgas. Er spielt Krieg mit den Mitteln des Überwältigungskinos, und er spielt ihn gut. Nur spielt er eben nichts anderes. Die Welt, aus der der Krieg erwächst, und die Welt, die er hinterlässt, jene komplementären Wirklichkeiten, die in früheren Verfilmungen des Romans immer

35 gegenwärtig waren, blendet Berger aus. Er biegt die Geschichte so zurecht, dass man sie wie einen Tornado hinter Glas schauernd genießen kann. Er macht aus einem Buch, das die Nationalsozialisten verdammt und die Kommunisten verhöhnten¹, weil es ihre Ideologien ad absurdum führte, ein Spektakel.

40 Die Academy of Motion Picture Arts and Sciences, die die Nominierten auswählt und am 12. März die Oscars vergibt, ist längst nicht mehr der verlängerte Arm der Hollywoodstudios, der sie einmal war. Unter ihren inzwischen knapp zehntausend Mitgliedern sind viele ausländische – aus Deutschland etwa Wim Wenders, Fatih Akin und Maren Ade – und, unter dem Druck der Öffentlichkeit, auch immer mehr weibliche und nichtweiße Filmschaffende. Dadurch steigen nicht nur die Chancen für Filme, die abseits des Mainstreams entstehen wie
45 die Science-Fiction-Komödie „Everything Everywhere All at Once“, die mit elf Nominierungen die Liste der Oscar-Kandidaten anführt. Ironischerweise sind nun auch solche Produktionen im Vorteil, die wie „Im Westen nichts Neues“ weltweit zugänglich sind, weil sie nach kurzem Kinoeinsatz auf den Plattformen der Streamingdienste erscheinen. Das Weltkino und die Interessen der Streamingindustrie bewegen sich so allmählich aufeinander zu.

50 Falls „Im Westen . . .“ den Auslands-Oscar gewinnt, wäre Edward Berger nach Volker Schlöndorff, Caroline Link und Florian Henckel von Donnersmarck der vierte deutsche Regisseur mit dieser Trophäe; beim Oscar für den besten Film wäre er sogar der erste. Ein Triumph des Genrekinos wäre jede der Auszeichnungen. Aber das Kino kann auch eine Kunst sein. Sie sieht anders aus.

¹ verhöhnen = lächerlich machen

Die Letzte Generation – viel Radau, wenig Substanz

Kommentar von Klaus Stratmann

Handelsblatt

07.02.2023

Die Klimaaktivisten sorgen mit ihren spektakulären Aktionen für großes Aufsehen. Ihre inhaltlichen Beiträge bleiben dagegen überschaubar¹.

In Deutschland entsteht derzeit eine neue Protestkultur: Die Aktivisten der „Letzten Generation“ blockieren Straßen und Rollfelder², kleben ihre Hände am Asphalt fest oder beschädigen Kunstwerke. Erst in diesen Tagen waren sie wieder in deutschen Großstädten aktiv.

- 5 Die Protestler verstehen es, mit relativ geringem Einsatz maximale Aufmerksamkeit zu erzeugen. Sie wollen als Behelligung³ wahrgenommen werden, sie sehen sich als Stachel im Fleisch⁴ der Wohlstandsgesellschaft, in der sich der persönliche Beitrag vieler Menschen zum Klimaschutz darauf beschränkt, während des Urlaubsflugs auf die Kanaren das vegetarische Essen zu wählen.
- 10 Die Frage, wie weit Klimaaktivisten gehen dürfen, bleibt umstritten. Wo verlaufen die Grenzen des Protests? Ist die potenzielle Gefährdung Unbeteiligter hinnehmbar? Welche Aktionen sind möglicherweise nicht mehr legal, aber dennoch legitim? Die Diskussion über die Protestformen geht an beiden Seiten des Meinungsspektrums in bedenkliche⁵ Richtungen.

- 15 Ob die Argumente der „Letzten Generation“ aber stichhaltig⁶ sind, darüber wird viel zu wenig debattiert.

Die inhaltlichen Forderungen der „Letzten Generation“ reduzieren sich weitgehend auf zwei Punkte: die Einführung eines Neun-Euro-Tickets und eine Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen auf Tempo 100.

Aufmerksamkeit erregen allein reicht nicht

- 20 Würden diese Forderungen Realität, wäre der Klimaeffekt vernachlässigbar⁷. Natürlich gibt es viele gute Gründe, die dafürsprechen, sofort ein Tempolimit auf Autobahnen einzuführen. Deutschland leistet sich hier einen Anachronismus, der in ganz Europa belächelt wird. In Zeiten, in denen es aus Gründen der Versorgungssicherheit auf jede Energieeinsparung ankommt, ist die „freie Fahrt für freie Bürger“ fragwürdiger als jemals zuvor.

¹ überschaubar = absehbar

² das Rollfeld = das Flugfeld

³ die Behelligung = die Störung

⁴ der Stachel im Fleisch = biblischer Ausdruck, unangenehmer und unliebsamer Störfaktor

⁵ bedenklich = fragwürdig

⁶ stichhaltig = überzeugend

⁷ vernachlässigbar = unbedeutend

25 Der Klimateffekt eines Tempolimits ist oft errechnet worden. Die jährlichen CO₂-Einsparungen liegen deutlich unter einem Prozent der Gesamtemissionen Deutschlands.

Ähnlich dürfte es sich beim Neun-Euro-Ticket verhalten. Um es in einem Satz zusammenzufassen: Tempolimit und Neun-Euro-Ticket sind keine entscheidenden Waffen im Kampf gegen den Klimawandel. Auch der Untergang der Titanic wäre nicht verhindert worden, wenn man vorher noch die Liegestühle auf dem Oberdeck neu arrangiert hätte.

„Gesellschaftsrat“ als fundamentale Herausforderung für die Demokratie

Nun mag man einwenden, die Aufgabe der Klimaaktivisten sei es nicht, den theoretischen Überbau für den Weg zur Klimaneutralität zu entwerfen. Schließlich gehe es der „Letzten Generation“ ausschließlich darum, Aufmerksamkeit zu erregen. Das entbindet aber nicht von der Pflicht, wenigstens ein paar sinnvolle Forderungen zu stellen.

Außerdem gehen die Klimaaktivisten längst einen Schritt weiter: Um ihre Forderungen durchzusetzen, wollen sie nun einen „Gesellschaftsrat“ einberufen. Das Parlament soll vorab öffentlich zusagen, die Beschlüsse des Rats umzusetzen. Das kommt eher beiläufig daher, geht aber im Vergleich zu Tempolimit und Neun-Euro-Ticket an die Fundamente der Demokratie: die Souveränität des Parlaments.

Bedenklich ist ein weiteres Credo der Aktivisten: Sie wollen auf das Wohlstandsniveau der 1970er-Jahre zurückkehren, um dem Klimawandel entgegenzutreten. So ließ sich kürzlich ein Sprecher zitieren. Das ist eine inhaltliche Aussage, die komplett in die Irre führt.

45 Nur mit moderner Technologie haben wir die Chance, den Klimawandel unter Kontrolle zu bringen

Selbst wenn wir heute unseren Konsum komplett einstellen und unseren Wohlstand über Bord werfen würden, wären damit die Herausforderungen des Klimawandels nicht bewältigt.

Im Gegenteil: Es hat sich bereits eine Welle des Klimawandels aufgebaut, die nur mit dem Einsatz moderner Technik, mit hohem Aufwand für Forschung und Entwicklung, mit viel Geld und mit mutigen Entscheidungen gebrochen werden kann. Als Volk von Jägern und Sammlern werden wir die Herausforderungen, vor die uns der Klimawandel stellt, nicht bewältigen können.

Das ist übrigens mitnichten nur der Blick in die Zukunft. Den Aktivisten der „Letzten Generation“ scheint entgangen zu sein, dass sich beispielsweise Teile der Industrie in einem fundamentalen Wandel befinden, der sie wirtschaftlich und technologisch aufs Äußerste fordert.

Nur kurz und schlaglichtartig⁸: Deutsche Stahlkonzerne haben Milliardeninvestitionen beschlossen, um klimaneutrale Produktionsverfahren aufzubauen. Parallel dazu ist die Politik

⁸ schlaglichtartig = plötzlich sehr klar und deutlich

60 bereit, Milliarden in den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur zu investieren, die Grundvoraussetzung für die klimaneutrale Stahlproduktion ist.

Die Aktivisten diskreditieren ihr eigentlich so wichtiges Projekt

Natürlich könnte der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller gehen und möglicherweise ließen sich auch schneller noch mehr Elektroautos auf die Straße bringen und mehr elektrische Wärmepumpen einbauen.

65 Doch man muss im Hinterkopf behalten, dass in den nächsten Jahren noch weitere Herausforderungen hinzukommen, die finanziert und umgesetzt sein wollen. Wir werden der Atmosphäre global in großem Stil CO₂ entziehen müssen und uns zugleich an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels anpassen müssen.

70 All das spielt für die „Letzte Generation“ keine Rolle. Es mag ja einer guten Sache dienen, die Scheinwerfer mit spektakulären Aktionen auf die größte Menschheitsherausforderung zu lenken. Wenn sich hinter den Aktionen inhaltlich gewaltige Luftlöcher auftun, wird damit die gesamte Idee diskreditiert. Es reicht nicht, Aufmerksamkeit zu erregen, ohne inhaltlich auch nur annähernd schlüssige Konzepte anzubieten.

Was die Bismarck-Statue über die Zukunft lehrt

Gastbeitrag von Carsten Brosda

Süddeutsche Zeitung

7. Februar 2023

Anstatt Denkmäler wie das für den Sozialistenfresser Bismarck in Hamburg zu schleifen¹, sollten wir solche Monumente als Herausforderung begreifen. Das fordert ausgerechnet ein SPD-Politiker.

5 An Bismarck scheiden sich die Geister. Das war schon Anfang des 20. Jahrhunderts so, als eine über 34 Meter hohe Statue des Reichskanzlers auf einem Hügel am Hamburger Hafen errichtet wurde. Kaufmannschaft und Bürgertum wollten das Andenken an den Reichsgründer erhalten. Viele aus der bis kurz zuvor noch von Bismarck verfolgten Arbeiterschaft konnten mit der alles überragenden Heldenverehrung nicht viel anfangen.

10 Und auch ästhetisch lagen die Positionen über Kreuz: Während der Kunsthistoriker Aby Warburg das Denkmal „einfach grandios, plastisch und doch visionär überragend“ nannte, ätzte² der Gründungsdirektor der Hamburger Kunsthalle Alfred Lichtwark von einer „Puppe in Riesendimensionen“. Bis heute trennt das Hamburger Denkmal eher, als dass es zusammenführt. Und das ist auch gut so.

15 Nachdem der Bundestag Mittel für die Sanierung bewilligt hat, ist der Koloss in den letzten Jahren standsicher und denkmalgerecht hergerichtet worden. Weil dies das Denkmal neu in den Fokus rückt, hat nun ein Wettbewerb begonnen, in dem nach einer künstlerischen Kommentierung oder Kontextualisierung gesucht wird. Wer ein solches Monument anfasst, muss sich auch aus der heutigen Zeit und im heutigen Wissen dazu verhalten. Und wieder zeigt sich, dass das Thema polarisieren kann.

20 Eine recht bismarckfreundliche Geschichtsschreibung ist bis heute in den Köpfen verankert. Auch ich habe noch in der Schule gelernt, dass der erste Reichskanzler nicht nur den deutschen Nationalstaat geschaffen hat, sondern dass er ihn auch durch kluge Bündnispolitik aus globalen Konflikten herausgehalten, die Sozialversicherungen gegründet und den Einstieg in den Kolonialismus nur widerwillig begonnen habe.

25 Natürlich wusste ich auch von der Verfolgung der Sozialdemokratie unter den Sozialistengesetzen und vom Kulturkampf gegen die katholische Kirche auf Grundlage des Kanzelparagrafen. Aber die Waagschalen der Verdienste und Verfehlungen schienen mindestens im Gleichgewicht zu sein.

30 Heute wissen wir, dass es so einfach nicht ist: Die Bündnisse waren viel fragiler und nationalegoistischer als gedacht, die Sozialversicherungen sollten vor allem verhindern, dass die revolutionäre Arbeiterklasse Zulauf³ erhielt. Und die deutschen Kolonien gehen maßgeblich auf Bismarcks Berliner Afrika-Konferenz zurück, bei der die europäischen Staaten die Aufteilung eines ganzen Kontinents vorbereiteten und auf der auch seine symbolische

¹ schleifen = niederreißen

² ätzen = mit Spott ausdrücken

³ der Zulauf = hier, das Interesse

Huldigung⁴ durch die Hamburger Kaufmannschaft mit beruht, die in dem Denkmal Ausdruck fand. Wer sich heute auf Bismarck, sein Werk und sein Wirken beziehen will, sollte diese Ambivalenzen und Spannungen reflektieren. [...]

35 Kaum jemand käme heute auf die Idee, Bismarck ein Denkmal zu setzen. Aus der Perspektive einer demokratischen Gesellschaft heraus steht der erste Reichskanzler auch für Werte und Überzeugungen, die wenig mit dem gemein haben, wie wir heute zusammenleben wollen.

40 Aber wir können etwas lernen, wenn wir uns fragen, warum es Zeiten gab, in denen eine solche Ehrung sinnvoll erschien, welche Überzeugungen dahinterstanden. Wenn wir nun in Hamburg über das Denkmal diskutieren, geht es schließlich weniger um die historische Person oder die ästhetische Gestaltung, sondern vor allem auch darum, aus welchen Gründen Hamburger Kaufleute damals die weltgrößte Statue dieser Art errichten ließen.

45 Schon 1919 stellte der Schriftsteller Karl Scheffler fest: „Die Bismarckdenkmale aus der Zeit vor 1914 gelten gar nicht der großen Persönlichkeit, es sind vielmehr allgemein gedachte Nationaldenkmale, die sich seines Namens bedienen.“ Das ist auch für die aktuellen Debatten nicht zu vernachlässigen. Erst wenn wir den Blick weiten, haben wir die Chance, uns zu den geschichtlichen und ideologischen Traditionen zu verhalten, aus denen unsere Gegenwart entstanden ist. Und aus ihnen für die Zukunft zu lernen.

50 Die Geschichte der Gegendenkmal ist lang und gewunden⁵, voller Stolperfallen und Abstürze. Aber auch darin liegt eine Chance. Denn gerade das vordergründige Scheitern der Kontextualisierung schafft Raum dafür zu begreifen, dass wir mit unserer Vergangenheit eben niemals fertig sein werden. Das gilt auch für Bismarck, das Kaiserreich, seine gesellschaftlichen Konflikte und kolonialen Verstrickungen.

55 Unter Bismarck nahm nicht nur der Sozialstaat seinen Anfang, sondern auch ein Verständnis von Nation, das auf Abstammung und Abgrenzung von der Welt setzte. Wenn wir heute die Grundlagen einer offenen und vielfältigen Gesellschaft sichern wollen, müssen wir das sehen - um es zu wissen und um es besser zu machen. Das geht nur, wenn die Zeugnisse der Vergangenheit uns unsere Verantwortung dafür vor Augen führen. Wenn wir uns von ihnen irritieren und in Konflikte zwingen lassen. Wenn wir zu ihnen Position beziehen.

⁴ die Huldigung = die Ehrung

⁵ gewunden = kompliziert

Ausstieg aus der Atomkraft: Ein Festtag, trotzdem

Ulrike Winkelmann

Tageszeitung

14. 04. 2023

Die letzten deutschen AKWs gehen vom Netz. Doch die Partystimmung ist getrübt. Warum wir dennoch feiern sollten.

Die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland werden abgeschaltet, und eigentlich müssten an diesem Wochenende Tausende, ach was, Zehntausende Menschen auf den Straßen tanzen.

5 Was für ein Triumph einer Bewegung! Hervorgegangen war sie aus nur wenigen, eher regionalen Gruppen, die sich in den 70er Jahren gegen den Bau von Atomkraftwerken wandten, wurde dann zunehmend bundesweit tätig und verschmolz mit der Umweltbewegung. Theoretisch überbaut war sie mit Kritik am kapitalistischen Atomstaat, wurde von einer eigens gegründeten Partei in die Parlamente getragen, die schließlich mitregierte und mit der SPD im Jahr 2000 den ersten Ausstieg maßgeblich herbeiführte, der 10 dann 2010 von Union und FDP rückgängig gemacht wurde, bevor er 2011 zum zweiten Mal beschlossen – und zuletzt unter dem Eindruck des Ukrainekrieges noch einmal leicht verzögert wurde. Ganz leicht verzögert.

15 Wenn die Zeichen nicht trügen, war's das dann wirklich mit der Atomkraft in Deutschland, jedenfalls für sehr lange Zeit. Und viele der taz-LeserInnen können sagen, dass sie dabei gewesen sind – so wie die taz ja auch.

„Stillegen, aussteigen! Atomkraft Nein Danke“, lautete die Titelzeile in mittlerweile als unstritten gelten dürfender Rechtschreibung und ohne jeden Versuch, sich journalistisch auch nur durch Gänsefüßchen abzusetzen, am 26. Mai 1986: Aufgerufen wurde zu Protesten an mehreren deutschen AKW-Standorten im Nachgang der Katastrophe von Tschernobyl.

20 **Identitätsstiftender Kampf**

25 Auf einigen Dutzenden von Titelseiten hat die taz den Kampf gegen die Atomkraft begleitet und, ja: auch geführt. Denn diese Zeitung ist ein Kind der sozialen Bewegungen der 70er Jahre, auch und namentlich der Anti-Atomkraft-Bewegung, die zunächst keinen Widerhall und erst recht keinen Zuspruch¹ in den Medien fand und sich deshalb zusammen mit anderen Initiativen eine eigene Zeitung schuf.

30 Wie für alle Großthemen hatte die taz auch für Energie und Atomkraft immer eigene FachredakteurInnen in ihrem Wirtschaft-und-Umwelt-Ressort, regelmäßig wurden die weggekauft und machten dann andere Zeitungen besser. Doch die starke Vermutung, dass Atomenergie nichts Gutes, sondern eine Art Knotenpunkt der systemischen Großübel sei – Verachtung des Planeten, Ignoranz gegenüber kommenden Generationen, kurzfristiges

¹ der Zuspruch = die Zustimmung

Profitdenken, scheinheiliger Schulterchluss von Politik und Konzernen, um nur ein paar aufzuzählen –, war stets verbindender Geist des ganzen Hauses.

35 Ungezählte taz-KollegInnen haben in den 80er Jahren an Bauzäunen gestanden, in den 90er Jahren vor Castortransporten² gesessen, und in den Nullerjahren gegen die Laufzeitverlängerung demonstriert. Wer einmal von einem Polizeitrüppchen bei Atomtransporten im Wendland durch den Wald geprügelt wurde, begreift dies als Ereignis, das die Sichtweise auf Staat und Energiepolitik, aber auch auf das Selbst – wo gehöre ich hin, welches ist meine Seite der Barrikade – für ein paar Jahrzehnte prägt.[...]

40 Durch Jahrzehnte der klimapolitischen Kulissenschieberei in den Industrieländern ist der Klimanotstand nun da, und die Aussichten sind finster. Das ist nicht Schuld der Antiatombewegung: Sie hat immer für erneuerbare Energien gefochten und gewiss nicht für umfassende Abhängigkeit von russischem Gas.

Laufzeitverlängerung steht auch für Verdruss³

45 Aber sie muss nun erdulden, wie die klimaignoranten Parteien die Atomkraft beschwören, um im Schatten des Ukrainekriegs weiterhin ihr zerstörerisches Lebens- und Wirtschaftsmodell zu verfolgen. Was dazu führt, dass auch die nachhaltigsten und glaubwürdigsten AktivistInnen wie Greta Thunberg sagen: Wenn es dem Klimaschutz dient und die Meiler da sowieso herumstehen, dann lasst sie doch noch ein kleines bisschen laufen.

50 Dieser Ampelkompromiss, die Verlängerung der allerletzten Restlaufzeiten der allerletzten Reaktoren bis auf dieses Wochenende im April, er steht auch für das Quantum Verdruss, das nun die Freude über den Atomausstieg verfärbt und verfälscht. Die Wut darüber, wie das Thema Atomkraft jetzt für parteitaktische Spiele genutzt wird, die Ohnmacht angesichts des Ukrainekriegs und wie er die politischen Prioritäten verschoben hat – sie wollen dann eben
55 doch keine echte Partystimmung aufkommen lassen.

Der Kampf für nachhaltige Energien ist noch lange, lange nicht am Ende. Womöglich ist der Ausstieg aus der Atomkraft dafür nur ein weiterer Beginn.

² Castortransporte = Atommülltransporte

³ der Verdruss = die Unzufriedenheit, die Müdigkeit

Letzte Generation im Interview: „Die tatsächliche Störung ist ab Montag geplant“

Maria Häußler

Die Letzte Generation hatte angekündigt, dass sie Berlin ab dem 19. April „lahmlegen“ will. Die ersten beiden Protesttage starteten eher gemäßigt, von einem Stillstand ist die Stadt weit entfernt. Pressesprecher Jakob Beyer erklärt im Interview, warum die Aktivisten so vorgehen und äußert sich zur Kritik an der Bewegung.

Berliner Zeitung: *Wie laufen die ersten Tage des Protests?*

Jakob Beyer: Wir haben mit Protestmärschen angefangen. Das ist für uns eine neue Protestform und soll den Menschen einen leichteren Einstieg ermöglichen. Sie sind auf der Straße und nicht angemeldet, aber der Konfrontationsmoment ist nicht ganz so stark, weil die Menschen sich fortbewegen. Es sind viele neue Mitglieder dabei, die sich das dann vielleicht eher zutrauen. Wir sind mit so vielen Menschen wie noch nie auf den Straßen, über tausend Menschen haben sich auf der Website angemeldet. Zahlen dazu, wie viele wirklich da sind, habe ich nicht. Es sind die letzten zwei Tage auf jeden Fall mehrere Hundert auf der Straße gewesen. Bisher haben alle Aktionen geklappt, ich bin ganz zufrieden. Aber das reicht natürlich noch nicht.

Davon, dass Berlin lahmgelegt ist, kann man ja nicht gerade sprechen.

Die tatsächliche Störung ist ab Montag geplant. Wir wollen an so vielen Stellen blockieren, dass wir es wirklich schaffen, große Teile des Berliner Verkehrs zum Stillstand zu bringen, damit die Regierung sich bewegt. Die Regierung muss endlich in den Notfallmodus schalten und auf den Boden der Verfassung zurückkehren.

Was müsste die Regierung tun, damit die Proteste aufhören?

Wir fordern die Einberufung eines Gesellschaftsrats, der unter der Fragestellung zusammenkommt, wie wir sozial gerecht bis 2030 aus der Nutzung fossiler Rohstoffe aussteigen. Das ist eine Erweiterung der Forderung, weil wir gesehen haben, dass die Bundesregierung nach über einem Jahr Protest nicht bereit ist, auf ganz einfache Forderungen einzugehen, wie das 9-Euro-Ticket und ein Tempolimit. Wir brauchen große Veränderungen und die Regierung ist nicht einmal bereit, diese Minischritte zu gehen. Das zeigt, dass sie die Situation einfach nicht im Griff hat und sich von der Gesellschaft unter die Arme greifen lassen muss. Das Prinzip von gelosten Gesellschaftsräten wurde schon oft erprobt und hat immer wieder fortschrittliche Ergebnisse erzielt. Dieser Gesellschaftsrat sollte medial begleitet werden, damit er einen großen gesellschaftlichen Druck erzeugt.

Wie finanziert die Letzte Generation ihre Aktionen?

Menschen, die es sich leisten können, kommen selbst dafür auf. Wir haben aber auch so viele Spendengelder, dass wir Unterkünfte in Berlin anbieten oder einen Teil

der Kosten übernehmen konnten. Bei Strafen ist das etwas anderes. Das funktioniert rechtlich nicht. Die Gebühr für das Loslösen haben wir in der Vergangenheit aber schon über Spenden finanziert.

Der zivile Ungehorsam soll sich dieses Mal vor allem auf das Regierungsviertel konzentrieren. Ist das eine Reaktion auf die Kritik der Autofahrer?

Wir können das Argument nachvollziehen, dass wir die Regierung adressieren müssen. Das haben wir aber über die vergangenen Jahre auch gemacht und immer wieder gesehen, dass es einfach ignoriert wird. Wir werden weiter dort protestieren, weil dort die Verantwortlichen sitzen. Der Protest muss aber in der Mitte der Gesellschaft stattfinden, er muss stören.

Warum ist ziviler Ungehorsam wirksamer als Demonstrationen, die vielleicht mehr Menschen aus der Mitte der Gesellschaft mitnehmen würden?

Das ist die Frage. Warum reichen 1,5 Millionen Menschen an einem einzigen Tag nicht, die für Fridays for Future auf den Straßen waren? Ich würde mir wünschen, dass es anders ist, ich weiß nicht, warum die Politik darauf nicht hört. In der Geschichte waren große soziale Errungenschaften immer von zivilem Widerstand begleitet. Sei es beim Frauenwahlrecht, bei der Bürgerrechtsbewegung in den USA oder der Freiheitsbewegung in Indien. Wir versuchen, eine Störung zu kreieren, damit unser Protest nicht ignoriert werden kann. [...]

Nach einer Umfrage des Statista Research Department im Jahr 2022 halten 81 Prozent der Befragten die Aktionen der Letzten Generation für falsch. Erzeugt gerade dieser Gegenwind die notwendige Aufmerksamkeit?

Bei den jüngeren Menschen bis 25 Jahre haben wir deutlich höhere Zustimmungswerte, teilweise über 50 Prozent. Unter den Menschen, die von dieser Katastrophe noch lange betroffen sein werden, können es viele verstehen – seit Jahren passiert nichts, die Regierung bricht die Verfassung und sie verstehen, dass wir das nicht hinnehmen können und ein störender Protest gerechtfertigt ist.

Nutzt es der Letzten Generation, dass sich so viele Menschen aufregen?

So würde ich das nicht unbedingt sagen. Die Aufregung rührt daher, dass sich die Menschen an unserem Protest positionieren müssen. Auf der Straße gibt es natürlich Leute, die uns mit Gewalt begegnen, genauso aber auch Menschen, die uns danken und unterstützen. Wir bleiben in jedem Fall friedlich und gewaltfrei und das sehen die Menschen, auch wenn uns Gewalt entgegenschlägt oder Überreaktionen des Staates folgen. Als wir in Bayern ins Gefängnis gekommen sind, haben wir so viel Zulauf und Spenden wie noch nie bekommen, das kann uns als Gruppe helfen. Am Ende braucht aber die ganze Gesellschaft den Willen die Katastrophe abzuwenden und da brauchen wir eher Unterstützung als Gegenwind. [...]

(818 Wörter)

<https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/klimaproteste-letzte-generation-sprecher-jakob-beyer-im-interview-die-tatsaechliche-stoerung-ist-ab-montag-geplant-li.340191>

EU-Kommission sagt Aus für Verbrennermotoren ab. Kompromiss mit E-Fuels

Deutschland hat sich im Streit um die Zukunft von Autos mit Verbrennungsmotor mit der EU-Kommission geeinigt. Das teilten der deutsche Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) und EU-Kommissionsvize Frans Timmermans am Samstag mit. Die Einigung sei am späten Freitagabend erfolgt, erklärte Wissing.

Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor könnten demnach auch nach 2035 neu zugelassen werden, wenn sie ausschließlich CO₂-neutrale Kraftstoffe tankten. Ein konkreter Verfahrensweg und Zeitplan seien verbindlich festgelegt worden. In einem ersten Schritt solle eine Kategorie rein mit E-Fuels geschaffen werden und dann in die Flottengrenzwertregulierung integriert werden. Das solle bis Herbst 2024 abgeschlossen sein. "Der Weg ist frei: Europa bleibt technologieneutral", schrieb Wissing auf Twitter.

Nehammer: "Gut, dass die EU-Kommission eingelenkt hat"

Erfreut zeigte sich auch Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) über das Einlenken der EU-Kommission. "Das ist es, was wir wollten und wofür wir uns eingesetzt haben", so Nehammer in einer Aussendung. Österreich hatte in den letzten Wochen Seite an Seite mit Deutschland gegen ein Verbot von Verbrennungsmotoren ab 2035 gekämpft. "Es geht um Fortschritt, nicht um Verbote. Der Verbrennungsmotor hat Zukunft, wenn wir ihn zum grünen Verbrenner machen und Technologien wie E-Fuels oder Wasserstoffantriebe weiterentwickeln", erklärte der Kanzler.

"Es ist gut und richtig, dass die EU-Kommission nun eingelenkt hat", sagte Nehammer. "Damit bleibt der Weg offen für fortschrittliche und klimafreundliche Technologien beim grünen Verbrennungsmotor."

"Es ist gut, dass es nun eine Einigung gibt und damit der Weg in Richtung CO₂-neutrale Mobilität nicht weiter blockiert wird", reagierte Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne). Dass es aber ein Schlupfloch brauche, um die "Zustimmung der Bremser und Blockierer, die einer alten fossilen Ideologie nachtrauern, zu bekommen, ist schade und wird Europas Autoindustrie schwächen".

Hängepartie

Ohne Deutschlands Zustimmung wäre das geplante Verbrenner-Aus ab 2035 nicht möglich. Wissing hatte im vergangenen Jahr bei den Verhandlungen zwischen Kommission, EU-Staaten und Europäischem Parlament einen Passus für einen Kompromiss durchgesetzt, wonach die Brüsseler Behörde um einen Vorschlag zu den E-Fuels gebeten wird. Dieser Passus ist nicht rechtsverbindlich. Die Kommission wollte ihn erst nach dem formalen Beschluss der Staaten veröffentlichen.

Wissing verlangte dann aber überraschend vorher eine Einigung über die E-Fuels. Die Hängepartie gefährdete auch erhebliche Teile des EU-Klimaschutzprogramms "Fit for 55", da die einzelnen Elemente Verbindungen haben. In Brüssel sorgte das deutsche Vorgehen für erhebliche Verärgerung. Allerdings äußerten in der Zwischenzeit weitere Staaten ihre Bedenken. So sprach sich auch Italien für eine Zulassung von Biosprit-Autos aus.

E-Fuels werden bisher kaum produziert und gelten als knapp, teuer und ineffizient. Daher sollen sie nach dem Willen der EU-Kommission vor allem für den Schiffs- oder Flugverkehr reserviert werden, der nicht direkt mit Strom betrieben werden kann. Einer Studie des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) nach reicht die 2035 erwartete Produktionsmenge nicht aus, um allein den Bedarf in diesen Bereichen zu decken. Für Pkw bliebe dann ohnehin nichts übrig, selbst wenn alle erhofften Produktionskapazitäten ausgeschöpft werden könnten.

Kritik an Deutschland

Europaparlament und EU-Staaten hatten sich bereits im Oktober darauf geeinigt, dass in der EU ab 2035 nur noch emissionsfreie Neuwagen zugelassen werden dürfen. Für Deutschland ist es aber wichtig, dass auch danach noch Neuwagen mit Verbrennungsmotoren zugelassen werden können, die E-Fuels tanken – also klimaneutrale künstliche Kraftstoffe, die mit Ökostrom erzeugt werden. Eine für Anfang März vorgesehene Bestätigung der Einigung durch die EU-Staaten wurde daher von Deutschland zunächst verhindert. Seitdem verhandelten Deutschlands Verkehrsministerium und EU-Kommission über einen Kompromiss.

Viele EU-Partner hatten irritiert auf das deutsche Verhalten in dem Streit reagiert. Am Donnerstag sprach etwa der lettische Ministerpräsident Krisjanis Karins am Rande des EU-Gipfels vor laufenden Kameras von einem "sehr, sehr schwierigen Zeichen für die Zukunft". Es sei verwunderlich, dass eine Regierung sich plötzlich anders entscheide, nachdem eine Vereinbarung bereits getroffen worden sei.

Karins warnte: "Die gesamte Architektur der Entscheidungsfindung würde auseinanderfallen, wenn wir das alle tun würden." Hinter vorgehaltener Hand äußerten sich Diplomaten in Brüssel deutlicher. Sie werfen Deutschland einen Vertrauensbruch vor.

Europaparlamentarier der Grünen haben am Samstag eine Prüfung des Deals angekündigt. "Wir werden den Vorschlag rechtlich und politisch sehr genau prüfen", kündigte der Sprecher der deutschen Grünen im Europaparlament, Rasmus Andresen, am Samstag an. Er betonte aber auch, es sei gut, dass die Hängepartie endlich beendet sei.

Greenpeace: "Kompromiss schadet Europa"

Auch Greenpeace hat die Einigung scharf kritisiert. "Dieser faule Kompromiss untergräbt Klimaschutz im Verkehr, und er schadet Europa", sagte der Mobilitätsexperte der Umweltorganisation, Benjamin Stephan, am Samstag in Berlin. Die "dringend nötige Ausrichtung der Autobranche auf effiziente Elektromobilität" werde mit der Einigung verwässert.

Stephan warf dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz vor, die "rücksichtslose Erpressung der EU" durch die FDP nicht gestoppt zu haben. "Nach diesem enttäuschenden Ergebnis ist umso klarer, dass Scholz die FDP beim morgigen Koalitionsausschuss zu wirksamen Maßnahmen beim Klimaschutz im Verkehr bewegen muss", sagte er. "Statt das Land mit weiteren klimaschädlichen

Autobahnen zu durchziehen, sollte die Bundesregierung sich jetzt voll und ganz auf den Ausbau der Bahn konzentrieren."

(797 Wörter)

<https://www.derstandard.de/story/2000144893338/deutschland-und-eu-kommission-legen-streit-um-verbrenner-aus-bei>

Stahlkonzern Salzgitter : Robert Habecks Musterschüler

Susanne Preuß

Die Salzgitter AG hat ein Rezept, um in die Produktion grünen Stahls einzusteigen. Damit der Plan umgesetzt werden kann, gibt die Politik viel Geld – und muss sich zudem um den nötigen grünen Wasserstoff kümmern.

Im untergehenden Sonnenlicht über Salzgitter scheint die Welt ganz in Ordnung. Die Prominenz muss ein bisschen blinzeln für das Gruppenfoto zum Abschluss dieses Ausflugs zum Musterschüler der Transformation. Als Gäste von Gunnar Groebler, dem Vorstandschef der Salzgitter AG, haben sich Anfang vergangener Woche die EU-Energiekommissarin Kadri Simson, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und sein niedersächsischer Kollege Olaf Lies eingefunden. Jenseits aller Parteipolitik singen sie ein Loblied auf den grünen Stahl, der hier produziert werden kann. „Salzgitter ist das Testlabor für unseren Repower-EU-Plan: gut für die Industrie und gut für den Planeten“, sagt Simson. Hier sei erkennbar, wo die Reise hingehen müsse.

Im Hintergrund sind die rostfarbenen Anlagen des Salzgitter-Stahlwerks zu sehen, die für einen CO₂-Ausstoß von 8 Millionen Tonnen jährlich stehen – eine CO₂-Menge, für deren Speicherung ein Wald fast in der Größe Schleswig-Holsteins nötig wäre. Die Zukunft ohne CO₂ sieht ganz anders aus, sie funktioniert auch anders. Statt Eisenerz in Hochöfen zu schmelzen, entsteht in einer Direktreduktionsanlage zunächst Eisenschwamm, kleine Kugeln, die dann wiederum in einem Lichtbogenofen geschmolzen werden, sodass Stahl entsteht.

Fast schon filigran wirkt die jetzt probenhalber laufende Direktreduktionsanlage, die da vor den Politikern 30 Meter hoch aufragt: ein Gebilde aus Röhren, umgeben von Geländern in der Firmenfarbe Orange. Die endgültigen Anlagen werden mehr als viermal so hoch sein. Bis zum Jahr 2033 sollen sie alle Hochöfen in Salzgitter ersetzen. Das jedenfalls ist der Plan des Unternehmens. An Abnehmern für grünen Stahl würde es nicht mangeln. Allen voran wollen Autohersteller ihre eigenen Produkte möglichst schnell klimaneutral produzieren können.

Das Ende für die Hochöfen bedeutet allerdings nicht, dass der Stahl schon grün ist. Erst wenn das in der Direktreduktionsanlage verwendete Gas durch grünen Wasserstoff ersetzt wird und zudem auch noch der Strom für die anschließende Verarbeitung des Eisenschwamms im Lichtbogenofen aus erneuerbaren Quellen kommt, kann Stahl fast CO₂-frei hergestellt werden.

„Wir brauchen Infrastruktur, wir brauchen Pipelines“

Für den Strom habe er schon Abnahmeverträge geschlossen, berichtet Groebler, für Wasserstoff nicht: „Es ist ja noch unklar, wann wir an die Pipelines angeschlossen sein werden.“ Salzgitter als potentieller Großabnehmer ist freilich durchaus ein Taktgeber für die Investitionen in zwei Wasserstoff-Startnetze. Grüner Wasserstoff könnte künftig von der Nordsee herkommen, wo er in Schiffen anlandet, tendenziell abgewandelt zu Ammoniak, der dann wiederum in einem Cracker zurückverwandelt werden muss in Wasserstoff. BP überlegt, solch einen Cracker in Wilhelmshaven zu bauen, RWE plant einen in Brunsbüttel. Das sind nur zwei von ganz vielen Partnern,

die Salzgitter braucht für die große Transformation, die hier vor bald zehn Jahren schon eingeläutet wurde.

„Wir brauchen Wasserstoff, wir brauchen eine Deutschlandgeschwindigkeit für den Wasserstoff, wir brauchen Infrastruktur, wir brauchen Pipelines.“ Das ist die Botschaft, die Gunnar Groebler anlässlich dieses Politiker-Besuchs noch einmal platziert, offenbar erfolgreich, wie er gegenüber Journalisten nach Abschluss seiner Gespräche mit den Politikern sagt: „Ich habe positive Signale mitgenommen.“

Das Treffen haben die Politiker offenbar zu einem Ideenaustausch darüber genutzt, wie der Markthochlauf von Wasserstoff funktionieren könnte. Energiekommissarin Kadri Simson sieht die im März angekündigte Europäische Wasserstoffbank in einer zentralen Rolle für gemeinsame europäische Ausschreibungen. Geht es nach Habeck, soll die deutsche Initiative mit dem Namen H2Global ein Teil der neuen Europäischen Wasserstoffbank werden. „H2Global kauft zum niedrigsten Preis ein und verkauft an den Meistbietenden“, erklärt er das System in einfachen Worten und ordnet die Bedeutung ein: Vor allem mittelständische Abnehmer könnten auf diese Weise zu angemessenen Preisen ihren Wasserstoff bekommen. „Ihr bei Salzgitter seid selbst groß genug . . .“, sagt er noch zu Salzgitter-Chef Groebler gewandt.

Einmal kein Heizungsstreit

Diesem Manager ist er dankbar, dass er einmal nicht mit Heizungsstreit in der Fraktion konfrontiert ist. Hier funktioniert alles genau so, wie er sich das vorstellt. „Sehr, sehr dankbar“ sei er für das „sehr, sehr starke Commitment“ von Salzgitter, sagt Habeck. Die großen Investitionen in die klimafreundliche Transformation ihrer Stahlproduktion seien schließlich auch ein Bekenntnis in den Standort Deutschland. Jetzt gelte es, auch die nötige Ausrüstung aus europäischer Produktion zu beschaffen, die Elektrolyseure und die Konverter und so weiter. „Wenn wir es klug machen, nutzen wir die Transformation des Energiesystems für die Transformation der Industrie“, sagt Habeck zur EU-Kommissarin gewandt: „Wir brauchen ein Netzwerk, liebe Kadri.“ [...]

(726 Wörter)

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/salzgitter-habecksmusterschueler-in-sachen-stahl-18934955.html>

Hunderttausend ausländische Fachkräfte? Das reicht nicht!

Von Annalena Baerbock und Hubertus Heil

Er ist einer der größten Gesundheitsversorger Deutschlands: Mit sechs Krankenhäusern und über 6000 Beschäftigten versorgt der Klinikverbund Südwest in Baden-Württemberg eine ganze Region – mehr als eine halbe Million Menschen.

Aber die Kliniken haben ein massives Problem: Immer wieder können Betten nicht belegt werden, weil es an Personal fehlt. Die Krankenhäuser finden nicht mehr genügend Pflegekräfte. Und auf der anderen Seite des Atlantiks, in Brasilien, ist jede zehnte Pflegekraft arbeitslos – trotz guter Ausbildung.

Genau darum geht es uns, wenn wir diese Woche nach Lateinamerika reisen. Wir werden in Brasilien für den deutschen Arbeitsmarkt werben – auf Regierungsebene, aber vor allem bei den Profis aus der Praxis, im Krankenhaus und bei der Pflegekammer. Wir wollen neue Partnerschaften schließen, auch über den Pflegebereich hinaus.

1,7 Millionen offene Stellen

Denn die Situation in unseren Krankenhäusern steht für eine Entwicklung, die nahezu alle Branchen und Regionen in Deutschland erfasst hat – von der Bäckerei um die Ecke bis zum High-Tech Weltmarktführer. An vielen Stellen fehlen Fachkräfte, die unser Land und unsere Wirtschaft jahrzehntelang so erfolgreich gemacht haben.

Aktuell gibt es in Deutschland 1,7 Millionen offene Stellen. In 200 Berufen gibt es bereits Engpässe mit erheblichen Problemen bei der Stellenbesetzung. Deswegen hat diese Bundesregierung die Fachkräftesicherung zu einer ihrer Prioritäten gemacht.

Es geht einerseits darum, alle inländischen Potenziale zu heben um noch mehr Menschen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu geben. Dazu führen wir eine Ausbildungsgarantie ein und stärken die berufliche Weiterbildung. Gleichzeitig steigern wir die Frauenerwerbsquote und integrieren Arbeitslose nachhaltig in den Arbeitsmarkt.

Deutscher Vorschriften-Dschungel

Und andererseits brauchen wir ergänzend dazu dringend Menschen aus dem Ausland. Im letzten Jahr sind neben den Fachkräften aus EU-Staaten nicht mal 100.000 Fachkräfte aus Drittstaaten zu uns gekommen. Das reicht nicht.

Die Wahrheit ist: Im deutschen Vorschriften-Dschungel verlieren wir immer noch viele gut qualifizierte Menschen, die wir auf unserem Arbeitsmarkt gebraucht hätten. Warum sollte eine brasilianische Krankenpflegerin monatelang auf deutsche Behörden warten, wenn der Weg nach Portugal, Kanada oder in die USA viel unkomplizierter ist?

Das wollen wir ändern. Denn diese Bundesregierung steht für Fortschritt – auch in der Einwanderungspolitik. Dazu gehört, dass wir Geflüchtete besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Dazu gehört, dass wir legale Migration in unser Land vereinfachen. Und dazu gehört eine aktive, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern, in denen es ein Interesse an Arbeitsmigration gibt.

Die Deutsche Botschaft Brasília hat deshalb die Bundesagentur für Arbeit und die brasilianische Pflegekammer zusammengebracht, um gezielt Pflegekräfte für Deutschland zu gewinnen. Damit diese Menschen dann auch zu uns kommen, brauchen wir ein Einwanderungsverfahren auf der Höhe der Zeit.

Visa binnen Tagen dank Digitalisierung

Dafür digitalisieren wir endlich die deutschen Verfahren. In unserem Pilotland Brasilien können hochqualifizierte Fachkräfte schon jetzt ihre Unterlagen für die Beantragung der Blauen Karte EU digital einreichen und haben innerhalb weniger Tage ihr Visum in der Hand. Bis 2025 ermöglichen wir dieses Verfahren weltweit und für alle Aufenthaltszwecke.

Wir flexibilisieren die Arbeitsabläufe unserer Behörden und bauen Bürokratie ab. Im Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten, das wir vor zwei Jahren in Brandenburg geschaffen haben, wollen wir bis Ende 2024 viermal so viele Visa für Fachkräfte bearbeiten wie bisher.

Auch in unseren Visa-Stellen beschleunigen wir die Verfahren, indem wir unseren Auslandsvertretungen ermöglichen, mehr Entscheidungen vor Ort treffen und damit auch die Ausländerbehörden entlasten.

Unser Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik

Gleichzeitig erweitern wir die Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochqualifizierte und schaffen neue Wege für Menschen, die einen in ihrem Herkunftsland anerkannten Berufsabschluss und Berufserfahrung mitbringen. Zudem führen wir eine Chancenkarte zur Arbeitssuche ein.

Diese Maßnahmen im In- und Ausland sind Teil eines politischen Paradigmenwechsels in der deutschen Migrationspolitik. Gemeinsam schaffen wir das modernste Einwanderungsrecht Europas. Aber wenn wir Menschen dauerhaft für Deutschland begeistern wollen, dann müssen wir ihnen die Hand reichen und ihre Herzen gewinnen.

Deshalb müssen natürlich auch die Familien von Fachkräften nach Deutschland nachziehen und ihre Kinder in die Kita gehen können. Vor allem aber müssen sich diese Menschen bei uns wohl fühlen.

Der Klinikverbund Südwest hat dieses Jahr die ersten brasilianischen Pflegekräfte eingestellt. Sie wurden in São Paulo rekrutiert und haben dort auch bereits Deutsch gelernt. Die Mitarbeitenden des Klinikverbunds helfen ihnen, Behördengänge zu erledigen und ein Konto zu eröffnen. Eine Wohnung bekommen sie auch gestellt.

Das ist der Ansatz, mit dem wir für Deutschland werben wollen. Für ein modernes Einwanderungsland und für die Zukunft unserer Gesellschaft.

(743 Wörter)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/baerbock-und-heil-mehr-menschen-auf-dem-arbeitsmarkt-eine-chance-geben-18940987.html>

Republik der Verzagten - Deutschland leidet an historischem Mutmangel

Gastbeitrag von Gabor Steingart (einer der bekanntesten Journalisten, Buchautoren und Medienmanager des Landes)

Der Blick nach Amerika – an die Wall Street und ins Silicon Valley – zeigt, dass andernorts größer gedacht und lustvoller gewirtschaftet wird als in Deutschland. Wir sind das Homeland der Desillusionierten.

Die deutsche Debatte ist geprägt von Verlustängsten. Rezession. Inflation. Deindustrialisierung. Schon die Überschriften der Zeitungen kündigen von einer alle Lebensbereiche erfassenden Mangelwirtschaft: Facharbeitermangel, Wassermangel, Vitaminmangel. Und ChatGPT kommt als Avatar des Teufels noch dazu.

Doch der schmerzhafteste Befund ist wohl dieser: Deutschland leidet an einem historischen Mutmangel. Wir sind die Bundesrepublik der Verzagten, das Homeland der Desillusionierten, auch viele Mitglieder der wirtschaftlichen und politischen Elite wirken mit ihren täglichen Stoßgebeten wie die Nachfahren von Don Quijote, dem Ritter der traurigen Gestalt.

Der Blick nach Amerika – an die Wall Street und ins Silicon Valley – zeigt, dass anderswo anders gefühlt, größer gedacht und lustvoll gewirtschaftet wird. Eine Phalanx von Firmen – einige nicht älter als 30 Jahre – bricht auf, ihre angestammten Geschäftsfelder zu verlassen und technologisches Neuland zu betreten.

Musks Vorwärtsdrang kann man wahnhaft nennen

Der Vergleich fällt für uns bitter aus: Deutschland spielt in der Verteidigung. Sie spielen im Sturm. Deutschland ist nostalgisch, sie sind neugierig. Sie lieben jene Risiken, die wir hassen.

Es sind allein in den vergangenen Monaten vier Konzerne dadurch aufgefallen, dass sie in Geschäftsfelder vordringen, die nicht zu ihrem Kerngebiet zählen. Ihre Angriffslust könnte uns ängstigen. Aber genauso könnte sie uns auch ermutigen, ebenfalls ins Offene zu denken.

Beispiel Tesla:

Den Vorwärtsdrang des Tesla-Chefs Elon Musk kann man wahnhaft nennen. Aber Fakt ist: Der Mann, der nicht der Tesla-Gründer, sondern ein früher Tesla-Investor ist, hat das Auto aus der Software heraus gedacht und damit die traditionsreiche Automobilindustrie in Deutschland zur Innovation gezwungen. Das Tesla Model Y war laut dem Marktforschungsinstitut JATO/Reuters im ersten Quartal 2023 das beliebteste der Welt.

Schon während der Jahrtausendwende disruptierte Musk mit PayPal die Bezahlindustrie. Sein Vermögen aus PayPal investierte Musk 2002 in die

Raketenwissenschaft. Als CEO von SpaceX will er den Mars kolonisieren und erfand dafür ein besseres, weil modulares Raketensystem. [...]

Die Rollenverteilung ist immer die gleiche

Beispiel Amazon:

Das Online-Kaufhaus will nicht mehr nur Kaufhaus sein und plant eine Offensive im Mobilfunk, meldet „Bloomberg“, und lässt sich auch von den Dementis tradierter Telefonanbieter nicht beirren. Amazon will seinen Kunden in den USA demnach Mobilfunkverträge anbieten.

Die Aktienmärkte schickten die Aktien von Telekom und ihrer US-Tochter T-Mobile US unverzüglich auf Talfahrt. Rund neun Prozent des Börsenwerts gingen verloren, weil die Kapitalmärkte glauben, dass der Markteintritt von Amazon die Verhältnisse im Telefonmarkt zum Tanzen bringt.

Seit 2022 bereits verkauft Amazon Sachversicherungen in Großbritannien. [...] Und seit einigen Jahren baut der Konzern eine weltweite Logistikkette mit eigenen Elektro-Trucks, Flugzeugen und Packstationen auf – und macht dem Bonner Logistikriesen DHL damit das Leben schwer.

Die Rollenverteilung ist immer die gleiche: Amazon greift an, andere müssen sich verteidigen. Die letzten deutschen Erfinder, die in Amerika für Aufsehen sorgten, waren Gottlieb Daimler und Carl Benz vor rund 130 Jahren. Ihre Automobile waren das iPhone der damaligen Zeit.

Beispiel Google:

Die Spitze der Disruption bildet heute Google. Zur Suchmaschine kam nur zwei Jahre später Google Ads dazu, ein schwerer Angriff auf das traditionelle Verlagsgeschäft, das sich davon bis heute nicht erholt hat. Da heute über 80 Prozent aller Smartphones auf dem Google-Betriebssystem Android laufen, besitzt die Firma hier de facto ein Monopol.

Plus: Millionen Unternehmen weltweit nutzen heute Google Meet zum Telefonieren, Google Docs zum Erstellen von Dokumenten und ohne Google Maps finden sich viele Menschen in ihrer eigenen Stadt nicht zurecht.

Google Nest bietet heute smarte Überwachungssysteme für private Häuser und wird damit zur Konkurrenz nicht nur für Viessmann, sondern für jeden Sanitärbetrieb. Das Unternehmen Waymo, in Googles Mutterkonzern Alphabet angesiedelt, arbeitet an autonom fahrenden Autos.

Die deutschen Autobauer sind – trotz Milliardeninvestitionen – an einer eigenen Software derweil gescheitert. Für Volkswagen und Mercedes liefert jetzt Google die Software. Sie sind zur digitalen Kolonie der Amerikaner geworden.

Deutsche Ängste sind unverkäuflich

Beispiel Apple:

Der iPhone- und iPad-Konzern hat bereits viele das Fürchten gelehrt: Die Musikindustrie (Apple Music), die Uhrenindustrie (Apple Watch), die Streaming-Anbieter (Apple TV) und auch den hochprofitablen Healthcare-Sektor (Apple Health) hat man angegriffen.

Auch bei den kabellosen Kopfhörern (AirPods) war man nicht der erste Anbieter, aber mit 31 Prozent Marktanteil ist Apple mittlerweile die unangefochtene Nummer eins.

Fazit: Die Börsenbewertung dieser vier Angreifer-Firmen übertrifft den DAX um nahezu das Vierfache. Die Cash-Reserven der vier liegen mit 260 Milliarden Dollar so hoch, dass man dafür SAP, Siemens und Airbus komplett übernehmen könnte.

Und der Grund dieser Macht ist nicht digital, sondern sehr analog: Investoren lieben nun mal die Zukunft und investieren nicht gern in Verzagtheit. Deutsche Ingenieurskunst wird bewundert. Deutsche Ängste sind unverkäuflich.

(789 Wörter)

https://www.focus.de/politik/deutschland/gastbeitrag-von-gabor-steingart-republik-der-verzagten-deutschland-leidet-an-historischem-mutmangel_id_195748271.html

LNG-Pläne für Rügen: Zwei Schiffe sollen kommen

Hannes Koch

Das umstrittene LNG-Terminal auf der Insel Rügen wird kleiner als zunächst geplant. Dafür soll es mit dem Bau aber jetzt auch schnell gehen – und zwar per Gesetz. Die Kritik an Minister Habecks Plänen ist damit aber nicht verstummt.

Nach dem Winter ist vor dem Winter. Um die Versorgung mit Erdgas auch in der kalten Jahreszeit 2023/24 zu sichern, hat Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ein neues Gesetzesvorhaben auf den Weg geschickt. Darin enthalten sind zwei Schiffe für den Import von Flüssiggas (LNG), die im Hafen von Mukran an der Ostsee liegen sollen. In dieser Form werde das umstrittene Projekt auf der Insel Rügen wohl ankommen, ist man im Wirtschaftsministerium optimistisch.

Die beiden Spezialschiffe sollen verflüssigtes Erdgas von Tankschiffen übernehmen und es wieder in gasförmigen Zustand umwandeln. Über eine neue Pipeline würde das Gas dann nach Lubmin an der Ostseeküste strömen, dort in das Netz eingespeist werden und schließlich Wohnungen und Unternehmen erreichen. Das und mehr steht in der dritten Novelle des LNG-Beschleunigungsgesetzes (LNG: Liquid Natural Gas, flüssiges Erdgas).

Im Wirtschaftsministerium geht man davon aus, damit dem Protest auf Rügen entgegengekommen zu sein. Erst am vergangenen Freitag war Habeck wieder zu Gesprächen auf die Insel gereist. Ursprünglich war geplant, drei Erdgasschiffe in Sichtweite des Touristenortes Sellin auf dem Meer zu verankern. Das hatte Proteste und Demonstrationen ausgelöst. Nun könnten die beiden Schiffe im Industriehafen von Mukran liegen, wo sie weniger auffallen. Außerdem sollen keine umweltschädlichen Chemikalien eingesetzt werden, versprach das Wirtschaftsministerium. So hofft man dort nun, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern die nötige Genehmigung für das Projekt erteilen werde.

LNG auf Rügen: Mecklenburg-Vorpommern verweist auf mögliche Konflikte mit Tourismus und Naturschutz

Nach dem Gespräch am Freitag hatte Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) den grundsätzlichen Bedarf für die Gas-Anlandung anerkannt. Allerdings verwies er auf mögliche Konflikte mit dem Tourismus und Naturschutz. Die Landesregierung will die offenen Fragen entscheiden, wenn sie die nötigen Unterlagen der Bundesregierung erhalten hat. Wie lange die Entscheidungsfindung dauert, ist bislang offen. Im Bundeswirtschaftsministerium hieß es, man müsse bald mit den Bauarbeiten beginnen.

Diese Lösung, wenn auch in einer kleineren Variante als vorher geplant, sei nötig, um die Gasversorgung im kommenden Winter zu gewährleisten, sagte das Wirtschaftsministerium (BMWK). Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine fließt nur noch wenig Gas aus Russland nach Westen. Es muss durch Importe aus anderen Quellen ersetzt werden.

Dabei dreht sich die Debatte darum, ob die neue LNG-Infrastruktur in dem Maße nötig ist, in dem sie Habecks Leute planen. Eine Vorlage des BMWK für den

Haushaltsausschuss des Bundestages im vergangenen März verzeichnete die Planung für sechs schwimmende und drei stationäre LNG-Terminals. Diese könnten im kommenden Jahr eine Überkapazität von bis zu 37 Milliarden Kubikmeter aufweisen – angesichts der Tatsache, dass mittlerweile große Mengen Erdgas durch Pipelines etwa aus Norwegen und Belgien geliefert werden.

Demgegenüber argumentiert das BMWK, man brauche eine beträchtliche Reserve. Es sei nötig, für Notfälle vorzusorgen. Etwa könne die Norwegen-Pipeline durch Anschläge zerstört werden oder die verbliebenen russischen Importe nach Ost- und Südeuropa ganz versiegen. Dann müsse Deutschland mit seinen Kapazitäten in der Lage sein, die europäischen Nachbarn mitzuversorgen, heißt es in Habecks Haus. Auf den Bau zusätzlicher Import-Infrastruktur beispielsweise im polnischen Swinoujscie könne man nicht warten.

Bundesnetzagentur sieht Bedarf für LNG-Terminals in Ostdeutschland

Rückendeckung erhält das BMWK vom Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller. Den Zeitungen der Funke Mediengruppe sagte Müller, man brauche zusätzliche LNG-Terminals auch in Ostdeutschland. Bei „ungünstigen Bedingungen für Gasverbrauch und -beschaffung aufgrund niedriger Temperaturen“ sowie bei einem vollständigen Ausfall der verbleibenden russischen Lieferungen über die Ukraine nach Europa könne ansonsten Anfang 2024 eine Gasmangellage drohen.

Kritikerinnen und Kritiker wie Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), die grüne Bundestagsabgeordnete Lisa Badum und die Deutsche Umwelthilfe (DUH) halten die geplante LNG-Infrastruktur jedoch für übertrieben und politisch gefährlich. Sie befürchten, dass die Terminals den Abschied vom Erdgas hinauszögern und die Bemühungen um die Verringerung der klimaschädlichen Kohlendioxidemissionen hintertreiben könnten. „Eine nachvollziehbare energiepolitische Begründung für das neue LNG-Terminal fehlt völlig“, kritisierte DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner am Dienstag. Minister Habeck wolle seine Pläne offenbar „mit der Brechstrange durchsetzen“.

Die Organisation New Climate Institute veröffentlichte eine Untersuchung, der zufolge Deutschland einschließlich der geplanten LNG-Terminals ab 2026 rund 140 Milliarden Kubikmeter importieren könnte, während nur rund 80 Milliarden gebraucht würden.

(701 Wörter)

<https://www.fr.de/wirtschaft/plaene-fuer-lng-terminals-auf-ruegen-zwei-schiffe-sollen-kommen-92282459.html>

Nach Parteiaustritt. Stadt Tübingen: Palmer hat sich krankgemeldet

Juri Auel und Max Ferstl

Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hat sich nach seinem Parteiaustritt und seiner Ankündigung, eine Auszeit zu nehmen, krankgemeldet. "Herr Palmer ist krank und steht heute nicht für Anfragen zur Verfügung", teilte eine Sprecherin der Stadtverwaltung mit. Auf die Frage, was die Auszeit genau bedeute und wie lange Palmer nicht im Dienst sein werde, teilte die Sprecherin lediglich mit: "Dazu können wir zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft geben."

Palmer selbst will ebenfalls erst mal nicht sagen, wie er nach dem Eklat bei einer Frankfurter Migrationskonferenz weitermachen möchte. "Ich mache heute Auszeit und beantworte aus diesem Grund keine Fragen", sagte er in Stuttgart. Auf die Frage, ab wann er wieder ansprechbar ist, antwortete er: "Weiß ich nicht."

Palmer hatte am Montag seinen Austritt bei den Grünen erklärt. Er zog damit die Konsequenz aus einem Eklat, den er am Freitagabend in Frankfurt am Main ausgelöst hatte. Der 50-Jährige war vor einer Migrationskonferenz vor einem Gebäude der Goethe-Universität mit einer Gruppe Menschen aneinandergeraten, die ihn mit seiner Art und Weise, das "N-Wort" zu verwenden, konfrontierten. Ein Schwarzer fragte ihn dabei, ob er ihm das Wort ins Gesicht sage, worauf Palmer das umstrittene, rassistische Wort wiederholte. Er wurde daraufhin mit "Nazis raus"-Rufen unterbrochen, wie auf einem Video zu sehen ist.

Daraufhin sagte Palmer zu der Menge: "Das ist nichts anderes als der Judenstern. Und zwar weil ich ein Wort benutzt habe, an dem ihr alles andere festmacht. Wenn man ein falsches Wort sagt, ist man für euch ein Nazi. Denkt mal drüber nach." Später bei der Konferenz verteidigte er die Nennung des N-Worts.

Der Grünen-Bundesvorsitzende Omid Nouripour zollte Palmer Respekt für seinen Parteiaustritt, äußerte aber kein Bedauern darüber. "Es gab ja Gründe, warum wir viele Diskussionen alle miteinander hatten", sagte er im ZDF-"Morgenmagazin". Palmers Schritt sei "respektabel, und ich wünsche ihm ein gutes Leben".

Mit seinen Äußerungen hat Palmer heftige Kritik ausgelöst. Unter anderem der Grünen-Stadtverband Tübingen verurteilte "die wiederholte Verwendung des N-Wortes und den inakzeptablen Vergleich mit dem Judenstern". Hessens Justizminister Roman Poseck (CDU) bezeichnete Palmers Beiträge als "indiskutabel": "Derartige Provokationen leisten Spaltung, Ausgrenzung und Rassismus Vorschub."

Zunächst hatte Palmer am Wochenende versucht, sich und seine Äußerungen zu verteidigen. So wies er zum Beispiel in einem Facebook-Post die Schuld für den Eklat den Studierenden zu, die ihn "in aller Öffentlichkeit und ohne jeden Anlass lautstark der Nazi-Propaganda beschuldigten". Er habe ihnen erklärt, "dass mein jüdischer Großvater vor den Nazis fliehen musste und die Gräber meiner Vorfahren mit Hakenkreuzen beschmiert wurden". Dies hätten die Studierenden "als belanglos" abgetan.

Am Montag dann kündigte Palmer in einer persönlichen Erklärung an, eine Auszeit nehmen zu wollen. Darin heißt es, ihm sei klar, dass es so nicht weiter gehe. Er könne seiner Familie, seinen Freunden und Unterstützern, der Tübinger Stadtverwaltung, dem Gemeinderat und der Stadtgesellschaft die wiederkehrenden Stürme der Empörung nicht mehr zumuten.

Er selbst wolle in seiner Auszeit professionelle Hilfe in Anspruch nehmen: "Wenn ich mich zu Unrecht angegriffen fühle und spontan reagiere, wehre ich mich in einer Weise, die alles nur schlimmer macht." Dass der Eindruck entstanden sei, er würde den Holocaust relativieren, "tut mir unsagbar leid". Am Abend dann verschickte der baden-württembergische Landesvorstand der Grünen die Mitteilung über Palmers Parteiaustritt.

"Da gibt es nichts mehr zu erklären"

Damit endet ein zermürbender, innerparteilicher Konflikt. Bei den Grünen ist Palmer, der einmal als große Hoffnung für höhere Aufgaben galt, seit Jahren eine hochumstrittene Figur. Es gibt erbitterte Gegner, die ihn für einen Rassisten halten. Wegen verschiedener mindestens grenzwertiger Äußerungen wollte ihn der grüne Landesvorstand im vergangenen Jahr aus der Partei ausschließen. Doch es gab lange Zeit auch Fürsprecher, die fanden, dass bei den Grünen auch für unbequeme Persönlichkeiten Platz sein müsste. Und die auf seine Erfolge als Kommunalpolitiker verwiesen. Nun, nach dem Skandal von Frankfurt, ist es einsam geworden um Palmer. [...]

Mit seinem Austritt bei den Grünen kommt Palmer wohl einer erneuten Debatte um seine Mitgliedschaft zuvor, die eigentlich bis Ende des Jahres ruhen sollte. Das war der Kompromiss gewesen, auf den sich beide Seiten im Ausschlussverfahren verständigt hatten: Der Tübinger OB durfte in der Partei bleiben - aber mit vorübergehend ruhenden Mitgliedsrechten. Es war eine gesichtswahrende Lösung, sowohl für die Partei als auch für Palmer.

Und zunächst wirkte es so, als könnte die Annäherung tatsächlich gelingen. Als er im vergangenen Herbst um seine Wiederwahl als Tübinger Oberbürgermeister kämpfte, hielt sich Palmer sichtlich zurück. Er gewann, mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang. In diesen Tagen trug er stets einen blassgrünen Anzug, "ruhendes Grün", nannte Palmer die Farbe - ein Hinweis für seine ruhende Parteimitgliedschaft. Aber er signalisierte durchaus offensiv, dass er sich schon früher eine Rückkehr in die Parteifamilie vorstellen könnte. Bis Freitag schien das zumindest möglich, gerade weil die Grünen im Südwesten wenige Erfolge in den Rathäusern erzielten. Jetzt ist Palmer offiziell parteilos.

(800 Wörter)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/boris-palmer-gruene-austritt-tuebingen-rassismus-eklat-1.5829494>

Reaktionen auf die Wahl in Bremen: Die Berliner Stadtmusikanten

Von Georg Ismar, Roland Preuß, Henrike Roßbach und Nadja Tausche

Am Montag danach gibt sich Omid Nouripour standhaft. Die Grünen hielten an den umstrittenen Pflichten für klimafreundliche Heizungen fest, man wolle das Gebäudeenergiegesetz (GEG) "so schnell wie möglich zum Ergebnis bringen", sagt der Grünen-Co-Chef in Berlin. Es gehe nicht anders, wenn man im Klimaschutz vorankommen wolle. Wird es nach der herben Niederlage der Grünen in Bremen zumindest weniger strenge Regeln geben? Oder Konsequenzen für Wirtschaftsstaatssekretär Patrick Graichen, dem grüner Filz zugunsten seines Trauzeugen vorgeworfen wird? Nichts davon deutet Nouripour an.

Stattdessen liefert der Grünen-Chef eine positivere Lesart der Bremer Schlappe als am Sonntagabend, da hatte er sich noch recht zerknirscht gezeigt. Die Erhebungen zeigten klar, dass die Bremer zu 78 Prozent aus landespolitischen Gründen so gewählt hätten. Die Brötchentaste "hat natürlich hart reingeschlagen", sagt Nouripour, also der Schritt der Grünen-Spitzenkandidatin und Mobilitätssenatorin Maïke Schaefer, das kostenlose Kurzzeitparken in einigen Bremer Straßen kurz vor der Wahl abzuschaffen. Die Berliner Diskussionen um Heizungstausch und anderes hätten zwar "keinen Rückenwind" entfacht, die Hauptverantwortung aber für den Absturz um etwa sechs Prozentpunkte auf knapp zwölf Prozent weist der Grünen-Co-Chef klar den Bremer Parteifreunden zu. Umso leichter fällt es den Bundes-Grünen sich bei den eigenen Plänen standhaft zu geben.

Die Grünen-Spitzenkandidatin kündigt ihren Rückzug an

Als Beleg für diese Lesart sieht Nouripour das Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, wo die Grünen am Sonntag deutlich besser abschnitten als in Bremen. Landesweit holten sie 17,7 Prozent, in der Landeshauptstadt Kiel wurden sie sogar stärkste Kraft. Allzu stark, so die Botschaft, kann der Gegenwind aus Berlin also nicht gewesen sein.

Die Grünen-Spitzenkandidatin Maïke Schaefer übernimmt am Montag zwar Verantwortung und kündigt ihren Rückzug an - nicht aber, ohne zuvor noch auf die Verantwortung in Berlin hinzuweisen. Dort, verspricht Nouripour, wolle man die Ängste der Bürger vor dem Austausch ihrer Heizkessel ernst nehmen und sozial abfedern. Das aber hätten die Grünen auch vorher schon gewollt. "Ich gehe davon aus, dass die Grünen für einen sozialen Ausgleich nicht alleine kämpfen", sagt er.

Für die SPD muss sich das eher bizarr anhören, denn dort sammelte man ja gerade Wählerstimmen ein mit dem Argument, Kesseltausch und Klimaschutz müssten sozial abgedeckt werden - am Ende deutlich mehr Stimmanteile als bei der vorangegangenen Wahl in Bremen, etwa 30 Prozent. Am Freitag war Kanzler Olaf Scholz noch in Bremen gewesen, das ist SPD-Chef Lars Klingbeil am Montag wichtig zu betonen. Denn dieser Sieg der SPD von Bürgermeister Andreas Bovenschulte habe, so die Botschaft, auch etwas mit dem Bund zu tun. Die Sozialdemokraten gefallen sich in der Rolle des Anwalts derjenigen, die die ambitionierte grüne Klimapolitik in den Bereichen Verkehr und Heizen eher fürchten. Man sei stärkste Kraft geworden in allen Altersgruppen, "auch bei den jungen Leuten", sagt Klingbeil. Und landet dann schnell bei dem Stichwort Wärmewende.

CDU-Chef Merz spricht von Umweltschutz "mit der Brechstange"

"Die Menschen haben Sorgen, haben Nöte, es gibt Verunsicherung, die sich breitgemacht hat", sagt er. Und kündigt im Bundestag eine Überarbeitung des Heizungsgesetzes an, vor allem mit mehr Ausnahmen und bei der gestaffelten Förderung nach Einkommen. "Wir müssen genau gucken, wie wir das Gesetz zur Wärmewende im Parlament noch besser machen", sagt er. "Wir wollen, dass lebenspraktische Ausnahmen und Übergangsregelungen in diesem Gesetz stehen werden." In der Partei ist ein gewisses Erstaunen über die Grünen zu vernehmen, die zu sehr Ideologie über die Lebensrealität vieler Menschen stellen würden.

Gar nicht so anders sieht man das bei der CDU. "Ich kann der Koalition nur den dringenden Rat geben, Umweltschutz in Deutschland nicht weiter mit der Brechstange zu probieren: Das geht schief", sagt der Parteivorsitzende Friedrich Merz. Er spricht von einem "Habeck-Effekt". Der grüne Wirtschaftsminister habe einen erheblichen Einfluss auf die Wahl gehabt. Das eigene Ergebnis verbucht die CDU dagegen als Erfolg. Zwar hätte es noch besser ausfallen können, man schließe aber an das "äußerst gute Ergebnis vom letzten Mal" an, sagt Merz. Bei der Wahl 2019 war die CDU mit 26,7 Prozent Wahlsieger geworden, nach aktuellem Auszählungsstand liegt sie bei 25 Prozent. Die SPD dagegen habe einen "Regierungsauftrag auf sehr niedrigem Niveau erhalten". Merz fordert die SPD auf, mit der CDU über eine mögliche Zusammenarbeit zu beraten.

Eine gewisse Zufriedenheit lässt sich an diesem Montag auch in der FDP-Zentrale feststellen. 5,2 Prozent nach 5,9 Prozent bei der vorangegangenen Wahl sind zwar kein glänzendes Ergebnis - aber immerhin eines oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Spitzenkandidat Thore Schäck betont, dass Bremen für seine Partei "traditionell ein eher schwieriges politisches Pflaster" sei. Nachdem die FDP zuletzt in Berlin und Niedersachsen aus den Landesparlamenten geflogen war, ist der Wiedereinzug in die Bremische Bürgerschaft deshalb eine Art Trostpflaster für das liberale Lager. [...]

(773 Wörter)

<https://www.sueddeutsche.de/politik/bremen-berlin-habeck-gruene-spd-cdu-reaktionen-1.5861369>

Seniorinnen in Deutschland : Sind wir altersrassistisch?

Udo Knapp (Politologe)

Kurz vorm Sommerloch will der Oppositionspolitiker Jens Spahn noch schnell mal die Rente mit 63 abschaffen. Der CDU-Bundestagsabgeordnete weist zu Recht auf den Facharbeitermangel in den nächsten Jahrzehnten hin, der durch die Rente mit 63 verschärft wird. 2021 etwa war nach den Daten des Mikrozensus zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung fast jeder dritte Neuzugang in die Rente ein 63er. Spahn weiß selbstredend, dass er mit seinem Vorstoß weder den Rückgang der Erwerbsbeteiligung noch die Finanzierungsprobleme des Rentensystems wegen der demographischen Tatsache der übermäßigen Alterung bewältigen kann.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) reagiert im sozialdemokratischen Gerechtigkeitsreflex, obwohl die Nutznießer der Rente mit 63 allein die „nichtakademisch ausgebildeten Männer ohne Migrationshintergrund“ sind, wie der Rechtswissenschaftler Gregor Thüsing sagt. Nur diese klassischen Arbeiter schaffen es vor ihrem 63. Geburtstag, die für eine Rente ohne Abschläge erforderlichen 45 Beitragsjahre zusammenzubringen. Dagegen bringen Frauen wegen Kindererziehung und Familienarbeit in der Regel diese 45 Jahre auch bis zum 67. Geburtstag nicht zusammen. Zusätzlich haben sie oft viele Jahre in Teilzeit gearbeitet, sodass ihre Rentenpunkte nur für Renten ausreichen, die gering oder gar nicht über der Grundsicherung liegen.

Auch Heil weiß selbstverständlich, dass die seit diesem Jahr geltende Aufhebung der Zuverdienstgrenzen für Rentner zwar dazu geführt hat, dass die Zahl der arbeitenden Rentner angestiegen ist, aber dass damit weder die langfristige Finanzierung der Renten im Modus des Generationsvertrages noch der zunehmende Mangel an Arbeitskräften behoben werden kann.

Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang kritisiert derweil, ganz im Denken sozialdemokratischer Sozialpolitik verhaftet, die bei der Abschaffung der 63er Rente verlorengelassenen Chancen der privilegierten Männer mit den früh erreichten 45 Beitragsjahren auf einen Zuverdienst. Sie ignoriert dabei, dass bei der Abschaffung der 63er Rente die Weiterarbeitenden auch weiter Rentenpunkte sammeln und so ihre Renten erhöhen würden.

Altersarmut, das meint Armut alter Frauen

Alle drei Politiker führen populistisches Theater auf, ohne auch nur einen Gedanken vorzutragen, wie etwa die systemische Ungerechtigkeit gegenüber den Frauen in unserem Rentensystem behoben werden könnte. Trotz erfolgreicher Emanzipationsbemühungen der Frauen bleiben nach wie vor die Lasten der Familien- und Erziehungsarbeit in der Rentensystematik unbeachtet. Gleiches gilt für die nicht voll ausschöpfbaren Möglichkeiten, Vollzeit zu arbeiten.

Eine Folge ist, dass hunderttausende Frauen, nachdem sie ihre Männer jahrelang gepflegt haben, nach deren Ableben mit sehr niedrigen Renten auskommen müssen. Altersarmut ist überwiegend Armut alter Frauen. Die soziale Lage dieser Frauen wird verschärft durch die immer noch gepflegte Vorstellung, dass sie, von ihren Kindern

und Verwandten gut versorgt, auch mit Minirenten ein würdevolles Leben führen könnten.

Davon kann keine Rede sein.

Würdelose Einsamkeit

Von ihren Kindern und anderen Angehörigen können und wollen viele dieser Frauen auch gar nicht abhängig sein, weil das ihr Selbstbewusstsein verletzt. Sie bleiben in ihren großen Familienwohnungen allein. Selbst wenn sie wollten, könnten sie auch gar nicht umziehen, weil es für sie bezahlbare, kleinere Wohnungen nicht gibt. Viele von ihnen versinken in Einsamkeit.

Sie verlassen aus Armutsscham, mit Essen auf Rädern zusätzlich ausgegrenzt, ihre Wohnungen auch dann nicht mehr, wenn sie es physisch noch könnten. Auf den letzten Wegen ihres Lebens landen sie in der – für viele als demütigend empfundenen – Abhängigkeit von der Sozialhilfe. Damit wird dann gegebenenfalls zwar auch die ambulante Pflege finanziert oder auch die Unterbringung in stationären Pflegeeinrichtungen: Aber Tatsache ist, dass viele alte Frauen ihre letzten Jahre in würdeloser Einsamkeit verbringen müssen, von der Gesellschaft abgeschrieben und schon lange nicht mehr wahrgenommen.

Es gibt keine Altenpolitik in Deutschland, die diese Tatsachen zur Kenntnis nehmen und politisch adressieren würde. Dabei gibt es gute Erfahrungen in demokratischen europäischen Ländern, wie das Rentensystem, auf der Befestigung des Generationenvertrages aufbauend, so stabilisiert werden könnte, dass Respekt und Anerkennung der Lebensleistungen aller Alten würdevolle letzte Jahre ermöglichen und garantieren würde.

Altersdiskriminierung zerstört Zusammenhalt der Generationen

Politikinstrumente sind: 1.500 Euro Grundrente für alle, unabhängig davon, wie viele Jahre sie Beiträge in die Rentenkassen einbezahlt haben, in die alle Einkommensarten und Einkommensgruppen beitragspflichtig einbezogen werden. Eine verpflichtende private Zusatz-Rentenversicherung in staatlichen oder privaten Rentenfonds. Eine Flexibilisierung der Verrentung, die individuellen Bedürfnissen und physischen Bedingungen Rechnung trägt. Eine verpflichtende Pflegeversicherung, die einen öffentlich gesicherten und am besten kommunal organisierten Anspruch auf alle und jede Pflege begründet.

Eine Gesellschaft, die Ihre Alten ignoriert, nur mit dem Allernötigsten ausstattet, aus dem öffentlichen Leben entfernt und ausgrenzt, die das Sterben und den Tod ignoriert: So eine Gesellschaft ist altersrassistisch. Sie zerstört den Zusammenhalt der Generationen, sie beschädigt das demokratische Zusammenleben. Rentenfragen sind Lebensfragen, von denen das Glück und die Würde des Lebens aller bis zum letzten Tag abhängen. Rentenpolitik ist Politik für ein gutes Leben im Alter, kein Spielfeld für sozialpolitisches Gerechtigkeitsgewürge oder wichtigtuerische Wirtschaftspolitik.

(781 Wörter)

<https://taz.de/Seniorinnen-in-Deutschland/!5939152/>

Migration: Hürden für Einbürgerung sollen deutlich gesenkt werden

Wer sich in Deutschland einbürgern lassen will, soll dafür künftig grundsätzlich nicht mehr die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes seiner Familie aufgeben müssen. Das geht aus einem Entwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues Staatsangehörigkeitsrecht hervor, der am Freitag den anderen Ressorts der Bundesregierung zur Abstimmung zugeleitet wurde.

Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben für ein «modernes Staatsangehörigkeitsrecht» lockert zudem für bestimmte Gruppen die Anforderungen an den Erwerb der deutschen Sprache. Dieser ist im Regelfall Voraussetzung für die Einbürgerung. Außerdem wird die Mindestaufenthaltszeit bis zur Antragstellung verkürzt.

Leistungsleistung der Gastarbeiter-Generation würdigen

In dem Entwurf, der der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, heißt es, dass es Erleichterungen beim Sprachnachweis geben sollte und die Verpflichtung zu einem Einbürgerungstest für alle Ausländer wegfallen sollte, die mindestens 67 Jahre alt sind. Damit solle die Lebensleistung der sogenannten Gastarbeiter-Generation gewürdigt werden, denen in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland weder Sprachkurse noch andere Integrationsangebote offenstanden. Profitieren sollen von den Erleichterungen aber nicht nur ältere Menschen, die über ein Anwerbeabkommen nach Deutschland gekommen sind, sondern alle Angehörigen dieser Altersklasse. Auf eine schriftliche Prüfung wird in diesem Fall verzichtet. Das hilft etwa Analphabeten, die es unter den früheren Gastarbeitern gibt.

Außerdem soll es, was den Sprachnachweis angeht, auch für jüngere Einbürgerungswillige eine Härtefallregelung geben. In begründeten Ausnahmefällen - etwa wegen der Pflegebedürftigkeit eines Familienmitglieds - soll es ausreichen, dass sich der Betreffende ohne nennenswerte Probleme im Alltag in deutscher Sprache mündlich verständigen kann.

Umfassende Teilhabe und Mitwirkung

Das Vorhaben ist Teil einer von SPD, Grünen und FDP angekündigten umfassenden Reform der Migrations- und Integrationspolitik. Getragen wird es von dem Verständnis, dass die Verleihung der Staatsangehörigkeit den Weg zu einer umfassenden Teilhabe und Mitwirkung öffne, wovon sowohl die Eingebürgerten als auch die Gesellschaft profitieren sollten.

Der Entwurf sieht generell die Möglichkeit zur Einbürgerung nach fünf Jahren rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts in Deutschland vor - bisher waren es acht Jahre. Bei besonderen Integrationsleistungen - etwa herausragenden Leistungen in Schule und Beruf, ehrenamtlichem Engagement oder besonders guten Sprachkenntnissen - sollen drei Jahre Aufenthalt ausreichen.

Die durch frühere Reformen bereits eingeschränkte sogenannte Optionspflicht für in Deutschland geborene Kinder von Ausländern soll komplett abgeschafft werden. Das

bedeutet, dass sie sich als junge Erwachsene nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsbürgerschaft der Eltern entscheiden müssen.

Die für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eines Kindes ausländischer Eltern durch Geburt im Inland erforderliche Dauer des rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts eines Elternteils wird zudem von acht auf fünf Jahre verkürzt. «Durch die erhebliche Verkürzung der Aufenthaltsdauer eines Elternteils wird sich die Zahl der Kinder ausländischer Eltern, die bereits durch Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, erhöhen», heißt es in dem Entwurf.

Mehr reguläre Einwanderung auf den Arbeitsmarkt

Die 2019 eingeführte Einbürgerungsvoraussetzung der «Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse» soll aus dem Staatsangehörigkeitsgesetz gestrichen werden. Eine Einbürgerung kommt allerdings dem Entwurf zufolge nicht infrage, wenn «der Ausländer gleichzeitig mit mehreren Ehegatten verheiratet ist oder er durch sein Verhalten zeigt, dass er die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht akzeptiert».

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen im Bundestag, Filiz Polat, bezeichnete das Reformvorhaben als «überfällig». «Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Somit ist es allerhöchste Zeit, dieser Tatsache durch eine Reform des Einbürgerungsrechts Rechnung zu tragen», teilte sie am Samstag mit. «Menschen, die sich in unsere Gesellschaft einbringen, Steuern zahlen, haben einen Anspruch auf Teilhabe, mitzubestimmen sowie zu wählen.» Das sei ein Beitrag zur Behebung eines wachsenden Demokratiedefizits.

Der Koalitionspartner FDP betonte die Auswirkungen des Staatsangehörigkeitsrechts auf die Wirtschaft. «Wenn wir unseren Wohlstand wahren wollen, brauchen wir mehr reguläre Einwanderung in den Arbeitsmarkt», sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Konstantin Kuhle. Daher müsse die Ampel-Koalition zügig ein Einwanderungsgesetz mit einem Punktesystem nach dem Vorbild erfolgreicher Einwanderungsländer auf den Weg bringen. In diesem Zusammenhang müsse auch die Einbürgerung erleichtert werden.

«Klar ist, dass es dabei aber keinen Rabatt auf die Anforderungen an die deutsche Staatsbürgerschaft geben darf», sagte der FDP-Politiker. Die Mehrstaatigkeit dürfe nicht über viele Generationen weitervererbt werden, sondern der Doppelpass müsse möglichst auf die ersten Generationen begrenzt bleiben, forderte er. Schon bei den Beratungen im Vorfeld hatte sich die FDP für diesen sogenannten Generationenschnitt ausgesprochen.

Dobrindt: Entwurf «nicht zustimmungsfähig»

Die CSU reagierte ablehnend auf den Entwurf des Bundesinnenministeriums. Dieser sei «nicht zustimmungsfähig», sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt im Fernsehsender Welt. Die doppelte Staatsbürgerschaft werde zur Regel und die Staatsbürgerschaft verramscht. «Wenn man am Anfang leichtfertig eine Staatsbürgerschaft vergibt, werden Integrationsbemühungen nicht befördert, sondern man muss sie am Schluss gar nicht mehr leisten», warnte er. Deutschlernen wäre

dann nicht mehr notwendig. «Dann hat man zwar eine deutsche Staatsbürgerschaft, aber lebt in einer Parallelgesellschaft. Das ist nicht, was wir uns als Zukunftsmodell vorstellen», sagte Dobrindt. [...]

(769 Wörter)

<https://www.zeit.de/news/2023-01/07/huerden-fuer-einbuengerung-sollen-deutlich-gesenkt-werden>

Verschwörungsideologien: Wenn ein Reichsbürger an der Tafel steht

Sebastian Lipp

Steffen C., dafür spricht vieles, ist überzeugter Reichsbürger. So überzeugt, dass der Lehrer an der Waldorfschule von Ravensburg in Baden-Württemberg sogar Fantasiedokumente mit der Aufschrift "Deutsches Reich" mit in den Unterricht brachte – einen Personalausweis und eine Fahrerlaubnis. Angebliche Ausweise dieser Art bestellen sich Anhänger der Ideologie als Ersatz für Personalausweis und Führerschein. Den Vorfall belegt Bildmaterial, das ZEIT ONLINE vorliegt.

Nicht nur auf dem Papier wollen sich Reichsbürger von der Bundesrepublik Deutschland abgrenzen. Auch im Geiste haben sie tief verinnerlicht, dass der Staat in Wahrheit eine Firma sei, dass Deutschland von Besatzern regiert werde und dass Gesetze für sie nicht gälten. So weit, so krude. Werden die wirren Thesen jedoch in Schulen verbreitet, besteht eine besondere Gefahr. Und die besteht, wie Recherchen zeigen, besonders in den Schulen der Waldorfbewegung.

Lehrer Steffen C. bestreitet die Vorwürfe. Ein Reichsbürger will der 50-Jährige nicht sein. Die Dokumente habe er als selbstständiger Gartenbauer zur Steuerflucht einsetzen wollen, er lehne "das System mit den Steuern" ab und habe geglaubt, sich so entziehen zu können. Darüber hinaus habe er sich mit der Ideologie nicht beschäftigt und "keine politische Meinung".

Mehrere problematische Lehrkräfte

Stimmen aus der Ravensburger Waldorf-Elternschaft beklagen allerdings, dass es weitere problematische Lehrkräfte gebe und auch der schulische Umgang mit der Pandemie Fragen aufwerfe.

Tatsächlich schrieb etwa Lehrer Simon R. bereits 2015 einen Leserbrief an die Waldorfzeitschrift *Erziehungskunst*, in dem er bezweifelte, dass die Annexion der ukrainischen Krim durch Russland völkerrechtswidrig war. Als Quellen zur "Wahrheitsfindung" empfahl er den selbsternannten Schweizer "Friedensforscher" Daniele Ganser und ein Format des ehemaligen Radiomoderators Ken Jebsen. Ganser relativierte den Holocaust und den Nationalsozialismus, indem er sie als "lokaler Wahnsinn" der Corona-Pandemie als "weltweiter Wahnsinn" gegenüberstellte. Verschwörungsideologe Jebsen musste den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach antisemitischen Aussagen verlassen und avancierte im Zuge der Pandemie zu einem der bekanntesten Verbreiter von Falschinformationen, der besonders in der Querdenken-Bewegung Gehör fand.

Heute nutze er solche Quellen nicht mehr, sagt der Lehrer Simon R. auf Nachfrage. Heute sitzt er im Vorstand der Ravensburger Schule. Von Aktivitäten von Querdenken oder Reichsbürgern habe er dort nichts bemerkt.

Elternprotest ohne Wirkung

Zumindest außerhalb der Schule gibt es offenbar deutliche Verbindungen: Der Musiklehrer Tobias G. fiel Eltern als Mitwirkender der Ravensburger Querdenken-Versammlungen auf. Er soll Schüler unter Druck gesetzt haben, die Masken zum

Schutz vor einer Covid-Infektion tragen wollten. Auf Nachfrage erklärt G., er "brauche" sich nicht äußern, da er "total im Frieden mit mir selbst" sei. An der Schule ist G. für Personalfragen zuständig und leitet die Oberstufenkonferenz.

Schon im vergangenen Jahr schlug ein Teil der Elternschaft Alarm und versuchte, gegen die extremistischen Tendenzen vorzugehen. Ohne Erfolg. Nachdem schulintern nichts passiert war, informierten Eltern den Bund der Freien Waldorfschulen. Aber auch der Waldorf-Dachverband griff nicht ein, wie dessen Pressesprecherin Nele Auschra auf Nachfrage einräumt. Man habe lediglich die Beschwerdestelle des Waldorf-Bundes in Baden-Württemberg informiert.

Verantwortlich seien die Eltern, die keine "belastbaren Beweise" vorgelegt hätten: "Gerüchte und Anschuldigungen" könnten keinen "konkreten Verdacht" begründen. Erst eine Anfrage von ZEIT ONLINE brachte Bewegung in die Sache. Man sehe "das Gefahrenpotenzial" und stelle sich "allen Unterwanderungsversuchen radikalisierten Milieus" entgegen. Gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Baden-Württemberg und dem Verein Bildungseinrichtungen gegen Rechtsextremismus e. V. wolle man sich nun dem Aufklärungsprozess "umfassend stellen".

Esoteriker schotten sich ab

Tatsächlich ist Steffen C. inzwischen suspendiert und seine Anstellung als Lehrer wird aufgelöst. Konsequenzen für G. und R. hat es bisher offenbar nicht gegeben. G. ist weiterhin im Beschwerdemanagement tätig.

Obwohl sich erst etwas bewegte, als die Probleme an der Waldorfschule Ravensburg öffentlich zu werden drohten, schöpft ein Teil der Schulgemeinschaft nun Hoffnung. Andere bleiben skeptisch. Zu Recht, findet der Waldorf-kritische Blogger Oliver Rautenberg: "Es ist ein trauriges Symbol für die Abschottung der esoterischen Glaubensgemeinschaft nach außen hin", die es Rechtsradikalen oder Holocaustleugnern in der Vergangenheit ermöglicht habe, teils Jahre als Waldorflehrer zu wirken. "Auch hier sind es wieder ehemalige und aktive Waldorf-Funktionäre, die für Aufarbeitung sorgen sollen.

Tatsächlich setzt sich der Vorstand von Bildungseinrichtungen gegen Rechtsextremismus e. V. aus Waldorf-Funktionären zusammen. Das geht aus Behördenunterlagen hervor. Vom Verein selbst ist lediglich ein Interview in einer Ausgabe der Erziehungskunst zu finden. Welche Expertise ihn für die Aufarbeitung an der Waldorfschule in Ravensburg qualifiziert, erläutert auch diese auf Nachfrage nicht.

So bleibt der Verdacht, dass die Waldorfschule ein fruchtbarer Boden für Verschwörungsideologen ist. Bereits 2020 thematisierte der offene Brief einer Abschlussklasse entsprechende Äußerungen eines Lehrers. Rückblickend könnte das den Anfang vom Ende der über 30-jährigen Schulgeschichte markieren. Seither stiegen die außerordentlichen Abgänge sprunghaft an. Bis zum Ende dieses Schuljahres ist Interna zufolge mit einem Exodus von deutlich über zehn Prozent der Schüler zu rechnen. [...]

(769 Wörter)

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-04/reichsbuerger-schule-waldorf-lehrer-ravensburg>

Türkei und Wahlverhalten: In Deutschland hat Erdoğan es leichter

Lenz Jacobsen

Wenn man Alexander Clarkson anruft, um darüber zu reden, warum so viele Türken in Deutschland Recep Tayyip Erdoğan gewählt haben, ist ihm eines wichtig: "Die Leute haben eine ethisch-moralische Verantwortung für das, was sie tun, und wen sie wählen, ganz klar." Der Historiker Clarkson forscht zu Diasporas in Deutschland nach 1945. Er will weder anklagen noch entschuldigen, er will nur erklären. Kein schlechter Startpunkt für eine deutsche Diskussion, über der unausgesprochen der hochmoralische Vorwurf schwebt, dass viel zu viele aus dem demokratischen Deutschland heraus einen autoritären Herrscher wie Erdoğan wählen.

In Deutschland haben 65,49 Prozent im ersten Durchgang der türkischen Präsidentschaftswahl für Erdoğan gestimmt, 32,52 Prozent für seinen Gegner Kemal Kılıçdaroğlu. In Österreich und Frankreich sehen die Zahlen ähnlich aus, in den USA, Großbritannien und der Schweiz aber ganz anders: Dort hat der Oppositionskandidat klar gewonnen. Die türkische Einwanderung in diese Länder hat eine ganz andere Geschichte. Nach Deutschland, Frankreich und Österreich kamen die Türken in den 1950er- und vor allem den 1960er-Jahren als Gastarbeiter. Viele kamen vom Land, waren eher gläubig und eher konservativ – und wurden in der damaligen Türkei politisch eher vernachlässigt.

"Die soziale Dynamik in dieser Auswanderergruppe war die gleiche, die in der Türkei später die AKP¹ und Erdoğan nach oben gebracht hat", sagt Clarkson. Das wäre ein erster Grund: Erdoğan hat in der Türkei genau jenem Milieu zu Mitsprache und Aufstieg verholfen, dem sich viele Türken in Deutschland zugehörig fühlen. Das danken sie ihm mit ihrer Stimme.

In anderen Ländern setzt sich die türkeistämmige Community ganz anders zusammen: akademischer, politischer. Sie kamen nicht in den Fünfziger- und Sechzigerjahren, sondern zu großen Teilen nach dem türkischen Militärputsch 1980, darunter viele Kurden und linke Oppositionelle. Dazu kommen vor allem in den USA Türkinnen und Türken, die eher in die Migrantenschublade Expats fallen: gut ausgebildet und in der Lage, überall zu arbeiten. Kein Wunder, dass diese Gruppen eher die Opposition wählen.

Aber die Gastarbeiterzuwanderung nach Deutschland ist mittlerweile 70 Jahre her, reicht das wirklich als Erklärung für die heutigen Erdoğan-Stimmen? Nein, sagt Clarkson, und rechnet erst einmal vor: Über drei Millionen Menschen mit türkischem Migrationshintergrund leben in Deutschland – also solche, die aus der Türkei eingewandert sind oder türkische Eltern haben. Von diesen ist aber nur die Hälfte, 1,5 Millionen, wahlberechtigt. Die anderen sind zu jung oder, das ist das Entscheidende, sie haben keinen türkischen Pass mehr. Wer aber gibt seinen türkischen Pass ab? Eher nicht die Nationalisten und die AKP-Wähler. Die behalten ihn, so steigt ihr Anteil an den Wahlberechtigten. Von diesen Wahlberechtigten gingen 48,7 Prozent wählen, die wiederum zu 64,5 Prozent für Erdoğan stimmten. "Die AKP kann ihre Anhänger seit Jahrzehnten viel besser mobilisieren als die Opposition", sagt Clarkson.

¹ Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung, Parteivorsitzender ist Recep Tayyip Erdoğan

Daran hat auch die deutsche Politik ihren Anteil. Schon die Regierung von Helmut Schmidt habe eher auf die nationalistischen Kräfte in der türkischen Politik vertraut und nach dem Militärputsch 1980 die Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden ausgeweitet. "Die sehr aktiven oppositionellen linken und gewerkschaftlichen Türken, von denen es in Deutschland auch viele gab, waren dem deutschen Staat unheimlich", sagt Clarkson. Auch mit dem Moscheeverband Ditib baute man die Kooperation aus, der dann, nach dem ersten Wahlsieg der AKP, unter den mindestens indirekten Einfluss Erdoğan's fiel. Bis heute wird in Ditib-Moscheen zur Wahl Erdoğan's aufgerufen, die Organisation hat für ihre Mitglieder Busse zu den Konsulaten organisiert, um dort zu wählen. [...]

Linke Parteien öffneten sich früher für Türkeistämmige

Die größte Oppositionspartei CHP² hat in Deutschland dadurch bis heute einen organisatorischen Nachteil. Sie hat sich zudem weniger um die Auslandstürken bemüht, hat hier keinen Wahlkampf gemacht und keine Parlamentssitze für Deutschtürken reserviert. [...]

Zudem hätten sich SPD, Grüne und Linke viel früher, in den Achtziger- und Neunzigerjahren, für Türkinnen und Türken geöffnet, sagt Clarkson. "Deren Kinder haben dann mit höherer Wahrscheinlichkeit den türkischen Pass abgegeben oder interessieren sich nicht mehr für die Politik in der Türkei." So gehen der türkischen Opposition durch Integration Wählerinnen und Wähler verloren.

Andererseits bedeute Integration nicht, dass alle Türkeistämmigen irgendwann SPD und Grüne wählten, sagt Clarkson: "Zugespitzt kann man sagen: Auch die türkischen Nazis müssen integriert werden." Als Aufruf an deutsche Parteien, um türkische Nationalisten zu werben, will er das zwar nicht verstanden wissen. Aber die deutschen AKP-Wählerinnen und Wähler bleiben Erdoğan auch deshalb treu, weil in deutschen konservativen Parteien noch bis vor wenigen Jahren konservative, gläubige Türkinnen und Türken keine Chance hatten. "Als gläubiger Pole oder Ukrainer war man in der CDU akzeptiert", sagt der Ukrainer Clarkson, "als gläubiger Muslim aber nicht." Das habe sich erst vor rund zehn Jahren geändert und müsse noch beschleunigt werden.

Für die deutschen Konservativen sollte es "ein zentrales strategisches Projekt der nächsten Jahre" sein, findet Clarkson, um die bisherigen AKP-Wählerinnen und Wähler zu werben und sie auch politisch nach Deutschland zu holen. Schließlich könnten die Türkeistämmigen, und auch die Zuwanderer aus Syrien, irgendwann Wahlen entscheiden. [...]

(808 Wörter)

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-05/tuerkei-wahlverhalten-ausland-schweiz-opposition/komplettansicht>

² Republikanische Volkspartei